



***GRÜN ist Osnabrück
am schönsten.***

Kommunalwahlprogramm 2021

Veränderung beginnt hier.

gruene-os.de

GRÜN ist Osnabrück am schönsten – Kommunalwahlprogramm

Wahlaufruf zur Kommunalwahl 2021.....	ii
A. Osnabrück positiv verändern – klimagerechter, grüner, mobiler.....	1
1. Osnabrück klimaneutral machen.....	1
2. Klimaanpassung: So wird Osnabrück noch grüner.....	7
3. Artenvielfalt und Naturschutz: Erhalten, was uns erhält.....	10
4. Zeit für eine neue Mobilität in Osnabrück.....	12
5. Stadtentwicklung für ein gutes Morgen auf den Weg bringen.....	26
6. GRÜNE Wirtschaftspolitik ist nachhaltig gut.....	33
7. Digitalisierung für ein smarteres Osnabrück.....	38
B. Osnabrück als moderne und vielfältige Stadtgesellschaft, die Teilhabe für alle ermöglicht.....	40
8. Gute Bedingungen schaffen.....	40
9. Lebendige und lebenswerte Quartiere in der ganzen Stadt.....	41
10. Bezahlbar und nachhaltig wohnen.....	42
11. Gut leben und arbeiten in Osnabrück.....	44
12. Entschlossen gegen Armut.....	46
13. Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt.....	48
14. Selbstbestimmtes Leben im Alter.....	51
15. Gesund leben in Osnabrück, Prävention stärken.....	54
16. Zusammenhalt in Vielfalt: Osnabrück als plurale Stadtgesellschaft.....	57
17. Barrierefreies und inklusives Osnabrück voranbringen.....	61
18. Geschlechtergerechtigkeit jetzt!.....	62
19. Queeres Osnabrück.....	64
C. Stadt der Lebensqualität: Kultur, Frieden und Sport.....	66
20. Kultur schafft Lebensqualität für Osnabrück.....	66
21. Mehr als eine Marke – „Friedensstadt“ leben.....	72
22. Aktiv und gesund sein: Sport und Bewegung fördern.....	73
D. Osnabrück als Bildungs- und Hochschulstandort.....	77
23. Gute Schulen für gleiche Chancen.....	77
24. Gut studieren und forschen in Osnabrück.....	83
E. Osnabrück als Stadt der Bürger*innen.....	85
25. Bürger*innenstadt Osnabrück – Demokratie vor Ort mitgestalten und stärken....	85
26. Für eine transparente, effiziente und zukunftsfähige Stadtverwaltung.....	88
F. Kommunale Handlungsfähigkeit sichern - Für eine nachhaltige Finanzpolitik..	91

Wahlaufruf zur Kommunalwahl 2021

Liebe Osnabrückerin, lieber Osnabrücker,

am 12. September entscheiden Sie bei der Kommunalwahl über die Zukunft unserer Stadt. Sie haben die Wahl, wie sich Osnabrück entwickeln und wer Sie in den nächsten fünf Jahren im Stadtrat vertreten soll.

Wir GRÜNE kämpfen für mehr Lebensqualität, Gerechtigkeit und Teilhabe. Mit einer starken GRÜNEN Fraktion und gemeinsam mit Ihnen, den Bürger*innen, möchten wir die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen positiv gestalten.

Die Frage, wie wir in unserer Stadt auch in Zukunft gut leben können, leitet unser politisches Handeln. Wir haben sie in den letzten Monaten mit vielen Menschen diskutiert. Ergebnis dieser Gemeinschaftsleistung ist das vorliegende Programm. Mit diesem Programm machen wir Ihnen ein Angebot. Ein Angebot für ein grünes, lebenswertes und zukunftsorientiertes Osnabrück.

Klimaschutz hat dabei oberste Priorität. Wir machen Osnabrück klimaneutral und fit für die Folgen der Klimakrise. Es ist Zeit, Menschen ins Zentrum der Stadtplanung zu rücken. Deshalb setzen wir die Mobilitätswende um: Mehr Platz, Komfort und Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, eine autofreie Innenstadt und ein Mobilitätskonzept für die Region. Mit einem integrierten Stadtentwicklungskonzept bringen wir bezahlbaren Wohnraum und den Erhalt der für unser Stadtklima so wichtigen Grünen Finger in Einklang. Mit Nachverdichtung, Innenentwicklung und mehr Aufenthaltsqualität und Platz für Menschen beleben wir unsere Innen- und Altstadt. Wohlstand und Wertschöpfung in der Region sind auf einen innovativen und zukunftsfesten Wirtschafts- und Hochschulstandort angewiesen. Deshalb stärken wir die nachhaltige Wirtschaftsförderung, die Kooperation mit unseren Hochschulen und die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und der Region. Insbesondere das lokale Handwerk wollen wir stärken, um die ökologische Modernisierung zu stemmen und davon zu profitieren. Wir gestalten die Digitalisierung im Sinne einer zukunftsweisenden, nachhaltigen und inklusiven Gesellschaft.

Wir stehen für eine „Stadt der kurzen Wege“. Die Quartiersentwicklung ist dabei ein Schlüssel, um die Teilhabe, den sozialen Zusammenhalt und das Wohlergehen aller Menschen zu verbessern. Wir kämpfen entschlossen gegen Armut in unserer Stadt und werden eine umfassende Strategie gegen Kinderarmut und für bessere Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen auf den Weg bringen. Wir stehen für eine Friedensstadt, die Verantwortung übernimmt: für Inklusion, Integration und Menschen, die Zuflucht suchen. Wir stärken Kultur- und Freizeitangebote bei Tag und Nacht. Auch das belebt die Stadt. Mit einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Finanzpolitik setzen wir die richtigen Schwerpunkte und investieren zielgerichtet in Daseinsvorsorge und zukunftsorientierte Gestaltungsvorhaben.

Wir GRÜNE haben in den letzten Jahrzehnten maßgeblich zu einer positiven Entwicklung Osnabrücks beigetragen. Wir haben gezeigt, dass unsere Politik die Stadt nach vorne bringt. Wir wollen weiter gehen. Deshalb wollen wir nach der Kommunalwahl die Führungsrolle im Rat übernehmen. Es ist Zeit für eine Politik, die Osnabrück zukunftsfest macht.

Unser Programm für ein lebenswertes Osnabrück ist eine Einladung an Sie und ein Signal des Aufbruchs. Denn: Veränderung beginnt hier.

Am 12. September GRÜN wählen.

A. Osnabrück positiv verändern – klimagerechter, grüner, mobiler

Osnabrück ist eine liebenswerte Stadt mit vielen schönen Seiten: nette, solidarische und tolerante Menschen, schöne Wohnquartiere, viel Grün. Dazu die Lage: Wir sind die einzige Großstadt Deutschlands, die mitten in einem Naturpark liegt. Wir haben eine starke Wirtschaft, hochwertige, innovative und beliebte Hochschulen, eine lebendige Kulturlandschaft mit inspirierenden kulturellen Highlights, eine schöne Altstadt, eine vielfältige Sport- und Freizeitszene mit rund 120 Vereinen bis hin zu den Profi-Fußballern des VfL, mit denen die Fans mitfiebern und mitleiden. Dennoch liegen große Aufgaben vor uns, für die die alten Stadtentwicklungskonzepte aus dem letzten Jahrhundert keine Lösungen anbieten. Mit der einseitigen Fixierung auf den PKW-Verkehr und dem ungebremsten Wachstum in die Fläche, wurde eine autogerechte „Stadt der langen Wege“ geschaffen. Dieses Modell der Vergangenheit ist aber viel zu ressourcen- und emissionsintensiv und darf nicht in die Zukunft fortgeschrieben werden. Die meisten Menschen in Osnabrück haben erkannt: Die autogerechte Stadt ist nicht das Ende des zivilisatorischen Fortschritts.

Unsere Stadt und wir als Bürger*innen sind Treiber und Betroffene globaler Umweltveränderungen zugleich. Wir verbrauchen zu viele Rohstoffe und wir stoßen viel zu viele Treibhausgase aus und heizen damit die Klima- und die Umweltkrise an. Die Folge: immer häufigere, stärkere und länger andauernde Extremwetter wie Hitze oder Trockenheit oder starke Regenfälle, die unser Leben einschränken und unsere Gesundheit gefährden.

Gemeinsam mit den Bürger*innen wollen wir neue Wege für die Stadt von Morgen beschreiten. Wir wollen eine menschenfreundlichere Stadt, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, politische und ökonomische Teilhabe sichert, Solidarität, Vertrauen und soziale Netzwerke berücksichtigt und die Potentiale der Menschen zur Entfaltung kommen lässt.

Wir GRÜNE machen uns auf den Weg, diesen Umbruch zu gestalten. Osnabrück muss seinen eigenen Weg in die nachhaltige Zukunft suchen und das geht nur gemeinsam! Teilhabe in diesem Sinne meint nicht die Durchsetzung individueller Interessen, sondern einen gemeinsamen und gemeinwohlorientierten Such- und Lernprozess. Wir müssen ausprobieren, experimentieren und diskutieren, Gestaltungs- und Planungshoheit nutzen und für mehr davon streiten. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und unsere Lösungen finden. Städte in Niedersachsen, Deutschland, Europa und der Welt versuchen sich im Zeitraffer als zukunftsfähige und nachhaltige Stadt neu zu erfinden. Das geht nicht mit kleinen Veränderungen und es gilt komplexe Herausforderungen zu meistern und städtische Lebensqualität zu bewahren. Wir können voneinander lernen und auch Fehler oder Sackgassen vermeiden, aber wir dürfen nicht mehr zögern, unser „Osnabrück für Morgen“ entwickeln zu wollen. Dort lebt es sich besser, schöner, entspannter und gesünder.

1. Osnabrück klimaneutral machen

Das Ziel der Klimaneutralität bietet für Osnabrück riesige Chancen für mehr Lebensqualität, durch weniger Abgase, mehr Platz für Menschen, sicheres Radfahren, mehr Wasserflächen, mehr Bäume und mehr Grün in der Stadt. Klimaschutz ist mehr als reine Technik, er ist der Weg in eine lebenswertere Zukunft. Kommunaler Klimaschutz ist eine Verpflichtung globaler

Verantwortung und eine große Herausforderung, die Stadt fit für die Folgen der Klimakrise anzupassen.

Osnabrück hat sich vor zehn Jahren dank unserer Initiative das Ziel gesetzt, beim Klimaschutz gemeinsam mit der Region im Rahmen des „Masterplan 100% Klimaschutz“ voranzugehen. Das damals gesteckte Ziel, die klimaschädlichen Emissionen bis 2050 um 95 Prozent und den Energieverbrauch um 50 Prozent zu senken, wird nicht mehr ausreichen, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen. Allerdings erreicht Osnabrück bislang nicht einmal die Ziele des Masterplans, weil die Handlungsprogramme bei Wärme- und Stromversorgung und Verkehr nicht entschlossen genug umgesetzt werden. Der aktuelle Klimaschutzbericht zeigt: Die Stadt verfehlt die Ziele nicht nur, der CO₂-Ausstoß im Verkehr hat sich sogar um 11 Prozent erhöht. Wir haben also auch in Osnabrück viel Zeit verloren und unser verbleibendes CO₂-Budget stärker belastet, als klimapolitisch akzeptabel gewesen wäre. Die Stadt muss daher deutlich früher klimaneutral werden, wenn die in Paris beschlossenen Klimaziele noch erreicht werden sollen. Dafür braucht der kommunale Klimaschutz dringend ein Upgrade.

Zentrale Grundlage unserer Politik ist neben dem Klimaabkommen von Paris der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Ziel. Dafür ist unmittelbares, entschlossenes und wirksames Handeln in den nächsten Jahren entscheidend: im Bund, im Land und in Osnabrück. Deshalb müssen wir jetzt über die Zielsetzung des „Masterplan 100 % Klimaschutz“ hinausgehen und die Reduktionspfade anpassen.

Das verlangt eine konsequente Klimaschutzpolitik auf allen Ebenen. Kommunaler Klimaschutz ist stark auf grundlegend veränderte Rahmenbedingungen angewiesen, für die die EU, der Bund oder das Land zuständig sind. Dennoch: Vieles haben wir auch selber in der Hand.

Andere Städte wie Münster, Freiburg und Stuttgart haben bereits Gutachten für den Weg in die Klimaneutralität bis 2030 beauftragt. Daran wollen wir uns orientieren und die Gutachten gemeinsam mit den Expert*innen des Masterplanbeirates auswerten und überprüfen, welche dieser Strategien und Maßnahmen sich auf Osnabrück übertragen lassen und daraus einen verbindlichen Fahrplan erarbeiten und diesen umsetzen.

Mit Hilfe des zivilgesellschaftlichen Drucks von Fridays for Future konnten wir im Rat bereits einige zusätzliche Maßnahmen durchsetzen. So haben wir mit der Klimaverträglichkeitsprüfung ein Instrument etabliert, das Transparenz über politische Entscheidungen ermöglicht. Zu oft finden sich im Rat bisher Mehrheiten, die im krassen Widerspruch zu unseren Klimaschutzzielen stehen: beim FMO, der A33 Nord, für den Bau neuer Straßen oder gegen eine Baumschutzsatzung. Das wollen wir ändern.

Höchste Priorität fürs Klima

Dafür ist es auch höchste Zeit. Die Politik der kommenden Jahre entscheidet, ob sich die Überhitzung unserer Erde noch auf ein erträgliches Maß begrenzen lässt oder ob wir Kipppunkte im Klimasystem überschreiten. Dabei zählt jedes Zehntelgrad. Für Osnabrück entscheidet sich, wie heiß zukünftig unsere Sommertage und -nächte werden; wie sehr uns Starkregenereignisse zusetzen werden, ob unsere Stadtbäume und die umliegenden Wälder

überleben – aber auch, in was für einer Welt wir leben werden. Wir müssen Osnabrück fit für die Folgen des Klimawandels machen.

Als Friedensstadt steht Osnabrück in besonderer Verantwortung für den internationalen Klimaschutz. Die von den westlichen Industrieländern verursachte Klimakrise ist Ursache für Katastrophen und Notstände insbesondere im globalen Süden. Lokaler Klimaschutz ist vertragliche und moralische Verpflichtung zugleich sowie ein Beitrag zur internationalen Friedenspolitik. Wenn wir nicht die Technik und Maßnahmen entwickeln, erproben und mit bestem Beispiel vorangehen, wie sollen uns wirtschaftlich schwächere Staaten und Kommunen folgen? Den bestehenden Austausch von Best-Practice-Beispielen unter anderem mit Kommunen in Japan, Kanada und der Türkei weiten wir daher aus, auch um von anderen zu lernen. Auch die Bildungsarbeit in Osnabrück stärken wir. Außerdem wollen wir das auch pädagogisch erfolgreiche Programm der Energiesparschulen weiter ausbauen.

Wir stellen uns der Verantwortung, Klimaneutralität zu erreichen. Wir setzen auch auf die notwendige Unterstützung durch deutlich verbesserte Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene. Auf dieser Basis werden wir mit dem Masterplanbeirat zusätzliche konkrete Maßnahmen entwickeln und umsetzen, um unser Ziel zu erreichen. Uns ermutigen das Engagement und die Kompetenz der Osnabrücker Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Zusammen kann der Dreiklang aus Energieeinsparungen, Energieeffizienz und Erneuerbaren gelingen. Zugleich machen wir Osnabrück fit, damit die Folgen des Klimawandels das Wohlergehen in der Stadt nicht beeinträchtigen.

Klimaschutzagentur: Beraten, Vernetzen, Fördermanagement verbessern

Für Klimaschutzmaßnahmen stehen bereits heute auf vielen politischen Ebenen Fördermittel zur Verfügung. Eine grüne Bundesregierung wird diese noch verstärken. Als Kommune müssen wir künftig besser auf diese Förderprogramme zugreifen, um unsere Ziele zu erreichen. Der Vermittlung von Wissen und guten Ideen, der Vernetzung von Akteur*innen sowie der Beratung der Unternehmen, Dienstleister*innen und Bürger*innen kommt dabei eine hohe Bedeutung zu. Wir wollen daher wie viele andere Kommunen die Kompetenzen in einer Klimaschutzagentur bündeln. Hier führen wir das Wissen, Kapital und die Projekte von Bürger*innen, Handwerk und Industrie zusammen. Insbesondere die Vermittlung von Förderinstrumenten und die Kontaktvermittlung, aber auch die Mobilisierung der Öffentlichkeit können hier besser gelingen.

Energie: emissionsfrei und erneuerbar

Die beste Energie ist die, die wir nicht erst brauchen. Klimaneutralität heißt deswegen zuallererst: Energieeinsparung und raus aus den fossilen Energien. Strom, Mobilität, Heizen und Industrieproduktion müssen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Dazu braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die Erneuerbaren. Mit einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform auf Bundesebene werden die Bedingungen für Sektorenkoppelung und erneuerbaren Strom in Osnabrück verbessert. Um 100 Prozent erneuerbaren Strom zu erreichen, setzen wir auf Stadtwerke, Bürger*innen und Bürgerenergieunternehmen. „Energie aus heimischem Anbau“ stärkt besonders auch die regionale Wertschöpfung.

Als größter Energielieferant sind unsere Stadtwerke von zentraler Bedeutung. Sie müssen auch zukünftig in städtischem Besitz bleiben. Die von CDU, SPD und FDP unterstützte Beteiligung an neuen Kohlekraftwerken war nicht nur klimapolitisch ein Riesenfehler, sondern hat uns auch ein Millionendefizit beschert. Wir GRÜNE haben 2019 einen Ratsbeschluss erwirkt, dass die Stadtwerke endlich atom- und kohlestromfrei werden und darlegen müssen, wie sie bis wann aus der Gasversorgung aussteigen. Investitionen dürfen nur noch in erneuerbare Energien und intelligente Technik, also in Wind- und Solarparks, Speichertechnik, Laststeuerung und Demand-Side-Management erfolgen. Wir erwarten, dass die Stadtwerke den Umbau zu mehr dezentraler Wärme- und Stromerzeugung und -speicherung durch alle Hausbesitzer*innen und Mieter*innen aktiv gestalten und unterstützen – als Energiedienstleister, Berater und Möglichmacher.

Ein Schwerpunkt ist der Ausbau der Photovoltaik auf den Dächern der Stadt in Kombination mit Speichern, aber auch als Partner beim weiteren Ausbau der Windkraft in der Region. Auch bei der Nutzung der Geothermie und bei der Erstellung und Umsetzung von umfassenden Energiekonzepten können die Stadtwerke noch mehr tun. Wir wollen, dass die Stadtwerke vermehrt regional erzeugten Ökostrom einkaufen oder selber produzieren und direkt an ihre Kund*innen vermitteln. Das Ziel: Alle Verbraucher*innen der Stadt müssen sich mit erneuerbaren Energien versorgen können. Investitionen in Solarparks oder Windkraft außerhalb der Stadtgrenzen sind weiterhin nötig, denn auch jede außerhalb Osnabrücks seitens der Stadtwerke erneuerbar erzeugte Kilowattstunde hilft dem globalen Klimaschutz. Zudem wollen wir die Osnabrücker Unternehmer*innen bei der Energiewende begleiten, damit Möglichkeiten der dezentralen Stromerzeugung noch besser ausgeschöpft sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz umgesetzt werden. Der Bund bietet hierzu insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen umfangreiche Förderprogramme an. Mit einem Dialog aus Handelskammer, Unternehmen und Politik können wir die Energiewende bei der Osnabrücker Wirtschaft vorantreiben.

Jedes Dach zählt: Solarpotenzial nutzen

Das größte Potenzial für erneuerbare Energie liegt in Osnabrück auf unseren Dächern. Damit alle von der Energiewende profitieren, wollen wir auf jedes Dach mit Potenzial eine Solaranlage bringen. Das hilft sowohl dem Klima als auch Mieter*innen und Hausbesitzer*innen. Dabei gilt: große Dächer, große Fortschritte. Deshalb sind Gewerbedächer besonders attraktiv.

In einem klimaneutralen Osnabrück nutzen wir das Potenzial der Sonne durch Photovoltaik oder Solarthermie voll aus. Die Osnabrücker Dächer bieten dabei ein schon heute wirtschaftlich nutzbares Potenzial von 1000 MegaWattpeak, von denen bisher nur 3 Prozent genutzt werden. Wir können den gesamten Osnabrücker Strombedarf und 40 Prozent unseres zukünftigen Energiebedarfs allein über Solaranlagen auf Gebäuden abdecken. Die technische Entwicklung ist noch lange nicht am Ende. Dieses Potenzial mobilisieren wir, indem wir Solaranlagen zum Standard bei Neubau machen und Anlagen auf Bestandsgebäuden nachrüsten, zum Beispiel mit Pachtmodellen. Um Mieterstrommodelle endlich attraktiv zu machen, brauchen wir die Bundesebene. Das wäre ein Quantensprung. Dann können die Stadtwerke bessere Angebote schaffen. Wir wollen ein Sofortprogramm für die Dächer der städtischen Gebäude und der Gebäude kommunaler Unternehmen wie dem Klinikum. So leisten wir einen Beitrag zur Klimaneutralität und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Mit einem

neuen und wirkungsvollen Erneuerbare-Energien-Gesetz nach der Bundestagswahl und der technischen Weiterentwicklung kommt der solare Aufschwung richtig in Fahrt. Vor allem Mieter*innen können so noch stärker profitieren und Balkonkraftwerke lohnen sich.

Auch unterm Dach: Häuser fit machen für ein klimaneutrales Osnabrück

Riesiges Energieeinsparpotenzial liegt unter den Dächern der Stadt. Zugleich ist der Aufwand, es zu realisieren, hoch. Der Sanierung von Gebäuden kommt daher auf dem Weg zur Klimaneutralität eine doppelte Schlüsselrolle zu: Erstens bietet die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden riesige Einsparpotenziale und zweitens spart Sanierung gegenüber Neubau erhebliche Mengen CO₂ ein. Die beim Neubau verbrauchte sogenannte „graue Energie“, die in Zement und Stahl steckt, wird häufig übersehen. Bei einem Abriss und Neubau werden nicht nur wertvolle Ressourcen verschwendet, sondern auch bedeutend mehr Energie aufgewandt. Wo möglich geben wir daher der Sanierung und dem Recycling von Baustoffen den Vorzug gegenüber dem Neubau. Ist ein Abriss unvermeidlich, müssen die Rohstoffe möglichst umfassend zurückgewonnen werden. Dabei setzen wir auf die Nutzung klimaverträglicher und recyclingfähiger Baustoffe.

Wir steigern die Sanierungsquote massiv durch passgenaue Osnabrücker Förderprogramme, die auf Programme des Bundes zugreifen. Hinzu kommt: Je stärker die CO₂-Bepreisung steigt, umso mehr lohnen sich Sanierungen. Ein entscheidender Engpass sind zu wenige fachlich versierte und qualifizierte Energieberater*innen; die Wartezeiten auf einen Solarcheck betragen mehrere Monate. Um die Einsparpotenziale in Osnabrück gezielt zu realisieren, stellen wir die unterstützende Beratung für Bürger*innen und Handwerksbetriebe neu auf, dem Fachbereich Umwelt und Klimaschutz die notwendigen Ressourcen zur Verfügung und legen ein Förderprogramm zur Ausbildung von Energieberater*innen auf. Das erfolgreich angelaufene Programm „Osnabrück saniert“ weiten wir dafür aus. So gelingt es, mehr Fördergelder für die Region zu generieren, sodass Handwerksunternehmen in die Ausbildung von Fachkräften investieren können. Denn für den klimaneutralen Umbau unserer Gebäude fehlen in der Region über 30.000 Handwerker*innen, die die Investitionssumme von 4 Milliarden Euro verbauen können. Wir setzen auf eine große Fachkräfteoffensive gemeinsam mit der Handwerkskammer und den Osnabrücker Bildungseinrichtungen. Das zeigt: Gerade die Sanierung von Gebäuden ist lokale Wirtschaftsförderung und regionale Wertschöpfung im besten Sinn.

Heute geht noch zu viel Wärme unnötig verloren: Sowohl in Wohnhäusern als auch in Industrie und Gewerbe. Das ändern wir mit einer digitalen Wärmeplanung, die diese Potenziale für ganz Osnabrück erhebt. Damit können wir die zukünftige Wärmeversorgung genau planen. Wärme wird am effizientesten direkt im Quartier genutzt. Das Energiemanagement soll ausdifferenziert werden, damit auch die vorhandenen Einsparpotenziale im Nutzungsverhalten und für die Bewirtschaftung der städtischen Gebäude ausgeschöpft werden können. Eine große Herausforderung ist dabei der hohe Anteil an Gasversorgung in Osnabrück. Für eine emissionsfreie Wärmeversorgung nutzen wir in Kooperation mit dem Landkreis die Potenziale von Solarthermiefeldern oder Wärmepumpen und den effizienten Ausbau von Nahwärmenetzen. Darüber hinaus führen optimierte Grundrisse, die auf die wechselnden Lebensphasen reagieren können, zu den effektivsten Energieeinsparungen.

Grün statt Grau: Auf, am und vorm Haus

Fassadenbegrünungen sind gut für das Mikroklima und begünstigen die Temperaturentwicklung. Das von uns etablierte Förderprogramm „Grün statt Grau“ ist erfolgreich. Wir weiten es aus, damit Gebäudebegrünung in Osnabrück zum Standard wird. Die Förderkriterien passen wir auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen an. Für Gewerbeimmobilien entwickeln wir unter Einbeziehung der Handwerkskammer, des Einzelhandelsverbandes, der IHK und der Wirtschaftsförderung gesonderte Anreize. Die Reduktion von Entwässerungsgebühren kann hier wichtige Impulse liefern. Das Osnabrücker Gründachkataster zeigt, wie viele Dächer sich eignen. Über 35.000 Gebäude sind potenziell für die Begrünung geeignet. Begrünen wir diese Dachfläche mit nur 10 cm Substratschichtdicke, so können bei einem Starkregenereignis bis zu 53 Millionen Liter Regenwasser pro Stunde zurückgehalten werden. Außerdem werden erhebliche Grünflächen als wertvoller Lebensraum für Pflanzen, Insekten und andere Arten geschaffen. Die Kombination mit einer Photovoltaikanlage ist dabei zukunftsweisend, weil die Verdunstungskälte des Gründachs die Effizienz steigert. Die Stadt geht selbst mit grünem Beispiel voran und begrünt eigene Flachdächer und Fassaden grundsätzlich. Noch weitgehend ungenutzt ist in Osnabrück das Potenzial urbaner Landwirtschaft auf unseren Dächern. Über sogenanntes „Rooftop Farming“ könnte besonders auf den Flachdächern der Innenstadt ein relevanter Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung der Stadt geleistet werden. Weil Kies-, Schotter- oder Steingärten die Stadt zusätzlich aufheizen und zudem der Artenvielfalt schaden und nach Niedersächsischer Bauordnung nicht zulässig sind, schließen wir sie aus Transparenzgründen und zur Rechtssicherheit in Bebauungsplänen aus.

Bauen im Einklang mit dem Stadtklima

Wir können die Klimaziele nur mit einer Bauwende hin zu ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen erreichen. Da wir über zu wenig bezahlbare Wohnungen mit flexiblen Grundrissen verfügen, brauchen wir neben Sanierung auch Wohnungsneubau. Bei Neubauten setzen wir auf Plusenergiestandard sowie alternative Baustoffe, um die Klimaziele zu erreichen. Die Wahl der Baumaterialien beeinflusst maßgeblich den Gesundheitszustand der Nutzer*innen von Gebäuden und die Ökobilanz des Gebäudes. Regionale und nachwachsende Rohstoffe und das Baumaterial Holz sind die Alternativen zu Beton und chemischen Stoffen. Bei Städtebau und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen. Gerade Holzbau stellt hier eine klimagerechte Alternative dar. Bei neuen Gebäuden werden Photovoltaik und Dachbeziehungsweise Fassadenbegrünung zum Standard. Das macht Osnabrück nicht nur klimagerechter, sondern auch schöner. Das erfolgreiche Instrument der „ökologischen Bauleitplanung“ ergänzen wir um diese Komponente. Unsere Gebäude sind viel zu wenig flexibel und häufig nur auf einen Nutzungszweck hin entworfen. Auch Wohnungsgrundrisse müssen flexibel sein und Veränderungen erlauben. In der gemeinschaftlichen Nutzung von Geräten und Räumen steckt erhebliches ungenutztes Einsparpotential. In all diesen Punkten und auch bei den Konzeptausschreibungen muss die neu gegründete kommunale Wohnungsgesellschaft WiO vorangehen und Pionierarbeit in Osnabrück leisten. Die bisherigen Vorgaben reichen uns nicht aus. Mit Plusenergiehäusern, die eine positive Energiebilanz haben, gleichen wir den Energiebedarf älterer Gebäude aus. Der bisherige Modellcharakter

klimaneutraler Energieversorgung für neue Wohngebiete wie Hirtenhaus muss zum Standard werden. Als nächsten Schritt entwickeln wir ein klimaneutrales Wohngebiet nach Freiburger Beispiel.

Das Stadtklimagutachten zeigt: In Osnabrück gibt es – bis auf Nachverdichtungsprojekte – so gut wie keine Flächen, die ohne größere Folgen für das Stadtklima bebaut werden können. Dank unserer Initiative liegt ein Klimagutachten vor, das Wechselwirkungen potenzieller Gebiete auf das Stadtklima zeigt. Für uns gilt der Grundsatz, möglichst viele freie Flächen für das Stadtklima zu sichern. Daraus folgt, dass eine mögliche Bebauung im flächeneffizienten Geschosswohnungsbau erfolgen und damit auch dem dringlichsten Bedarf an Wohnraum entsprechen muss. Nur so erhalten wir die Kaltluftschneisen, die für das Stadtklima über den Nahbereich hinaus von zentraler Bedeutung für die Innenstadt sind. Damit die „Grünen Finger“ erhalten bleiben, brauchen wir ein Planungsmoratorium, bis klar ist, wie wir die Grünen Finger dauerhaft sichern. Auf dieser Basis bringen wir den 20 Jahre alten Flächennutzungsplan und den 30 Jahre alten Landschaftsrahmenplan auf die Höhe der Zeit: für das Stadtklima, die Luftqualität aber auch den Artenschutz.

2. Klimaanpassung: So wird Osnabrück noch grüner

Schon heute hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Allein 2019 gab es in Osnabrück vierzehn tropische Nächte. Während wir gegen jedes Zehntelgrad an Erderhitzung kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. Das bedeutet konkret: Erhalt der Grünen Finger, Kaltluftentstehungsgebiete und -schneisen, damit kühle Nachtluft ungehindert in die Stadt strömen kann sowie mehr Stadtgrün orientiert am Stadtbaumkonzept, mehr Fassadenbegrünung und mehr Wasserflächen und Trinkbrunnen in der Stadt.

Zur Prävention und für's Wohlergehen: Osnabrück als Schwammstadt

Die verheerenden Folgen lokaler Starkregenereignisse in den letzten Jahren zeigen uns, wie dringend wir uns fit machen müssen. Wir gestalten die Stadt so, dass sie mehr Wasser aufnehmen und speichern kann, um besser gegen Starkregenereignisse gewappnet zu sein und im Sommer kühlend zu wirken. Dieses Konzept der Schwammstadt ist notwendige Prävention und erhöht das Wohlergehen der Osnabrücker*innen. Dabei wird für Hitze- und Dürrezeiten möglichst viel Wasser im Boden und in Form von Wasserflächen zurückgehalten: Tiere und Pflanzen werden versorgt und durch Verdunstung kühlt die Stadt spürbar ab. Größere Speicher wie Regenrückhaltebecken können – richtig gestaltet – so auch das Stadtklima positiv beeinflussen. Bei Starkregenfällen kann Osnabrück viel mehr Wasser zwischenspeichern und so Kanalisation und Gewässer entlasten und Überschwemmungen vermindern. Jährlich wird 1 Prozent der anfallenden Regenwassermenge neu von der Kanalisation entkoppelt. Auf der Grundlage einer Starkregenisikokarte entwickeln wir so eine sinnvolle Abwehrstrategie. Dazu gehört auch ein ambitioniertes Entsiegelungsprogramm. Die „Grünen Finger“ mit ihren Wald- und Grünlandflächen fungieren schon heute als wichtige Pufferflächen für Starkregenereignisse. Diese Funktion gilt es zu erhalten und zu fördern.

Grün- und Freiflächen für eine lebenswerte Stadt

Osnabrück ist eine grüne Stadt. Wir stehen dafür, dass das so bleibt und dass andere Anforderungen wie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Infrastruktur und Arbeitsplätze damit in Einklang gebracht werden. Denn der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Grün- und Freiflächen im bebauten Raum als auch der Schutz der freien Landschaft sind die Voraussetzung für ein lebenswertes Osnabrück: heute und für künftige Generationen.

Die Erhaltung und zukunftsfähige Entwicklung der städtischen Freiräume leistet für die Lebensqualität in der Stadt Osnabrück einen wesentlichen Beitrag: Identifikation, grüne Infrastruktur, Lern- und Kommunikationsorte für alle Bewohner*innen, attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld, resiliente Stadtentwicklung, Klimaschutz und Klimaanpassung sowie Artenschutz. Die Folgen des Klimawandels wie die Zunahme von Starkregen, Stürmen und Dürresommern sowie steigender Flächenbedarf sorgen für akuten Handlungsdruck.

Dazu müssen nach Möglichkeit auch im dichten Siedlungsbereich sowie in neuen Baugebieten neue Grünflächen geschaffen werden. Vorhandene Frei- und Grünflächen müssen fit gemacht werden für die Klimaanpassung und für geänderte Nutzungsanforderungen. Das Angebot an Kinderspiel- und Jugendaktionsflächen werden wir prioritär in diesbezüglich unterversorgten Stadtteilen verbessern und damit mehr Anreize für Bewegung, vielfältiges Spiel, eigenes Erleben und Gestalten bieten. Hierzu sind besonders naturnah gestaltete Flächen geeignet. Auch naturnähere Schulhöfe und Freiflächen an Kitas bieten hier Potential für ein gesünderes Schul- und Lernklima und mehr Artenvielfalt.

Im Sinne einer umwelt- und sozialgerechten Stadtentwicklung haben alle Bewohner*innen Osnabrücks Anspruch auf einen wohnungsnahen Zugang zu Grün- und Freiflächen, insbesondere diejenigen, die in dicht bebauten Stadtteilen mit einer Unterversorgung an Grün- und Freiflächen leben. Denn gerade in Zeiten des Klimawandels müssen Grünflächen wichtige Ausgleichsfunktionen für uns Menschen erfüllen: als kühlende Oasen, als Naherholungsgebiete, zur Luftreinhaltung und als Lärmschutz.

Damit Osnabrück eine grüne Stadt bleibt, werden wir dafür Sorge tragen, dass die Ergebnisse des Konzeptes „Freiraum im (Klima-)Wandel“ sowie das aktualisierte gesamtstädtische Spielplatzkonzept, die wir in der letzten Ratsperiode auf den Weg gebracht haben, umgesetzt und in die gesamtstädtische Planung einfließen.

Grüne Finger schützen uns – schützen wir sie

Die Erkenntnis, dass die „Grünen Finger“ für Osnabrück unverzichtbar sind, ist nicht neu. Schon vor 100 Jahren beschrieb der damalige Stadtbaurat Lehmann die Grünen Finger als wichtige gliedernde Elemente unserer Stadtstruktur. Insgesamt zehn Grüne Finger prägen heute als große Grün- und Freiräume das charakteristische Bild der Stadt, gliedern sie und verbinden sie mit der freien Landschaft im Außenbereich. Die Grünen Finger sind Lebensadern unserer Stadt, denn sie bieten beispielsweise Raum für die Trinkwassergewinnung, Lebensmittelproduktion und Naherholung, dienen aber auch als wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Außerdem versorgen sie die Stadt mit frischer Luft und schützen die Innenstadt vor Überschwemmungen

in Folge von Starkregenereignissen. Die Grünen Finger übernehmen wichtige Funktionen für das Stadtklima und sind Garant für unser Wohlergehen in unserer Stadt. Sie werden jedoch meist nicht als zusammenhängendes Freiraumsystem erkannt und sind angesichts des Flächendrucks mit unterschiedlichen Nutzungsbedürfnissen nicht ausreichend vor Bebauung oder Zerschneidung geschützt.

Damit die Grünen Finger erhalten und weiterentwickelt werden, setzen wir uns dafür ein, dass die Ergebnisse des interdisziplinären und dialogorientierten Forschungsvorhabens „Produktiv. Nachhaltig. Lebendig. – Grüne Finger für eine klimaresiliente Stadt“ der Hochschule Osnabrück umgesetzt werden. Dabei ist uns auch die weitere Stärkung der örtlichen Landwirtschaft wichtig. Im Rahmen einer Verstetigung müssen die Grünen Finger Eingang finden in ein neues und nachhaltiges integriertes Stadtentwicklungskonzept, das die Stadtentwicklung vom Freiraum her denkt. Mit dieser Leitlinie leiten wir einen Paradigmenwechsel in der Planung ein.

Die Gärten unserer Stadt – Urban Gardening-Projekte fördern

In Osnabrück werden insgesamt rund 170 Hektar Fläche kleingärtnerisch bewirtschaftet, davon rund 130 Hektar durch sieben Kleingärtnervereine. Durch ihre Lage in den Grünen Fingern aber auch inmitten von dicht besiedelten Wohnquartieren tragen sie dazu bei, wichtige Grünbereiche der Stadt vor einer Bebauung und Versiegelung zu bewahren. Sie sind als tragende Säule des städtischen Grünsystems von besonderer Bedeutung für die Naherholung, die biologische Vielfalt und das Gemeinwesen in Osnabrück. Als wichtige Elemente der Daseinsvorsorge werden wir daher die Entwicklungsperspektiven für Kleingärten stärken, zum Beispiel in Schinkel-Ost. Darüber hinaus unterstützen wir Gemeinschaftsprojekte wie den Friedensgarten, Katharinengarten oder Tomatos e.V. Solche Urban Gardening-Projekte können teilweise auf kleinstem städtischem Raum "keimen". Mitten in der Altstadt zeigt dies an der Rückseite der Kunsthalle ein Gemüse-, Erdbeer- und Kunstbeet des Projektes „Essbare Viertel“, das liebevoll von Anwohner*innen gepflegt wird. Solche Projekte können zu lebens- und liebenswerten Quartieren beitragen und beispielsweise auf ehemaligen Parkplätzen Platz finden. Wir wollen mehr davon.

Bäume schützen, pflanzen und pflegen

Bäume und anderes Stadtgrün verschönern nicht nur das Stadtbild. Sie sind überlebenswichtig für das Stadtklima. Denn Bäume sind natürliche Temperaturregler und sorgen für frische Luft. Sie filtern Schadstoffe und Staub, sie nehmen CO₂ auf und produzieren Sauerstoff. Bäume kühlen durch Wasserverdunstung und spenden Schatten. Ohne Stadtgrün wäre es an Hitzetagen heißer und es würde sich nachts kaum abkühlen. Darüber hinaus puffern sie Starkregenereignisse ab. Wir brauchen daher noch mehr Bäume, um die Folgen der Klimakrise erträglich zu halten. Auf unsere Initiative stehen im Haushalt jährlich zusätzlich 100.000 Euro für Neupflanzungen bereit. Dieses Programm werden wir verstetigen und das Stadtbaumkonzept mit klimaangepassten Arten umsetzen, dabei aber die notwendigen Veränderungen der Verkehrsinfrastruktur nicht außer Acht lassen. Wir führen Nachbarschaftsbefragungen zu neuen Baumstandorten durch und ein Programm zum Pflanzen weiterer Bäume ein. Da die anhaltende Dürre Bäume und Stadtgrün gefährdet, soll der Osnabrücker ServiceBetrieb seine Prioritäten künftig stärker auf die Pflege der Stadtbäume legen. Wir

entwickeln eine Strategie, wie wir gemeinsam mit den Bürger*innen unter Schonung des knappen Grundwassers und der Gewässer Regenwasserreserven anlegen und zur Pflege des städtischen und privaten Grüns nutzen können.

Der größte Anteil der Bäume in der Stadt Osnabrück (außerhalb von Waldgebieten) steht jedoch auf privaten Grundstücken, die es besonders zu schützen und zu erhalten gilt. Deshalb werden wir einen erneuten Anlauf für eine wirksame Baumschutzsatzung für Osnabrück nehmen, die einerseits den notwendigen Schutz gewährleisten kann, andererseits aber auch Ausnahmen zur Beseitigung von Bäumen ermöglicht, wenn sie gleichzeitig zur Ausgleichspflanzung oder -zahlung verpflichtet. Das hierfür zusätzlich erforderliche, gut geschulte Personal übernimmt gleichzeitig die Beratung, wie private Bäume vor den Folgen der Klimakrise besser geschützt werden können.

3. Artenvielfalt und Naturschutz: Erhalten, was uns erhält

Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken müssen daher unser Handeln definieren. Wir alle stehen in der Verantwortung, das massenhafte Artensterben zu beenden und unsere Natur zu schützen. Für ein gutes Leben und für eine gute Zukunft der künftigen Generationen.

Artenvielfalt kommunal schützen und fördern

Nicht nur die Klimakatastrophe, auch das Artensterben bedroht unsere Lebensgrundlagen. Mit dem Volksbegehren Artenvielfalt konnten wir in Niedersachsen wichtige Erfolge für den Artenschutz erreichen. Auch kommunal werden wir noch mehr für den Erhalt der Artenvielfalt tun. Eine besondere Verpflichtung ergibt sich für uns aus dem Wissen, dass viele heimische, wildlebende Arten sich aus der meist intensiv genutzten Agrarlandschaft in die Stadt zurückgezogen und hier ihren Lebensraum gefunden haben. Für die biologische Vielfalt setzen wir auf ein städtisches Förderprogramm für produktionsintegrierte Naturschutzmaßnahmen. In einem ersten Schritt sollen auf 5 Prozent der verpachteten, landwirtschaftlich genutzten Eigentumsflächen der Stadt Osnabrück zukünftig ökologisch wirksame Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität wie Blühstreifen umgesetzt werden. Bei Pachtverlängerungen und Neuverpachtungen soll mit den Pächter*innen unter Berücksichtigung der Struktur des jeweiligen landwirtschaftlichen Betriebes eine natur- und bodenschonende Bewirtschaftung vereinbart werden. Die Aktivitäten des deutschlandweit prämierten Osnabrücker BienenBündnisses unterstützen wir ausdrücklich weiterhin. Das bedeutet, dass in städtischen Grünflächen, aber auch auf Flächen im Eigentum städtischer Tochterunternehmen wie den Stadtwerken, Nahrungs- und Nistangebote für Wildbienen und andere blütenbesuchende Insekten geschaffen werden. Auch die Bepflanzung und Pflege des Straßenbegleitgrüns sowie die Dachbegrünung von Bushaltestellen kann hier einen Beitrag zu mehr Artenvielfalt leisten. Bei der Sanierung städtischer Liegenschaften ist auf das Vorhandensein von Nistmöglichkeiten für Vögel und Fledermausquartieren zu achten. Wo möglich, sollen hier auch neue Angebote geschaffen werden. Für eine ökologisch ausgerichtete Gestaltung von Privatgärten und Gewerbegrundstücken setzen wir uns für die Schaffung eines Beratungsangebotes nach dem Vorbild des Landkreises Osnabrück ein. Für die Biodiversität und Artenvielfalt fördern wir auch die „Wildnis in der Stadt“. Bewusst nicht für Menschen zugängliche Bereiche, in denen sich die

Natur frei entwickeln kann, sollen ausdrücklich am Piesberg, im Westerberger Steinbruch und vielen Stellen mehr erhalten bleiben, da sie von besonderem Wert für die Natur in der Stadt sind.

Naturschutzgebiete stärken

Wir brauchen eine Neuordnung und Qualifizierung der Osnabrücker Schutzgebiete auf der Grundlage eines neuen Landschaftsrahmenplanes. In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass naturschutzwürdige Gebiete wie Rubbenbruch, Düteaue oder Hörner Bruch als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Bei der Neufassung der Schutzgebietsverordnungen achten wir darauf, dass zielführende Nutzungs- und Unterhaltungsregelungen für Wälder, landwirtschaftliche Nutzflächen und Gewässer dem alarmierenden Rückgang der Biodiversität entgegenwirken. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die zum Ausgleich für Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaftsbild erforderlichen Kompensationsmaßnahmen auch weiterhin möglichst auf Flächen im Stadtgebiet umgesetzt werden, denn die Belastungen für Natur und Menschen müssen möglichst in räumlicher Nähe ausgeglichen werden. Die von der Stadt unterhaltenen Kompensationsflächen und -flächenpools zeigen, dass durch gezielte ökologische Maßnahmen und mithilfe einer extensiven Pflege oder landwirtschaftlichen Nutzung wertvolle Bereiche für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild geschaffen werden können.

Naturnahe Gewässer sind lebendig

Das „Osnabrücker Fließgewässerschutzprogramm“ weist seit Jahren den Weg hin zu naturnäheren Flüssen und Bächen in Osnabrück. Mit den Revitalisierungsmaßnahmen an Düte, Hase, Nette und Sandbach wurden schon wertvolle Schritte auf diesem Weg gegangen. Wir werden diese Arbeit fortsetzen und das „Osnabrücker Fließgewässerschutzprogramm“ fortschreiben. Damit verfolgen wir das Ziel der Wiederherstellung eines durchgängig zusammenhängenden Fließgewässernetzes. Wie wichtig die ökologische Durchgängigkeit unserer Fließgewässer ist, zeigt die jüngste Löschwasserkatastrophe in der Hase nach einem Brand im Gewerbegebiet Fledder. Denn eine natürliche Wiederbesiedlung mit Fischen und anderen Wasserorganismen ist nur dann möglich, wenn diese aus unbelasteten Gewässerabschnitten barrierefrei wieder in die zuvor belasteten Bereiche einwandern können. Als weitere wichtige Maßnahme zum Gewässerschutz setzen wir uns für extensiv genutzte Gewässerrandstreifen auch entlang von kleineren Fließgewässern und Gräben ein, um den Nährstoff- und Biozideintrag zu verringern. Die der Retention von Regenwasser aus den Siedlungsgebieten dienenden Rückhaltebecken müssen qualitativ und quantitativ zur Entlastung der Fließgewässer beitragen. Ihre naturnahe Gestaltung liefert darüber hinaus einen wertvollen Beitrag für die Artenvielfalt.

Sauberes Wasser – gut für uns, gut für die Umwelt

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Zunehmend belasten jedoch Nitrat, Waschmittelrückstände und Medikamentenreste unser Grundwasser. Für die Gewinnung des Trinkwassers in Osnabrück ist das Grundwasser die einzige Basis. Die Trinkwassergewinnungsgebiete liegen in der Stadt aber auch in umliegenden Gemeinden. So stammt das Osnabrücker

Trinkwasser aus den Wasserwerken Düstrup, Thiene und Wittefeld. Das bewährte Wassermanagement der Stadtwerke Osnabrück bleibt daher auch zukünftig in kommunaler Hand. So stärken wir das Vorsorgeprinzip. Der Trink- und Abwasserpreis der Stadtwerke muss transparent und bezahlbar sein. Wegen der Nitratbelastung des Grundwassers im Osnabrücker Raum ist es bereits heute notwendig, belastetes mit weniger belastetem Grund- und Trinkwasser zu mischen. Deshalb setzen wir uns im Stadtgebiet für strenge Auflagen in den Trinkwasserschutzgebieten ein und unterstützen die Stadtwerke dabei, Grundwasser schonende Bewirtschaftungsverträge mit Landwirten abzuschließen.

Zur Entlastung der Trinkwasserversorgung sollen von den Stadtwerken für die Bewässerung von Gärten und Grünanlagen preisgünstige Regentonnen zur Verfügung gestellt werden.

Tiere weiter konsequent schützen

Seit über 30 Jahren steht GRÜNE Politik für einen schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt. Wir setzen uns für das Wohlergehen aller Tiere ein. So haben wir unter anderem die Kastrationsverordnung für Freigängerkatzen beschlossen und sichere Freilaufflächen für Hunde geschaffen. Den Weg eines konsequenten Tierschutzes werden wir fortsetzen. Der Schutz der Tiere ist im Grundgesetz und der niedersächsischen Landesverfassung verankert. Hierfür müssen neben dem Land auch die Kommunen ihren Teil beitragen.

4. Zeit für eine neue Mobilität in Osnabrück

Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen nicht länger nur von der Mobilitätswende sprechen, sondern sie auch umsetzen, denn es ist Zeit für eine neue Mobilität in Osnabrück.

Moderne Mobilität für alle Menschen

Wir wollen ein Osnabrück gestalten, in dem wir in Zukunft genauso mobil sein werden wie heute, allerdings auf andere Art und Weise. Wir sind weniger „auto“-mobil unterwegs, sondern nutzen dafür zuallererst den Umweltverbund und sind zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit dem ÖPNV unterwegs. Mobilität in der Stadt wird so individueller. In einem zukunftsfähigen Osnabrück braucht kaum noch jemand ein eigenes Auto. Osnabrück wird so kompakter und zugleich grüner. In der Innenstadt und den Quartieren entsteht neuer bezahlbarer, familiengerechter und barrierefreier Wohnraum. Gleichzeitig schaffen wir ausreichend Platz für Begegnung, Entspannung, Sport und Freizeit im öffentlichen Raum. Wohnen, Gewerbe und Dienstleistungen sowie Freizeitangebote rücken wieder näher zusammen. Die notwendigen Wege werden kürzer, sparen Zeit und vermeiden Emissionen. Die „15 Minuten Stadt“ entsteht. Lärm und Schadstoffe gehen zurück und intelligente bauliche Maßnahmen stellen zusätzlich ein ruhiges Neben- und Miteinander sicher. Die Vorteile des Lebens in der Stadt, aber ohne die negativen Auswirkungen des Verkehrs: eine schöne Vorstellung. Geht nicht? Doch! Warum sollten wir in Osnabrück nicht hinbekommen, was uns viele Städte weltweit vormachen: Eine

lärmmarme, grüne, kompakte, durchmischte Stadt mit einem leistungsfähigen Mobilitätssystem, das Gesundheit, Klima und Umwelt schont.

Eine Debatte um weniger Autos in Osnabrück ist eine Debatte für mehr Lebensqualität, für eine lebenswertere Stadt. Was wollen wir Osnabrück hinzugeben, um das Leben gerechter, gleichberechtigter, gesünder und angenehmer für alle zu machen? In der intelligenten Nutzung der Verkehrsflächen liegt der Schlüssel für die Stadt von Morgen. Durch die „Mobilitätswende“ gewinnen wir Platz zum Leben und damit Lebensqualität in Osnabrück. Ganz nebenbei gelingt uns ein Befreiungsschlag für die städtischen Finanzen, weil mittel- und langfristig weniger kostspielige Verkehrsinfrastruktur unterhalten werden muss. Ein sicheres, gesundes und allgemein zugängliches Verkehrssystem mit weniger Umweltauswirkungen ist auch sozial gerecht. Den negativen Folgen des Verkehrs können die ärmeren Menschen am wenigsten entfliehen und sie verfügen viel seltener über ein eigenes Auto. Wir haben seit Jahrzehnten unser Leben so organisiert, dass für viele Wege das Auto unverzichtbar oder mindestens die naheliegendste Fortbewegungsalternative ist. Das Angebot des Autoverkehrs wurde mit so großem Erfolg angenommen, dass die negativen Folgen heute niemandem mehr verborgen bleiben können: CO₂-Ausstoß, Lärm, die Luftschadstoffe Feinstaub, Stickoxid und Ozon, Flächenbedarf, zahllose Unfallopfer, kein Platz zum Spielen und vieles mehr. Die Folge ist eine sich selbst verstärkende Krise des städtischen Verkehrssystems, bei der wie in einem Teufelskreis auf steigende Fahrzeugzahlen stets mit breiteren und neuen Straßen reagiert wurde.

Es ist höchste Zeit für die Mobilitätswende. Wir setzen sie um. Mit einem zukunftsorientierten Mobilitätskonzept. Gemeinsam mit den Osnabrücker Bürger*innen und mit einem klaren Ziel: Wir holen das Leben in die Stadt zurück.

Mobilitätsketten für eine flexible Kombination von Verkehrsmitteln ermöglichen

Moderne Mobilität bedeutet, verschiedene Verkehrsmittel flexibel zu nutzen und zu verknüpfen. Wir ermöglichen, dass jede*r Osnabrücker*in in jeder Situation das passende umweltfreundliche Verkehrsmittel nutzen und zwischen diesen wechseln kann. Dafür brauchen wir optimierte Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im Bus, gute Abstellmöglichkeiten an den jeweiligen Umstiegsorten und Park+Ride-Plätze mit Busanschluss an den Stadträndern und in den Umlandgemeinden. Die unterschiedlichen Mobilitätsbausteine müssen für die Kund*innen leicht zugänglich, einfach handhabbar und flexibel nutzbar sein. Mit den ersten Mobilitätsstationen, den Apps „OSPilot“ und „YANIQ“, dem Stadtteilauto, dem „Haller Willem“ und einigem mehr, sind erste Ansätze der neuen „multimodalen“ Zukunft entstanden. Für wirklich vernetzte Mobilitätsketten gibt es noch viel zu tun, unter anderem Bus-Schiene-Tarife, Park+Ride-Plätze und Leihfahrradsysteme. Wir brauchen den Mobilpass, vernetzte Mobilitätsangebote aus einer Hand, um damit Nutzen statt Besitzen für alle einfach möglich zu machen.

Die Bedürfnisse von Fußgänger*innen in den Mittelpunkt

In Osnabrück, das im Kern für die Geschwindigkeit von Fußgänger*innen entstanden ist, wurde in den letzten 100 Jahren immer mehr motorisierter Verkehr hineingequetscht. Außerhalb der Fußgängerzone haben wir nur Restflächen am Rande der Straßen übrig gelassen, häufig

schlecht instand gehalten und zugestellt. Das belastet alle Fußgänger*innen, insbesondere aber Familien mit Kindern, Senior*innen und Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung. Zu Fuß zu gehen bedeutet, die Stadt wahrzunehmen, Menschen zu treffen und Lebendigkeit im öffentlichen Raum zu erleben. Wenn mehr Menschen zu Fuß unterwegs sind oder sich draußen aufhalten, steigt ganz automatisch das Sicherheitsgefühl. Wir wollen gut ausgebaute Wege abseits der Autostraßen als auch an diesen entlang und attraktive Verbindungstrassen für Fußgänger*innen schaffen. Häufig sind Trampelpfade die besten Anhaltspunkte, wo ein Weg für die kürzeste Verbindung von A nach B fehlt. Fußgänger*innen brauchen Platz und keinen Hindernislauf, Umwege und Unterbrechungen. Die Attraktivität der Wege ist besonders wichtig. Straßen- und Platzgestaltung, Detailreichtum und Raumerlebnisse prägen die Qualität der Fußwege und machen den Gang zum Erlebnis. Fassadendetails, Vorgärten, Bäume und Sitzgelegenheiten tragen dazu bei, den Fußweg durch die Straßen interessanter zu machen. Für die sichere Überquerung der Straßen ohne große Umwege brauchen wir mehr Zebrastreifen, ausreichende Grünphasen mit schneller Anforderung, ebenerdige Querungen sowie mehr Mittelinseln. Das Märkte- und Zentrenkonzept sichert die Nahversorgung in den Stadtteilen. Wo Menschen zu Fuß unterwegs sind, suchen sie auch die kleineren Läden auf. Im Stadtteil müssen Arztpraxis und Apotheke, Bäcker*innen, Friseur*innen und Kiosk, Kita und Grundschule, Spiel- und Sportplätze und die Freund*innen gut und sicher zu Fuß erreicht werden können. Das Konzept „Grüne Hauptwege zur Naherholung. Erholungswegekonzept für Fußgänger und Radfahrer in der Stadt Osnabrück“ muss zu einem ganzheitlichen Konzept für den alltäglichen Fußverkehr in Osnabrück erweitert werden. Es muss sich an aktuellen fachliche Standards für den Fußverkehr ausrichten: Mindestwegbreite 2,50 Meter, Vermeidung von kombinierten Fuß- und Radwegen, et cetera. Dafür wird die Stelle einer*s Beauftragte*n für Fußverkehr neu geschaffen. Die Belange des Fußverkehrs bekommen dadurch in allen Fragen der Straßensanierung und des Neubaus eine höhere Gewichtung.

Mehr Radverkehr für eine Stadt in Bewegung

Ein Schlüssel zum Erfolg für eine lärmarme, umweltfreundliche und gesunde Mobilität für Osnabrück ist das Radfahren. Radfahren bietet eine selbständige, individuelle und kostengünstige Mobilität und erfüllt damit ein zentrales Bedürfnis im Leben vieler Menschen. In der Stadt ist das Rad eine flexible, energie- und platzsparende Alternative zu anderen Verkehrsmitteln, besonders zum Auto. Auf Distanzen von bis zu fünf Kilometern ist es zudem auch das schnellste Verkehrsmittel. Das E-Bike ist auf gut ausgebauten Strecken von 10-15 Kilometern Länge sogar schneller als das Auto. Der Radverkehrsplan 2030 aus dem Sommer 2016 setzt sich zum Ziel, den Radverkehrsanteil am gesamten Verkehr bis 2030 auf 30 Prozent zu steigern. Dieses Ziel muss schon 2025 erreicht sein. Im Jahr 2030 müssen für die Wege der Osnabrücker*innen in der Stadt 50 Prozent Radverkehrsanteil erzielt werden, um die Klimaschutzziele erreichen zu können. Die Infrastruktur für das Radfahren ist leider über Jahrzehnte vernachlässigt worden und zu Recht sind viele Osnabrücker*innen mit der Qualität sehr unzufrieden. Dieser Anspruch zeigt, wie sehr eine gute Radinfrastruktur angenommen werden würde. Auf unsere Initiative hat sich der Rat im Mai 2019 klar zur Stärkung des Radverkehrs bekannt. Osnabrück will bis 2030 unter die TOP 5 der radverkehrsfreundlichsten Städte Deutschlands vorstoßen und dort bleiben. Dafür muss der Radverkehrsplan 2030 schnell und effizient abgearbeitet werden. Jetzt beginnt das Jahrzehnt der Umsetzung. Da wir leider

nicht wie Kopenhagen oder Groningen bereits in den siebziger Jahren den Wandel eingeläutet haben, müssen wir in viel kürzerer Zeit besser werden. Deshalb brauchen wir auch provisorische Markierungen, Abtrennungen oder Beschilderungen, bis ein kompletter Umbau einer Straße oder einer Kreuzung möglich ist, wie zum Beispiel an der Kreuzung Johannistorwall/Kommenderiestraße. Wir brauchen schnelle Erfolge und „leapfrogging“, das Überspringen und Auslassen von Zwischenschritten. In der kommenden Ratsperiode bauen wir die Verkehrsinfrastruktur für ein klimaneutrales Osnabrück.

Das Radwegenetz muss engmaschig und lückenlos sein und, wo immer möglich, getrennt vom Autoverkehr verlaufen. Grüne Routen durch Parks, Wälder und entlang der Hase sind nicht nur sichere Verbindungsstrecken, sondern bieten auch für den Freizeitverkehr einen hohen Wert. Weil der Platz begrenzt ist, bleibt das Hauptziel aller Maßnahmen, dem Radverkehr mehr Raum auf normalen Straßen zu geben. Die Devise muss stets ein sicherer Radverkehr von Tür zu Tür sein. Es ist wichtig, dass Radfahrer*innen genug Platz haben, damit sie sich nicht bedrängen oder bedrängt werden. Dies gelingt am wirkungsvollsten auf den geschützten Radwegen, den „Protected Bike Lanes“. Sogenannte „Schutzstreifen“ lehnen wir ab, da sie erwiesenermaßen die Unsicherheit von Radfahrenden erhöhen. Vorausschauend zu planen und zu bauen bedeutet, alle Radwege so zu bauen, dass sie auch für erheblich steigende Zahlen von Radfahrer*innen geeignet sind. Bei gutem Angebot werden bald mehr als doppelt und dreimal so viele Menschen in Osnabrück mit dem Rad unterwegs sein. Die Zeit der Priorisierung des Autoverkehrs zulasten des Radverkehrs ist vorbei. Gegen das Zuparken und Verstellen von Radwegen durch Autos muss konsequenter vorgegangen werden. Radfahrer*innen dürfen nicht zum ungeplanten Einfädeln in den Autoverkehr oder zum Ausweichen auf den Bürgersteig gezwungen werden. Wo es für gute Radwege und sicheres Radfahren notwendig ist, werden Fahrspuren eingeschränkt, Stellplätze abgebaut, Ampelphasen verändert oder Kreuzungen umgebaut. Zweirichtungsradwege funktionieren in anderen Städten hervorragend. Wir wollen sie auch für Osnabrück prüfen. Auf Fahrradstraßen sind motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen nur zu Gast. Wir brauchen viel mehr davon, zum Beispiel die Wilhelmstraße, wie im Verkehrskonzept Westerberg längst beschlossen. Die Hindernisse in der Straßenverkehrsordnung auf Bundesebene müssen endlich fallen. Auf viel befahrenen Velorouten brauchen wir die „grüne Welle“ für den Radverkehr. Haupt- und Velorouten sind ohne Wenn und Aber im Winter von Schnee und Eis zu räumen. Radfahrstreifen und Fußwege sind kein Lagerplatz für Schneemassen.

Ein entscheidendes Projekt für den Radverkehr und für viele andere Aspekte von städtischer Lebensqualität in Osnabrück ist der Umbau des Wallrings. Der „Wall als Boulevard“, wie im Masterplan Innenstadt vorgeschlagen, muss das Leitbild sein. Zur Zeit werden Umbaupläne erarbeitet. Auch hier gilt: Heute die Infrastruktur der Zukunft planen. Ein Ausbau eines Radfahrstreifens von 1,20 Meter Breite auf 1,80 Meter ist keine Verkehrsinfrastruktur für morgen. An unterschiedlichen Stellen wird es unterschiedliche Lösungen geben. Autofahrspuren werden reduziert, Abbiegebeziehungen eingeschränkt, Kreuzungen umgebaut und Stellplätze werden entfallen. Wenn Bäume nicht zu halten sind, müssen sie im Nahbereich ersetzt werden. Wo Buslinien auf dem Wall verlaufen, müssen sie zugleich beschleunigt werden. Wir werden den Wallring nur einmal in den nächsten Jahrzehnten umbauen. Für mehr reicht weder Geld noch Zeit. Machen wir ihn zukunftsfest: Die Hälfte des Walls für den Umweltverbund.

Auch für die Verbindung ins nähere Umland von Osnabrück sind Radschnellwege von enormer Bedeutung. Diese breiten, gut ausgebauten und kreuzungsarmen Strecken schaffen die Voraussetzung, dass auch über weitere Entfernungen das Fahrrad und erst recht das E-Bike genutzt werden können. Die erste Strecke aus und nach Belm ist weitgehend fertig gestellt und wird super angenommen. Aber noch immer fehlen Lösungen für das sichere und bevorrechtigte Überqueren von kreuzenden Straßen und der wichtige Teil der Liebigstraße auf dem Weg in die Innenstadt. In der Machbarkeitsstudie von 2014 sind weitere Korridore für Radschnellwege in alle Himmelsrichtungen untersucht worden. Bis 2025 müssen mindestens die aussichtsreichsten Trassen nach Wallenhorst, Bissendorf und Lotte-Wersen in der Umsetzung sein. In der Stadt schließen die Radschnellwege an einen umgebauten Wallring an.

Wenn mehr Menschen Fahrrad fahren, brauchen wir auch mehr sichere und komfortable Abstellplätze. Wir haben in allen Bereichen Osnabrücks erheblichen Nachholbedarf in Sachen Fahrradabstellanlagen, nicht nur in der Innenstadt. Mit einer Neufassung der Stellplatzsatzung hat der Rat erstmals konkrete Vorgaben für Radabstellanlagen bei Neubauten oder Nutzungsänderung beschlossen. Auch hier gilt: Wir müssen auf „Zuwachs“ planen und nachbessern. Die Stadt muss schneller und konsequenter mit gutem Beispiel vorangehen. An Schulen, Sportplätzen, Verwaltungen und anderen öffentlichen Gebäuden sind die Abstellmöglichkeiten zu gering, zu alt und unkomfortabel. Obwohl hier durch uns initiierte gültige Ratsbeschlüsse vorliegen, geht es kaum voran. Am Hauptbahnhof entsteht ein neues Fahrradparkhaus. Die oberirdischen Radbügel müssen erhalten bleiben, sonst haben wir schon bald wieder zu wenig Abstellmöglichkeiten. Auch am neuen östlichen Bahnhofseingang müssen zahlreiche Abstellmöglichkeiten entstehen. Der mittlerweile sieben Jahre alte Plan „Fahrradparken in der City“ muss endlich abgearbeitet werden. Das wird aber nicht reichen und wir brauchen auch in der City nach niederländischem Vorbild Fahrradparkhäuser. Auch in den Wohngebieten und Gewerbestandorten bleibt viel zu tun. Das Pilotprojekt der Radboxen in der Gartlage war erfolgreich und muss auf die gesamte Stadt erweitert werden. Wir werden insbesondere in den innenstadtnahen Wohngebieten Parkflächen am Straßenrand zu Radabstellanlagen umwidmen. Das Schleppen von Fahrrädern in den Keller oder Räder als Hindernisse auf dem Gehweg müssen der Vergangenheit angehören.

Radfahren, aber sicher

Die Verkehrssicherheit auf zwei Rädern ist bei allen Planungen und Maßnahmen der wichtigste Aspekt. Er wird in den Umfragen als größtes Hemmnis zur stärkeren Nutzung des Rades genannt. Die zahlreichen schweren Unfälle der letzten Jahre mit toten und verletzten Radfahrer*innen mahnen alle zum dringenden Handeln. Aber auch ein subjektiv schlechtes Sicherheitsgefühl verhindert die Nutzung des Rades. Der konsequente Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur ist eine entscheidende Voraussetzung für mehr Sicherheit. Im Übrigen gilt das Prinzip „Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden geht der Flüssigkeit des Fahrverkehrs vor.“ Daher müssen Maßnahmen für den motorisierten Verkehr dazu kommen: Temporeduzierungen, erweiterte Parkverbote vor Einmündungen oder verpflichtende Abbiegeassistenten für den Schwerlastverkehr. Eine Hauptsorge ist die Sicherheit an Straßenkreuzungen. Alle Ampelschaltungen und Verkehrsführungen an den Knotenpunkten müssen überprüft werden. Um schwere Unfälle an Kreuzungen zu verhindern, müssen Lkw und Rad- sowie Fußverkehr räumlich getrennt und gute Sichtbeziehungen hergestellt

werden. Geradeaus fahrender Radverkehr und rechts abbiegende Kraftfahrzeuge (Kfz) dürfen nicht gleichzeitig Grün haben. Kürzere Grünphasen für den Kfz-Verkehr sind zugunsten der Verkehrssicherheit und der Gleichberechtigung der Verkehrsarten in Kauf zu nehmen. Die Sichtbarkeit der Radfahrer*innen und die Fehlertoleranz des Verkehrssystems sind entscheidend. Wir schaffen eine Infrastruktur, in der Fehler einzelner Verkehrsteilnehmer*innen nicht sofort zu schweren oder gar tödlichen Folgen führen. Je mehr Radfahrer*innen unterwegs sind, desto stärker müssen Autofahrer*innen auf diese achten und sie als Teilnehmer*innen im Straßenverkehr akzeptieren. Wenn das Radverkehrsaufkommen eine „kritische Masse“ erreicht, wirkt sich dies positiv auf die Sicherheit jedes einzelnen Radfahrenden aus.

Gepäckschließfächer, sichere Abstellmöglichkeiten für teure Räder, Umkleiden und Duschen am Arbeitsplatz, Luftpumpen im öffentlichen Raum, Verleihsysteme, Diensträder und viele weitere größere und kleinere Maßnahmen erhöhen den Komfort für Radfahrer*innen und tragen dazu bei, das Rad zum Verkehrsmittel der Wahl zu machen. Das von uns initiierte Förderprogramm für Lastenräder war überaus erfolgreich und muss fortgeführt werden. Die Potenziale im Wirtschaftsverkehr für Handwerker*innen, Dienstleister*innen oder Logistik sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Der Osnabrücker Radverkehrsplan 2030 setzt sich bewusst einen Konsens „pro Radverkehr“ zum Ziel. Dazu gehört, dass die Politik die finanziellen und insbesondere auch die personellen Mittel für den Umbau zur Verfügung stellt und das klare Ziel und die damit verbundenen Prioritäten nicht aus dem Blick verliert. Für die Stadtgesellschaft sind Marketing- und Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen von „Osnabrück sattelt auf“, Stadtradeln oder „Osnabrück hat autofrei“ wichtige Faktoren. Wir wollen speziell für den Radverkehr weitere Aktionen wie ein „Go Bike Festival“ mit einer „Tour Osnabrück“ nach dem Vorbild Montreals etablieren.

Einsteigen und los geht's – ÖPNV in der Region stärken

Der öffentliche Nahverkehr ist als Rückgrat und Treiber für die Mobilitätswende unerlässlich. Die Corona-Pandemie hat dem öffentlichen Verkehr (ÖV) schwer zugesetzt. Abstand halten ist in gemeinschaftlich genutzten Verkehrsmitteln häufig nicht möglich. In der Stadt hat der Umweltverbund für uns Vorrang. Die Attraktivität des ÖV muss so hoch sein, dass Busse und Bahnen die einfachste und erste Wahl für Wege sind, die nicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können. Unser Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) muss daher zuverlässig, sicher, schnell, barrierefrei und komfortabel Menschen an ihre Ziele bringen. Auch vor Corona waren völlig überfüllte oder im Stau stehende öffentliche Verkehrsmittel nicht angenehm. Die Antwort auf den Rückgang von Nutzer*innenzahlen ist deshalb nicht eine Kürzung des Angebots, sondern eine Qualitätsoffensive. Wir stehen für eine verlässliche Finanzierung des ÖPNV in Osnabrück.

Im aktuellen Nahverkehrsplan sind die Weichen in die Zukunft gestellt und Ziele klar benannt: Deutliche Erhöhung der Fahrgastzahlen durch die Sicherung einer durchgängigen ÖPNV-Mobilität (Übergang von schienengebundenem Verkehr auf den Bus und Verknüpfung zwischen den Buslinien), barrierefreie Mobilität, Erhöhung der Attraktivität durch hohe Angebots- und Beförderungsqualität und vor allem konsequente Umsetzung von ÖPNV-Beschleunigungs-

maßnahmen. Mit dem neuen Liniennetz 2020 mit elektrifizierten Metrobuslinien im 10-Minuten-Takt, Stadtbuslinien, der (halben) Ringbuslinie 10/20 und dem Nachtbus ist der Einstieg in ein mehrstufiges System gelungen. Bis Ende 2021 werden alle fünf Metrobuslinien voll elektrisch bedient und die Stadtwerke Osnabrück verfügen mit dann 62 Fahrzeugen über eine der größten E-Gelenkbusflotten Deutschlands. Diese Kraftanstrengung für einen geräuschloseren und sauberen Busverkehr macht sich nicht zuletzt in der Innenstadt positiv bemerkbar.

Der Neumarkt bleibt der zentrale Verknüpfungspunkt für den ÖPNV in Stadt und Landkreis und muss auch durch die Johannisstraße angefahren werden. Unabhängige Untersuchungen haben gezeigt, dass alle anderen denkbaren Varianten zu einer verschlechterten Erreichbarkeit der Innenstadt, längeren Reisezeiten und schlechterer Wirtschaftlichkeit des ÖPNV führen. Das Verkehrsproblem in unserer Innenstadt sind nicht die Busse mit ihrer hohen Kapazität und zunehmenden Elektrifizierung, sondern der Auto- und der Schwerlastverkehr. Die nun endlich zu erwartende Neugestaltung des Neumarkts verbindet eine städtebauliche Qualität des Platzes mit hoher Funktionalität für den Busverkehr: genügend Bussteige, barrierefreie Haltestellen, hochwertiger Wetterschutz und Fahrgastinformation. Die Verknüpfung mit dem Hauptbahnhof muss verbessert werden. Sie muss einfach, intuitiv und ohne großen Zeitverlust sichergestellt werden. Dies kann über eine verbesserte Verkehrsführung über die Möserstraße oder ganz neue Transportalternativen geschehen.

Ein attraktives ÖPNV-Angebot muss schnell und zuverlässig sein. Hier kommen wir seit Jahren nicht voran, weil das Ziel der Busbeschleunigung allenfalls halbherzig verfolgt wird. Im Gegenteil, unsere Buslinien werden im Schnitt immer langsamer und stehen zusammen mit den Autos im Stau. Das ist nicht nur für Fahrgäste unattraktiv und gefährdet den Fahrplan, es ist auch immens teuer. Zur Aufrechterhaltung des Angebots werden immer mehr Fahrzeuge und Fahrer*innen gebraucht. Die vorhandenen Möglichkeiten zur Bevorrechtigung von Bussen an Ampeln müssen konsequent ausgenutzt und die einfachen Maßnahmen zur Beschleunigung auf der Strecke unverzüglich umgesetzt werden. Tempo 30 auf Linienabschnitten ist dann kein Problem, wenn die Busse ansonsten zügig vorankommen. Für die Metrobuslinien M2 und M4 werden derzeit für den gesamten Streckenverlauf Busbeschleunigungsmaßnahmen erarbeitet. Sie werden eine störungsfreie und stetige Fahrt ermöglichen und dabei die Situation für das Wohnumfeld an den Linien erheblich verbessern. Wersener Straße, Eversburger Platz, Natruper Straße, Rißmüllerplatz, Heinrich Lübke-Platz und Martinstraße erfahren eine erhebliche städtebauliche Aufwertung und die Bedingungen für Radverkehr und Fußgänger*innen werden direkt mit verbessert. Die erarbeiteten Lösungen werden beispielhaft für das gesamte Streckennetz sein und müssen unverzüglich umgesetzt werden. Wie beim Radverkehr können wir dabei nicht immer auf den Komplettumbau warten, sondern müssen mit provisorischen und temporären Maßnahmen den gewünschten Effekt herstellen. In nächster Zeit ergeben sich außerdem an der Bramscher Straße und der Meller Straße durch notwendige Sanierungen die Möglichkeiten, dort die seit langem geplanten Umweltverbundvorrangachsen zu etablieren.

Schienengebundener Nahverkehr bietet den größten Komfort und wird am besten akzeptiert. Zur Erreichung der Klimaziele müssen die Fahrgastzahlen im ÖPNV erheblich gesteigert werden. Das erreichen wir nur mit der Einführung einer Stadtbahn. In einer Machbarkeitsstudie

werden derzeit die Grundlagen erarbeitet. Diese müssen zu einem umsetzbaren Konzept fortentwickelt werden. Wir sind überzeugt, dass in absehbarer Zeit ausreichend Förderprogramme von EU, Bund und Land für schienengebundenen Nahverkehr in den Städten aufgelegt werden. Dann müssen unsere Vorarbeiten geleistet sein. Bauliche Entwicklungen in der Innenstadt und auf möglichen Trassen dürfen dem Aufbau einer Stadtbahn nicht entgegenstehen.

Für die Stadt-Umland-Verknüpfungen ist das OS-Bahn-Konzept ein zentraler Baustein. Es ist eine Art S-Bahn für Osnabrück auf den vorhandenen Schienenwegen. Durch den Ausbau der Bahnhöfe, neue Haltestellen, die Reaktivierung von Strecken wie der Tecklenburger Nordbahn und zusätzliche Zugverbindungen bekommen die Menschen aus dem Umland ein attraktives Bahnangebot. Taktverbesserungen wie ein 30 Minuten-Takt für den „Haller Willem“ und die Sicherstellung von Anschlüssen an den Fernverkehr müssen dazu kommen. Kommunen und Kreise müssen gemeinsam mit ihren Spitzenverbänden spürbaren politischen Druck auf die Bahn und die Verantwortlichen in den Verkehrsministerien von Ländern und Bund ausüben. Mehr als 10 Jahre Planungs- und Bauzeit, wie am neuen Haltepunkt „Rosenplatz“ (Fertigstellung hoffentlich 2023), sind für weitere Projekte inakzeptabel. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Haltepunkte in Eversburg, am Hafen, in Lüstringen oder an der Bremer Brücke in die Prüfung kommen und unterstützen im Rahmen des OS-Bahn-Konzepts neue Haltepunkte in Vehrte, Belm und Alfhausen. Die Osnabrücker Bahnhöfe werden durch deutlich verbesserte Fahrradabstellanlagen aufgewertet. Der Eingang zum Bahnhof Altstadt und die Verbindung in die Hasestraße werden im Zuge der Umsetzung des Masterplans Innenstadt aufgewertet und der Hauptbahnhof bekommt durch den Neubau der Brücke über die Hamburger Straße endlich einen vollwertigen Ein- und Ausgang im Osten.

Neben guten Nahverkehrsverbindungen mit der Bahn und Radschnellwegen, brauchen wir auch einen Ausbau des Busnetzes in der Region. Schnellbuslinien mit engen Takten müssen Osnabrück mit dem Umland verbinden, wo Bahnverkehr nicht zur Verfügung steht. Die Aufgabe der Stadt Osnabrück ist, diese Busse auf eigenen Trassen und durch Bevorrechtigung in der Stadt schnell und direkt vorankommen zu lassen. Der Landkreis mit der grünen Landrätin Anna Kebusch an der Spitze strebt eine Mobilitätsgarantie für alle Bürger*innen von Klein bis Groß auch ohne eigenen PKW an. Die Stadt wird ihren Beitrag dazu leisten. Eine koordinierte Regionalplanung muss dafür sorgen, dass die Entwicklung neuer Baugebiete nur noch an leistungsfähigen ÖPNV-Trassen erfolgt. Für Pendler*innen wird der Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr erfahrungsgemäß umso attraktiver, je näher der Haltepunkt an ihrer Wohnung liegt. Park+Ride-Anlagen am Startpunkt des Pendler*innenverkehrs sind besonders günstig, Anlagen nahe dem Ziel dagegen besonders unbeliebt. Neben dem Aufbau von Park+Ride-Plätzen an den Rändern unseres Stadtgebiets, sind deshalb auch entsprechende Anlagen an den Bahnhöfen und Schnellbuslinien im Umland notwendig. Als Mobilpunkte müssen diese Plätze auch Fahrradabstellanlagen, Carsharingplätze und ergänzende Dienstleistungen wie Paketstationen bieten.

Um allen Osnabrücker*innen Zugang zu mehr Mobilität zu ermöglichen, müssen die Angebote leicht zugänglich, flexibel und einfach handhabbar sein. Der Mobilpass für alle Formen umweltfreundlicher Mobilität muss das Ziel sein. Die Stadtwerke Osnabrück sind Vorreiter in der

Digitalisierung der Fahrgastinformation und des Ticketkaufs. Als nächstes muss der Bus-Schiene-Tarif folgen. ÖPNV als Teil der alltäglichen Mobilität muss preisgünstige Tarife in einem preisgünstigen Tarifsystem bieten. Ein Kleingruppenticket muss beispielsweise günstiger sein, als mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren. Wir beobachten weiter die Diskussion um umlagefinanzierte Solidartickets, sogenannte „Bürgertickets“, oder das „Semesterticket für alle“. Diese können über einen attraktiven Preis den Zugang zum ÖPNV für alle Bevölkerungsgruppen ermöglichen und gleichzeitig eine solide und dauerhafte Finanzierung des ÖPNV-Betriebs sicherstellen. Darüber hinaus bietet ein Bürgerticket das Potenzial, die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu steigern. Mit einem schnellen, komfortablen und leistungsfähigen ÖPNV kann sich Osnabrück um ein Modellprojekt zur Erprobung bewerben.

Share it, baby! – Nutzen statt besitzen

Bei einer konsequent verfolgten Mobilitätswende braucht zukünftig kaum noch jemand einen eigenen PKW. Für alles, was nicht zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV erledigt werden kann, stehen unterschiedlichste Carsharing-Angebote zur Verfügung. Nachdem auch Niedersachsen endlich durch die Umsetzung des Carsharinggesetzes auf Landesebene dafür gesorgt hat, dass Stellplätze für Carsharing-Fahrzeuge im öffentlichen Raum ausgewiesen werden dürfen, kann das Angebot einfacher erweitert werden. Mit einer großen Palette unterschiedlicher Fahrzeugtypen ermöglicht Carsharing, für jede Fahrt das passende Auto auszuwählen. Die Fahrzeugflotte ist bis 2025 vollständig auf Elektroantrieb umzustellen.

Ein leistungsfähiges, modernes und einfach zu bedienendes Fahrradverleihsystem, wie es viele europäische und deutsche Städte wie Freiburg eingeführt haben, stärkt auch in Osnabrück die Mobilität ohne eigenes Auto. Zum Beispiel für die letzte Wegstrecke von der Haltestelle oder dem Bahnhof zum Reiseziel. E-Cargobikes zum Ausleihen sind ebenfalls eine wichtige Angebotsergänzung. Entscheidend ist eine große Anzahl an Ausleih- und Rückgabestationen an allen wichtigen Punkten und eine ausreichende Anzahl von Rädern. Zu klein gedachte Systeme werden nicht erfolgreich sein.

Autofrei und Spaß dabei

Die Osnabrücker Innenstadt innerhalb des Wallrings wird bis 2025 autofrei! Das erhöht die Lebensqualität, schafft Platz für klimafreundliche Verkehrsmittel, mehr Grün, Sitzplätze und Begegnungsmöglichkeiten. Die Erhöhung der Aufenthaltsqualität wird den stationären Einzelhandel gegenüber dem Onlinehandel deutlich stärken. Alle Innenstadtstraßen werden autofrei, der Anlieger- und Lieferverkehr sowie mobilitätseingeschränkte Personen und Handwerker*innen- und Dienstleistungsverkehre sind ausgenommen. Eine reine Durchfahrt durch die Innenstadt, wie am Neumarkt oder durch die Hasestraße ist nicht mehr erlaubt. Wie in Groningen oder Gent verlassen die Autos die Innenstadt an der Stelle, an der sie eingefahren sind. Alle oberirdischen, öffentlichen Stellplätze am Straßenrand werden nach und nach mit einer Quote von mindestens 5 Prozent/Jahr umgenutzt. Es entstehen Grünflächen, Radabstellanlagen, Sitzplätze oder Außengastronomie. Parkplätze für Menschen mit Behinderung und speziell gekennzeichnete Liefer- und Ladezonen sind ausgenommen. Die Parkhäuser bleiben erreichbar, werden aber in Teilen zu Quartiersgaragen und für andere Zwecke umgenutzt. Für die verbleibenden Parkplätze wird eine angemessene Parkgebühr verlangt. Anwohner*innen

und Anlieger*innen erhalten das Angebot, in den Parkhäusern kostenpflichtige Stellplätze zu mieten. Als vollwertige Mobilitätsstationen werden in den Parkhäusern verschiedene Verkehrsmittel wie Carsharing oder Lastenräder miteinander verknüpft.

Still und starr ruht der Verkehr – Von der Stellplatz- zur Mobilitätssatzung

Der privat genutzte PKW wird im Schnitt circa 23 Stunden am Tag nicht bewegt und beansprucht viel Platz. Dies ist nicht nur teuer, sondern verhindert auch andere Nutzungen der wertvollen Fläche. Wir wollen nicht nur eine autofreie Innenstadt, sondern auch autoarme Wohnquartiere. Dafür muss das Parken am Rand der Quartiere gebündelt – etwa in Quartiersgaragen – und über attraktive Angebote alternativer Verkehrsmittel in den Blick gerückt werden. Die Herstellungspflicht von Stellplätzen führt strukturell zu einer Förderung des motorisierten Individualverkehrs, da sie den Bewohner*innen und Besucher*innen von Gebäuden die Nutzung des Autos erleichtert. Eine Stellplatzsatzung muss nicht vorgeben, wie viel Stellplätze geschaffen werden müssen, sondern vielmehr, wie viele Stellplätze höchstens geschaffen werden dürfen. Zudem ist die Verknüpfung mit verpflichtenden klimaschonenden Mobilitätsmaßnahmen erforderlich: Angebot kostengünstiger ÖPNV-Zeitkarten, Carsharing-Plätze oder Lastenradverleih. Die Osnabrücker Stellplatzsatzung muss entsprechend verändert werden. Um eine autofreie Innenstadt zu erreichen, dürfen dort bei Neubauten künftig keine Stellplätze mehr hergestellt und müssen diese zu 100 Prozent durch klimafreundliche Mobilitätsmaßnahmen ersetzt werden. In den anderen Stadtbereichen müssen abgestuft die Anforderungen zur Errichtung von Stellplätzen sinken. Das ist nebenbei ein wichtiger Faktor zur Senkung von Baukosten und zur Ermöglichung von Innenverdichtung. Der Stellplatzschlüssel für Fahrräder ist dagegen anzuheben. Fahrradabstellplätze müssen einfacher erreichbar sein als PKW-Parkplätze. Für Zwischennutzungen und Nutzungen mit erwartbar geringem PKW-Anteil sind Erleichterungen vorzusehen.

Wir brauchen einen sinnvollen Umgang mit knappem öffentlichen Raum. Die bisherige Praxis, dass die Allgemeinheit für die private Nutzung öffentlichen Raums durch parkende PKWs zahlt, entspricht nicht einer fairen Lastenverteilung. Von PKWs belegte Flächen können nicht anderweitig genutzt werden. Um die gerechtfertigten Ansprüche aller Bürger*innen zu berücksichtigen, ist eine gerechte und effektive Verteilung der vorhandenen Fläche notwendig. In der Innenstadt werden die Parkgebühren so angehoben, dass die Nutzung des ÖPNV die preisgünstigere Alternative ist. Die Mehreinnahmen durch die Parkgebühren werden in umweltfreundliche Mobilität investiert. Gutes Parkraummanagement in allen Bereichen der Stadt lässt den Parkdruck sinken, nützt der lokalen Wirtschaft, reduziert das Unfallrisiko im Straßenverkehr und macht öffentliche Räume wieder frei für Menschen, die zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Mit der Schaffung immer besserer Voraussetzungen für eine Mobilität ohne Auto können schrittweise auch die Zahl der Privat-PKW und damit der Bedarf an Stell- und Parkplätzen im öffentlichen Raum sinken. Diese wertvollen Flächen können für Begegnung und Freizeit, für mehr Grün und für Fuß- und Radverkehr genutzt werden. Gerade in den dichterbauten Stadtteilen können wir nach dem Vorbild der Superblocks in Barcelona oder der Sommerstraßen in Stockholm das Leben wieder auf die Straße holen. Nutzungen, die bislang nur im Park vorstellbar waren – draußen lesen, spielen, mit Nachbar*innen und Freund*innen am Picknicktisch sitzen – finden auf einmal auf der Straße statt.

Auch auf privaten Grundstücken blockieren Stellplätze häufig andere Nutzungen. Asphaltiert oder gepflastert tragen sie zur Aufheizung der Stadt bei und leiten Regenfälle ungebremst in die Kanalisation. Gewerbliche Parkplätze werden häufig nur tagsüber genutzt. Abends und nachts, wenn Anwohner*innen einen Parkplatz brauchen, stehen sie leer. Mit digitalen Lösungen müssen wir die Auslastung erhöhen und so Platz an anderer Stelle gewinnen. Wir setzen Anreize zur Entsiegelung und für Nachverdichtung auf Stellplätzen. Die verbleibenden Stellplätze, öffentlich und privat, müssen für E-Mobilität mit Ladesäulen ausgerüstet werden. Auch diese Infrastruktur kann – gebündelt – viel effizienter genutzt werden.

Umkleiden, Jobrad und Co. – Betriebliche Mobilitätskonzepte fördern

Unsere Mobilität kann an vielen Stellen positiv beeinflusst werden. Grundvoraussetzung ist immer ein gutes Alternativangebot zur Nutzung des eigenen PKW. Mobilitätskonzepte von Verwaltungen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Institutionen können nachhaltige Mobilität mit vielen kleinen Maßnahmen voranbringen: Angefangen von den Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (mit Lademöglichkeit), Umkleiden mit Schließfächern und Duschen, Jobrad und Dienstfahrradangebote über Jobtickets, der Förderung von Fahrgemeinschaften und Carsharing-Nutzung, bis hin zu mobilem Arbeiten und flexiblen Arbeitszeiten. Für Unternehmen bringt ein innovatives betriebliches Mobilitätsmanagement Kostenersparnisse, Mitarbeiter*innenmotivation, Vorteile in der Erreichbarkeit, eine verbesserte Umweltbilanz und nicht zuletzt einen Imagegewinn. Die Stadtverwaltung und die städtischen Tochterunternehmen müssen hier mit sehr gutem Beispiel vorangehen.

Wir verlangen außerdem bei jedem größeren neuen Bauprojekt eigene Mobilitätskonzepte. Die Frage der verkehrlichen Erschließung endet nicht mit dem Anschluss ans öffentliche Straßennetz.

Unser gemeinsames Ziel: Vision Zero – null Verkehrstote

Keine tödlichen Unfälle und keine schwersten Verletzungen im Straßenverkehr, das muss handlungsleitend für Osnabrücker Verkehrspolitik sein. Jeder Mensch macht Fehler und das Verkehrssystem muss mit diesen Fehlern rechnen und ihnen entgegenwirken. Maßstab ist dabei der menschliche Körper und nicht die Karosserie. Unfallfolgen dürfen auch im schlimmsten Fall nicht mehr tödlich sein.

Verkehrsberuhigung steigert die Lebensqualität. Im Bereich der Stadtteilzentren, vor Schulen oder an Marktplätzen kann mit der Ausweisung von „Shared Space“ für ein sicheres Miteinander der Verkehrsarten gesorgt werden. Voraussetzung ist, dass diese Bereiche ganz auf den Vorrang des Fußverkehrs abgestellt sind. Wohnstraßen müssen auch so aussehen und nicht zum schnellen Durchfahren einladen. Die Gestaltung von Räumen und Straßen beeinflusst das menschliche Verhalten ebenso wie Regeln und Verbote. Straßen wie die Mozartstraße, der Lieneschweg und die Gluckstraße müssen grundsätzlich anders gestaltet werden. Ein paar Buckel lösen das Problem nicht. Tempo 30 muss zur Regelgeschwindigkeit in der Stadt werden. Nur in gut begründeten Ausnahmen darf davon abgewichen werden. Hier sind Bundestag und Bundesregierung gefordert, den Kommunen endlich mehr Handlungsspielraum zu verschaffen.

Inbesondere auf Straßen mit Radverkehr ohne eigenen Radweg muss bei Tempo 30 Schluss sein. Zudem wirkt eine geringere Regelgeschwindigkeit positiv auf Lärm und Schadstoffausstoß.

Kinder müssen die Möglichkeit haben, ihrem Alter entsprechend, selbständig und sicher mobil zu sein. Schon lange setzen wir uns vehement für sichere Schulwege ein. Das sogenannte Elterntaxi macht den Schulweg vermeintlich für ein Kind sicherer, aber für viele andere unsicherer. Ein Schulweg, bei dem man sich nicht bewegt, ist etwa so ungesund wie ein Schokoriegel zum Frühstück. Wo Beratung, Gespräche und Angebote wie der Laufbus oder Schulwegplan nicht weiterhelfen, werden wir Elternhaltestellen an geeigneten Stellen abseits der Schule einrichten und die direkte Vorfahrt unterbinden. Die längst geplanten verkehrssichernden Maßnahmen vor Schulen werden wir zeitnah umsetzen. Der Weg zur weiterführenden Schule kann häufig mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Jede Schule braucht dafür sichere und gute Radwegeverbindungen zu den Haupteinzugsgebieten.

Luft zum Atmen, Lebensqualität statt Lärm

Luftschadstoffe, besonders Feinstaub und Stickoxide, machen krank; sie rufen Atemwegserkrankungen hervor und erhöhen das Krebs-, Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko. Der Auto- und Schwerlastverkehr sind ein Hauptverursacher der Luftverschmutzung. Die Stadt ist verpflichtet, für die Einhaltung der gesundheitsschützenden Grenzwerte zu sorgen. Auch wenn die Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid coronabedingt im Jahr 2020 erstmals an allen Messstellen eingehalten werden konnten, brauchen wir dringend nachhaltig wirksame Maßnahmen: Eine grundlegende Veränderung der innerstädtischen Mobilität.

In Osnabrück leiden über 38.000 Menschen unter Straßenlärm. Das ist fast ein Viertel der Bevölkerung. Lärm ist das größte Gesundheitsrisiko. Der mit starker Bürger*innenbeteiligung erstellte Lärmaktionsplan sieht wirksame Maßnahmen vor. Die konsequente Umsetzung hat die CDU bislang verhindert und setzt damit die Gesundheit tausender Menschen aufs Spiel. Dabei ist die günstigste Maßnahme auch die wirkungsvollste. Denn Geschwindigkeitsreduzierung ist Verkehrsberuhigung im wahrsten Sinne des Wortes: Tempo 30 statt Tempo 50 wird als Halbierung des Verkehrslärms wahrgenommen. Sobald es auf Bundesebene möglich ist, Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit zu machen, setzen wir dies um.

Wirtschaftsverkehr in der Stadt umweltschonend gestalten

Damit der straßengebundene Güterverkehr funktioniert, aber gleichzeitig die Belastungen und der Flächenverbrauch so gering wie möglich sind, müssen innovative und nachhaltige Konzepte und Technologien für die städtische Logistik entwickelt werden. Güter- und Warenströme werden stärker als bisher gebündelt und durch eine bessere Auslastung werden Wege vermieden. Güter und Waren werden in Zukunft nicht mehr so schnell, sondern so effizient wie möglich transportiert. In sogenannten Mikrodepots oder -hubs und städtischen Konsolidierungszentren werden die Waren gesammelt und effizient mit Lastenrädern oder E-Nutzfahrzeugen auf die „letzte Meile“ zum Ziel gebracht. Vor allem für die autofreie Innenstadt bringt diese neue „Eingangslastlogistik“ enorme Entlastungseffekte. Dass es funktioniert, zeigt seit Jahren der Modellversuch durch einen Paketdienstleister mit einem Lastenrad. Auf umgekehrte Weise finden die Waren ihren Weg aus der Innenstadt zu den Kund*innen. Einkäufe werden

bequem nach Hause geliefert. Das Shopperlebnis kann ohne „Gepäck“ unbeschwert mit Gastronomie und Kulturerlebnis verbunden werden. Der private PKW zum Warentransport wird überflüssig.

Online-Bestellungen werden zukünftig in Paketboxen auf privaten Grundstücken, an Mobilstationen oder anderen leicht zugänglichen Orten deponiert. In diesen Boxen können Sendungen sicher hinterlegt werden, auch wenn die Empfänger*innen nicht zu Hause sind. Das erspart Doppel- und Dreifachfahrten. Mit Förderprogrammen und flexibleren Regelungen muss der Bund den Kommunen mehr Möglichkeiten geben, positive Veränderungen in der Lieferlogistik schneller beeinflussen zu können. Mit dem Abbau privater PKW-Stellplätze im öffentlichen Raum schaffen wir auch die Möglichkeit, spezielle Liefer- und Ladezonen einzurichten. So finden diejenigen einen Kurzzeitparkplatz, die ihn wirklich brauchen. Kein Paketdienst, keine Handwerk*innen, Dienstleister*innen oder Privattransporte dürfen mehr auf Geh- und Radwegen parken oder den Busverkehr ausbremsen.

Auch im Wirtschaftsverkehr sind Fahrten zur Versorgung, Entsorgung und der Baustellenverkehr elektrisch zu erbringen. Das setzt die gezielte Förderung von elektrisch angetriebenen Nutzfahrzeugen voraus. Die Stadt Osnabrück und ihre Tochterunternehmen gehen als Vorbild voran. Insbesondere für Handwerksbetriebe und Pflegedienste können auch (Elektro-) Lastenräder eine Alternative zum Auto oder Transporter sein. Die gezielte Förderung im Lastenradprogramm muss fortgeführt werden.

In Osnabrück ist der Schwerlastverkehr ein besonderes Problem. Er nimmt immer noch zu, macht unsere Stadt lauter, ungesünder und unsicherer. Auch hier lässt die Straßenverkehrsordnung den Kommunen viel zu wenig Handlungsspielraum, um für ihre Bürger*innen verträgliche Lösungen durchzusetzen. Freiwillige Appelle und Erklärungen haben keinen Erfolg gebracht. Von und zu den Logistikstandorten am Hafen und im Fledder nehmen LKWs den Weg durch die Stadt. Dazu kommen Mautpreller*innen und ortsunkundige Fahrer*innen, die von ihren Navis auf die Bundesstraße gelenkt werden. Die B68 ist sofort auf die A1 und A30 zu verlegen. Wenn niedersächsische Verkehrsminister Staugefahr auf der Autobahn höher gewichten als Lebensqualität, Gesundheit und Sicherheit von zehntausenden Menschen in Osnabrück, ist das an Zynismus nicht zu überbieten. Um den LKW-Verkehr aus der Stadt zurückzudrängen, brauchen wir gezielte Lenkungsmaßnahmen. Der Umbau des Walls für Radverkehr und mehr Lebensqualität muss mit der Erschwerung für den LKW-Verkehr einhergehen. Der Weg durch die Stadt darf nicht die bessere Alternative für den Schwerlastverkehr sein. Wenn uns Bund und Land nicht helfen, müssen wir uns mit Abbiege- und kleinteiligen Durchfahrtsverboten, Tempolimits und Straßenumbau selber helfen. Lärmschutz, Verkehrssicherheit und Luftreinhaltung rechtfertigen solche Maßnahmen allemal.

Geld in Schiene investieren, nicht in Beton

Neue Straßen schaffen neue Verkehre. Entlastungseffekte sind allenfalls kurzfristiger Natur. Die ganze Kraft, Planungskapazität und Finanzierung muss in die Mobilitätswende gesteckt werden. Bei jedem Kanalbau, jeder Deckensanierung, jedem Straßenumbau und -neubau müssen wir uns fragen, welchen Beitrag diese Maßnahme für ein nachhaltiges Verkehrssystem für Osnabrück leistet. An keiner Stelle darf es ein „Weiter so“ mit der Verkehrsplanung aus der Windschutz-

scheibenperspektive geben. Die Erschließungsstraße für den Wohn- und Wissenschaftspark an der Sedanstraße wird sogar von vielen Anwohner*innen abgelehnt. Überflüssig! Ein guter Zweirichtungsweg wäre die richtige Entscheidung gewesen. Keine vierspurige Brücke über die Netze an der Vehrter Landstraße. Die Aufstellfläche für PKWs brauchen wir im Verkehrssystem für Morgen nicht. Wir haben keine Zeit und kein Geld für ein bisschen Mobilitätswende. Wir müssen sie in den nächsten 10 Jahren vollziehen, damit wir die Klimaschutzziele einhalten und unsere Stadt kompakt, grün, sicher und gesund gestalten.

Wir lehnen den Bau der A33 Nord weiter ab. Sie würde das ganze Nettetal verlärmern, ein Naturschutzgebiet von europäischem Rang zerschneiden und soll mittlerweile 170 Millionen Euro kosten, was jegliche Kosten-Nutzen-Relation sprengt. Kurzfristige Entlastungen in der Stadt werden durch Erhöhung des Verkehrsaufkommens wieder aufgeessen. Genau diese Straßeninvestitionen sorgen dafür, dass sich die Prognosen vom zunehmenden Verkehr von selbst erfüllen. Wer Angebote macht, schafft Nachfrage. Wenn dieser Autobahnabschnitt in frühestens 10 Jahren fertig gestellt sein würde, müssen wir schon längst ein umwelt- und klimafreundlicheres Verkehrssystem realisiert haben. Diese Investition würde der Region massiv schaden, weil sie Innovationen in der Wirtschaft und der Logistik verhindern und ein längst überkommendes System vermeintlich stabilisieren würde. Stattdessen fordern wir den Ausbau des Schienennetzes, damit Osnabrück und die Region auch weiter gut an den Fern- und Güterverkehr angebunden bleiben. Nicht nur die Städte brauchen eine Verkehrswende. Die Verkehrspolitik insgesamt hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten. Wir GRÜNE werden einen Bundesnetzplan erarbeiten, in dem der Neu- und Ausbau der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraßen im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele neu bewertet wird.

Kein weiteres Geld im FMO versenken

Flugverkehr ist in hohem Maße klimaschädlich und zudem hochsubventioniert. Keine andere Art der Fortbewegung verbrennt so viel Energie wie das Fliegen. Ein Geschäftsmodell wie das des Flughafens Münster-Osnabrück (FMO), das auf klimaschädlichen Emissionen aufbaut, ist ökologisch und ökonomisch auf Dauer nicht tragfähig. Da es auf absehbare Zeit keine hinreichenden Mengen an klimaneutralen Treibstoffen für den Flugverkehr gibt, muss der Flugverkehr dringend weniger werden. Kurzstreckenflüge und Inlandsflugverkehr, für die es vergleichbar komfortable und schnelle Alternativen gibt, stehen komplett zur Disposition, aber auch die Reduktion des Fernflugverkehrs ist klimapolitisch dringend geboten.

Jahrelang wurde am FMO auf Wachstum gesetzt und die Infrastruktur überdimensioniert ausgebaut. Nicht erst aufgrund des starken Rückgangs des Flugbetriebs seit Corona steht der FMO wirtschaftlich massiv unter Druck. Konnten früher Fluggastzahlen von über 1,6 Millionen Fluggästen verbucht werden, wird die Millionengrenze nun schon seit Jahren unterschritten. In der Corona-Krise haben zudem viele Unternehmen gute Erfahrungen mit Videokonferenzen und anderen Kommunikationsformaten gemacht, die Geschäftsreisen im nennenswerten Umfang auch zukünftig teilweise ersetzen werden. Ob der coronabedingte Rückgang im touristischen Segment je wieder aufgeholt werden kann, bleibt unklar. Das betriebswirtschaftliche Defizit

wächst. Immer wieder muss Osnabrück als Anteilseigner Bürgschaften übernehmen und Eigenkapital aufstocken.

Subventionen für den Betrieb des FMO fehlen Osnabrück für den Ausbau der umweltfreundlichen Verkehrsträger. Es ist nicht angemessen, klimaschädliche Flüge mit öffentlichen Geldern zu subventionieren. Es ist höchste Zeit für den Einstieg in den finanziellen Ausstieg. Der FMO mit seinen Gremien muss zeitnah Alternativplanungen zur Finanzierung beziehungsweise Umnutzung vorlegen, die unterschiedliche Auslastungs- und Nutzungsszenarien inklusive einer Aufgabe des Flugbetriebs beinhalten. Dabei setzen wir uns für eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen beteiligten Kreisen und Städten ein. Wir wollen gemeinschaftlich eine Zukunftsperspektive für die Flächen, die Mitarbeiter*innen und die umliegenden Gewerbe und Unternehmen des FMO entwickeln. Im Stadtrat von Münster ist eine Mehrheit für diese Position bereits vorhanden.

5. Stadtentwicklung für ein gutes Morgen auf den Weg bringen

Eine nachhaltige Stadtentwicklung stellt für uns eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben dar. Sie erfordert ein neues Verständnis urbaner Entwicklung und Planung. Wir setzen dabei auf einen ganzheitlichen und vernetzenden Ansatz und eine Kultur des Möglichmachens.

Flächen lassen sich nicht vermehren, aber klüger nutzen

In unserer Stadt konkurrieren viele Nutzungen und Ansprüche um den begrenzten Raum: Wohnen, Gewerbe und Industrie, Handel, Dienstleistung, Mobilität, Freizeit, Erholung, Rückzugsräume und öffentliche Plätze, Landwirtschaft sowie Natur- und Artenschutz und noch vieles mehr. Doch die zur Verfügung stehende Fläche kann nicht vermehrt werden. In Osnabrück, wie in ganz Deutschland, werden die selbst gesteckten Ziele zur Verringerung des Flächenverbrauchs bei weitem nicht erreicht.

Osnabrück ist eine grüne Stadt und wir wollen, dass das so bleibt. Bereits 1926 hat der damalige Stadtbaurat Lehmann in seinem „Generalbebauungsplan“ für Osnabrück festgelegt, dass „von Natur aus gegebene Grüngebiete“ mit den innerstädtischen Freiflächen zu verbinden seien. Dieses visionäre Konzept der Stadtplanung ist bis heute in Form der „Grünen Finger“, also Freiflächen, die aus allen Himmelrichtungen kommend bis zur Innenstadt reichen, erhalten geblieben.

Dieses Prinzip erkennen inzwischen weltweit Städte als wertvoll und wollen es mühsam nachträglich herstellen, um den Folgen der Klimakrise etwas entgegenzusetzen. Wir wollen die wertvollen Flächen der Grünen Finger erhalten und schützen. Wir brauchen sie in ihrer Funktion für gute Luft und gesundes Stadtklima durch Frisch- und Kaltluftzufuhr, als Puffer, um Starkregen aufzufangen, zur Naherholung, für Sport und Bewegung, für die Land- und Forstwirtschaft und auch für den Natur- und Artenschutz. Zulasten unserer wichtigsten Lebensadern und Naturräume darf es keine Kompromisse nach dem Motto „hier ein bisschen“ und „das ist doch noch verträglich“ geben. Die Grünen Finger Osnabrücks müssen als zusammenhängendes Freiraumsystem anerkannt und dauerhaft von Bebauung freigehalten werden.

Integriertes Stadtentwicklungskonzept für eine gute Zukunft

Wir brauchen dafür endlich ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das den Bedarf an neuem bezahlbarem Wohnraum und Gewerbeentwicklung sicherstellt, aber die Frage nach guter Stadtentwicklung mit dem Schutz der Grünen Finger verbindet. Wir setzen uns daher für die Fortführung des gemeinsam mit der Hochschule getragenen Projekts „Produktiv. Nachhaltig. Lebendig. Grüne Finger für eine klimaresiliente Stadt“ ein. Hier werden neue Ideen entwickelt, die zu Leitlinien einer nachhaltigen Stadtentwicklung werden und die Grünen Finger als Motor einer gemeinwohldienenden und integrierten Stadtentwicklung verstehen. Für den dauerhaften Schutz vor Bebauung und Zerschneidung müssen wir alle Sorge tragen und dafür streiten wir GRÜNE.

Wohnen in der Stadt ist wieder attraktiv. Der individuelle Bedarf an Wohnraum steigt ständig, obwohl die Bevölkerungszahl kaum noch zunimmt. Zum einen haben wir mehr Single-Haushalte, die pro Kopf mehr Flächen beanspruchen und zum anderen fehlen kleine Wohnungen, die diesem Bedarf entsprechen. Zudem können sich viele Menschen dank höherer Einkommen auch mehr Wohnraum leisten.

Das hat soziale Folgeprobleme, denn günstiger Wohnraum, insbesondere Sozialwohnungen, wird knapp. Immer mehr Menschen sind von der schlechten Lage auf dem Wohnungsmarkt und von steigenden Mieten betroffen. Jahrelang ist hier leider politisch nicht gegengesteuert worden. Der Stadtrat hat schließlich 2015 ein Handlungsprogramm für bezahlbaren Wohnraum gestartet. Neben vielen anderen Maßnahmen enthält es auch das Ziel, 2.500 bis 3.000 neue Wohnungen zu ermöglichen. Mit einer Mehrheit von 76,4 Prozent und starker GRÜNER Unterstützung stimmte die Osnabrücker Bürgerschaft 2019 für eine neue kommunale Wohnungsgesellschaft, die für bezahlbaren Wohnraum sorgen soll. Inzwischen wurde Planungsrecht für circa 2.100 Wohneinheiten geschaffen. Baugebiete mit mindestens weiteren 2.500 Wohneinheiten befinden sich im Verfahren. Die meisten liegen auf umgenutzten Flächen wie ehemaligen Kasernen, in Lücken im Bestand oder auf Reserveflächen, beispielsweise von Friedhöfen, die nicht mehr gebraucht werden.

Die letzten Hitzesommer haben uns allen vor Augen geführt, wie wichtig angesichts der Klimakrise Kaltluftentstehung und Frischluftströme sind. Nicht zuletzt deshalb sind Flächen wie im Schinkel, in der Gartlage oder der Dodesheide, die zuletzt auf die Tagesordnung gekommen sind, problematisch.

Wir wollen daher eine wohnungspolitische Wende einleiten. Wir wollen mehr Stadt wagen und zugleich die Natur schützen. Dafür müssen wir vor allem die Flächen besser ausnutzen und höher bauen. In der „Stadt von Morgen“ sind zudem auch die Innenstädte wieder stärker bewohnt. Neue Projekte, wie an der Möserstraße (ehemals C&A) und die neuen Johannishöfe (das alte Wöhr-Gebäude), sind Belege für diesen Trend. Wir wollen in den nächsten Jahren in der City rund 1.000 neue Wohnungen entstehen lassen. Der „Masterplan Innenstadt“ zeigt weitere Potenziale. Dazu kommt das neue Lok-Viertel (ehemaliger Güterbahnhof). Dort gibt es nicht nur das Potenzial für modernes Gewerbe, Forschung an künstlicher Intelligenz und für Start-Ups, sondern auch für über 2.000 neue, zentral gelegene Wohneinheiten mit besten ÖPNV-Anbindungen. Wir setzen auf Innenentwicklung statt Außenzerstörung.

Wir beabsichtigen eine Planung, die allen Zukunftsherausforderungen gerecht wird. Dafür wollen wir

- keine neuen Bebauungsplanverfahren in den Grünen Fingern und im unbebauten Außenbereich. Dafür brauchen wir ein Planungsmoratorium, bis klar ist, wie wir die Grünen Finger sichern.
- unverzüglich ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“, in dem die ökologischen, klimatischen, wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Problemlagen übergreifend betrachtet und die Grünen Finger dauerhaft von Bebauung frei gehalten werden. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Grüne Finger“ der Hochschule werden zentraler Bestandteil dieser Planung. Wir fordern einen offenen und lernenden Planungsprozess, der das Wissen vieler Akteure*innen aktiviert, innovative Ideen hervorbringen kann und im konstruktiven Dialog mit vielen Akteur*innen vorangebracht wird.
- die Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzepts mit Priorisierung auf die schwächsten und benachteiligten Gruppen und fehlende Wohnformen.
- die Aktivierung des Innenstadtpotenzials (1.000 Wohneinheiten) und der stillen Wohnbaureserve bislang nicht realisierter Bauvorhaben in bestehenden Baugebieten (2.500 Wohneinheiten).
- die Förderung der gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft und Begrenzung von Immobilienspekulation. Die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, von Projekten, Initiativen und Gesellschaften des gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen, alternativen oder generationsübergreifenden Wohnens und Baugruppen werden unterstützt.
- die Fertigstellung des Freiraumentwicklungskonzept „Urbaner Freiraum im (Klima-) Wandel“ als Grundlage für die qualitative Entwicklung der innerstädtischen Freiräume.
- gezielte Anreizprogramme zur Mobilisierung privater Einzeleigentümer*innen und Aktivitäten der WiO für die Forcierung der Bestandserneuerung, den Ausbau von Dachgeschossen, die Aufstockung und Nachverdichtung, den barrierearmen Umbau, den „Umzug im Quartier“, Wohnungsteilung und -tausch, „Wohnen für Hilfe“ und vieles mehr.
- ein Pilotprojekt für Mehrfachnutzung und „Space Sharing“ in städtischen Gebäuden und öffentlichen Flächen nach dem Vorbild der Stadt Wien sowie die Kopplung mit Zwischennutzungsaktivitäten für private Immobilien.
- den Einstieg in eine gemeinsame Regionalplanung mit den Umlandgemeinden für nachhaltige Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung, die eine Einwicklung entlang der ÖPNV-Achsen ermöglicht.

- klare Vorgaben für Klima-, Umwelt- und Sozialverträglichkeit von neuen Baugebieten: klimaneutrale Energieversorgung, nachhaltige Mobilitätskonzepte, Nutzung klimaverträglicher und recyclingfähiger Baustoffe, modulare und flexible Bau- und Konstruktionsweisen, maßvolle Verdichtung, Dach- und Fassadenbegrünung, Mietwohnungsbau vor Renditeobjekten.
- die Umsetzung des Konzepts „Osnabrück als Schwammstadt“.
- einen vorsorgenden Flächen- und Grundstückskauf durch die Stadt Osnabrück, ausreichend städtische Räume im öffentlichen oder gemeinschaftlichen Eigentum halten und keine Kompromisse auf Kosten der Nachhaltigkeit bei Investorenplanungen.
- die Entwicklung von Programmen zur Nachverdichtung in zweiter Reihe und Eigentümer*innenwechseln im Bestand sowie die Förderung von „Umzug im Quartier“ durch Beratung und Neubau von alternsgerechten und barrierefreien Alternativen in den Wohnquartieren.
- den Übergang in eine nachhaltige und möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft, ein Denken in Stoffströmen und Lebenszyklen auch bei Infrastruktur und Gebäuden sowie eine kreative Nachnutzung vor Abriss und Neubau.

Mit menschlichem Maß: Kompaktes und lebendiges Osnabrück

Wir stellen den Menschen, die Einwohner*innen Osnabrücks, ins Zentrum der Stadtentwicklung. Das Wohlergehen hängt in hohem Maße von der Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes ab. Viel zu lange haben Ansprüche des steigenden motorisierten Verkehrs auch in unserer Stadt die Ausbreitung in die Fläche und die räumliche Funktionstrennung, zum Beispiel von Leben und Arbeiten, herbeigeführt. Lärm, Luftverschmutzung, Unfallrisiken und zu wenig öffentlicher Raum sind auch in Osnabrück Auswirkungen einer Stadtplanung, die weltweit häufig das menschliche Maß verloren hat. Osnabrück kann lebendiger, sicherer, nachhaltiger und gesünder sein. Dass eine maßvolle bauliche Dichte sehr attraktiv sein kann, zeigen die Quartiere Katharinenstraße und Wüste. Verdichtung muss einhergehen mit einer hohen Qualität des Stadtraums, der auch Begegnungs- und Aktivitätsräume bietet. Die Möglichkeit dafür besteht insbesondere in der Neuverteilung der Verkehrsflächen. Städtisches Leben entsteht durch Menschen und diese gehen dahin, wo andere Menschen sind. Ein menschenfreundliches Osnabrück entsteht vor allem, wenn die Bürger*innen daran mitgestalten können. Wie sehen die öffentlichen Räume aus, die zu vielfältiger, häufiger und längerer Nutzung einladen? Womit identifiziere ich mich, was erzeugt „Heimatgefühle“ und ist Ausdruck städtischer Lebensqualität? Das ist soziale Stadtentwicklung im besten Sinn. Wer an der Gestaltung seiner Umgebung mitwirkt, wird diese schützen und respektieren.

Ein lebendiges Stadtquartier bedeutet vor allem, sich in diesem sicher zu Fuß und mit dem Fahrrad bewegen zu können. Kinder und Jugendliche müssen gefahrlos und selbstständig ihre Schule, Freizeiteinrichtungen oder Freund*innen erreichen und die meisten Alltagswege müssen ohne PKW erledigt werden können. In einem „Osnabrück der kurzen Wege“ sollen alle wichtigen Ziele der Daseinsvorsorge in nur 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sein

können. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass immer häufiger auch mobiles Arbeiten oder Home Office zumindest teilweise möglich ist. Nichtstörendes Gewerbe gehört – wie es früher üblich war – zurück in die Erdgeschosse der Wohnquartiere. Unser Ziel ist ein kompakteres und zugleich grüneres Osnabrück mit umweltfreundlicher Mobilität, wo Wohnen, Gewerbe, Handel, Gastronomie und Dienstleistungen sowie Freizeitangebote nicht getrennt voneinander sind und wir sicher und gesund leben können.

Die Gestaltung von lebenswerten Stadtquartieren für Jung und Alt beinhaltet den Abbau von Barrieren. Barrierefreiheit bedeutet, allen Menschen zu ermöglichen, ihr Leben selbständig zu führen, Wege eigenständig zu bewältigen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Je mehr ältere Menschen in den Quartieren leben, umso augenfälliger wird, was alltagstaugliche Strukturen und zugängliche öffentliche Räume für die Lebensqualität bedeuten. Nicht nur Wohnungen, auch das Wohnumfeld muss altersgerecht gestaltet werden.

Unser Einsatz für die Innenstadt der Zukunft

Das Leitbild der doppelten Innenverdichtung, also eine kompakte, funktionsgemischte Stadt mit qualitativvoller baulicher Dichte und zugleich hochwertigem Grün und Freiraumangeboten, gilt insbesondere für die Entwicklung der Innenstadt. Das Zentrum Osnabrücks ist das Herz der Stadt, das Zentrum des sozialen Miteinanders. Hier finden sich viele kulturelle Angebote, der zentrale Einzelhandel, abwechslungsreiche Gastronomie und zunehmend auch Plätze mit hoher Aufenthaltsqualität. „Komm, wir gehen in die Stadt!“ steht für den Wunsch, im Oberzentrum Osnabrück einen attraktiven Ort mit vielfältigen Angeboten, Kommunikation und Lebensqualität zu erleben.

Die Corona-Pandemie hat uns endgültig vor Augen geführt, was sich als „Krise der Innenstädte“ schon länger andeutete. Der Online-Handel hat sprunghaft zugenommen und bedroht den Einzelhandel der Innenstädte massiv in seiner Existenz.

Unser Ziel muss daher sein, die City fit zu machen für diese Herausforderung. Wir wollen dafür sorgen, dass mit Kreativität und Innovationskraft der Wandel vom Versorgungsstandort zum attraktiven Wohlfühlort gelingt und unsere Innenstadt das soziale Zentrum der Stadt bleibt. Mehr Kultur, mehr Wohnen, mehr Gastronomie, aber auch mehr Dienstleistungen, Gewerbe und Freizeit- und Bildungsangebote können die Lücken füllen, die jetzt wie bei Galeria Kaufhof entstehen. Alle neuen Nutzungen ziehen wiederum Menschen an, was dem verbleibenden Einzelhandel hilft. Wir müssen der Versuchung widerstehen, das vermeintlich Altbewährte wiederbeleben zu wollen und Entwicklungsprozessen einen Raum geben. Nicht alles wird erfolgreich sein und in einem Such- und Lernprozess sind Möglichkeiten des Scheiterns inbegriffen. Wenn wir aber die kreative Kraft unserer Stadt, ihrer Menschen und Unternehmen wecken wollen, brauchen wir Spielräume außerhalb festgesteckter Grenzen und vorgefertigter Konzepte. Mit der Zustimmung des Rates zum GRÜNEN Antrag „Ab in die Mitte – Anreize für eine lebendige Innenstadt“ im März 2021 ist der Anfang gemacht. Es versetzt uns in die Lage, mit guten Konzepten Fördermittel bei Bund und Land zu beantragen, um die vor uns liegenden Aufgaben auch finanziell abzusichern.

Dem Handel kommt auch weiterhin eine zentrale Funktion in der Innenstadt zu. Osnabrück wurde als Handelsplatz am Zusammentreffen wichtiger Handelsverbindungen gegründet. Mit dem vorhandenen Märkte- und Zentrenkonzept, das regelt, welche Sortimente wo in der Stadt erlaubt sind, konnte bislang die City vor zu viel Konkurrenz auf der grünen Wiese geschützt werden. Im digitalen Zeitalter muss der stationäre Handel gestärkt und modernisiert werden. Neben Attraktionen und Veranstaltungen sind es die City-Logistik, die Unterstützung von Mehrwegkonzepten, emissionsarmer Verkehr zur guten Erreichbarkeit der Innenstadt und ein gutes Citymarketing, mit denen die Stadt Osnabrück ihre City unterstützen muss. Unsere Innenstadt besteht aus verschiedenen Quartieren und nur ein Teil davon ist die sogenannte 1a-Lage. Besondere Unterstützung brauchen auch die kleineren Quartiere wie die Johannisstraße, die Altstadt, die Hasestraße und die Möserstraße. Hier müssen mit den Akteur*innen vor Ort passgenaue Ansätze entwickelt werden, damit diese Quartiere eine eigene Identität und Atmosphäre bewahren beziehungsweise entwickeln können.

Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität und zusätzliches Grün sind für die Attraktivität der Innenstadt entscheidend. Die Entwicklung am Adolf-Reichwein-Platz zeigt, wie es geht. Schlossgarten und Ledenhof werden modernisiert. Weitere große und kleine Plätze müssen in den nächsten Jahren folgen. Die Haseumflut am Herrenteichswall, ein kleiner Park am Dominikanerkloster oder die Aufwertung rund um die Johanniskirche werden wir angehen.

Mehr Grün, weniger Lärm und hohe Aufenthaltsqualität beißen sich mit starkem Verkehrsaufkommen und überdimensionierten Straßen. Dieser Konflikt lässt sich nur durch gute Verkehrskonzepte, die auf Erreichbarkeit ohne PKW setzen, auflösen. Nur mit einer konsequenten Mobilitätswende gewinnen wir neue Flächen und bringen die Menschen trotzdem zukunftssicher in die Innenstadt.

Dies beginnt bereits am Wallring, der derzeit eine reine Verkehrsachse ist und unsere Stadt in „Innen“ und „Außen“ teilt. Die Eingangssituation zur Innenstadt ist bei der Umgestaltung des Wallrings zu berücksichtigen. Wer aus dem Hauptbahnhof oder dem Bahnhof Altstadt tritt, muss sich willkommen geheißen fühlen und einen einladenden Weg in die Innenstadt präsentiert bekommen. In der Hasestraße und der Möserstraße sind in diesem Sinne noch erhebliche Potenziale zu heben.

Den Neumarkt als Zentrum Osnabrücks entwickeln wir für Menschen und nicht für Autos. Deshalb verfolgen wir weiter das Ziel eines autofreien Neumarkts. Freie Fahrt durch das Zentrum unserer Stadt ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Die Neumarktsanierung ist alles andere als eine Erfolgsgeschichte. Zuletzt verhinderte der Oberbürgermeister gute Lösungen für die Platzgestaltung und kündigte stattdessen die Zusammenarbeit mit dem Büro auf, das den Gestaltungswettbewerb gewonnen hat. Mit GRÜNEN Stimmen wird es keine zweitklassigen Lösungen für Johannisstraße und Neumarkt geben. Eine hohe Baukultur innerstädtischer Immobilien und der öffentlichen Räume ist für uns von besonderer Bedeutung und muss bei der Stärkung und Belebung des Zentrums prioritär sein. Der Neumarkt muss endlich der zentrale urbane Platz werden, den wir uns alle wünschen.

In die Johannishöfe am Neumarkt wird auch das Wohnen zurückkehren. Vom Investor verlangen wir ein klares und glaubwürdiges Bekenntnis zu den weltoffenen und toleranten Werten unserer

Stadt. Auch an der Möserstraße werden in einem urbanen Konzept Wohnungen entstehen. Im Innenstadtbereich bestehen weitere Baulücken oder untergenutzte Grundstücke, die für eine Neubebauung zur Verfügung stehen. Viele niedrige Gebäude können mit Wohnnutzungen aufgestockt werden. Für ausgewählte Bereiche schlägt der „Masterplan Innenstadt“ höhere Gebäude und in Einzelfällen auch Hochhäuser vor. Dieser Vorschlag muss ernsthaft geprüft werden – auch in nachhaltiger und innovativer Holzbauweise wie etwa in Heilbronn. Um die Potenziale der Innenstadt für Wohnnutzung, Wandel des Einzelhandels, Zwischennutzungskonzepte, neue Freizeit- und Kulturkonzepte, Bildungsangebote sowie urbane Produktion und Handwerk erschließen zu können, müssen dringend Instrumente von Satzung bis Anreizprogramm entwickelt werden.

Wir werden den „Masterplan Innenstadt“ aus der Schublade holen und die vielen guten Ideen zur nachhaltigen, klimaangepassten und sparsamen Flächennutzung in der Innenstadt umsetzen. Oberirdische Parkplätze und untergenutzte Flächen werden baulich oder freiräumlich aufgewertet. Innenhöfe sollen klimawirksam entsiegelt und dennoch baulich aufgewertet und verdichtet werden: Dächer und Fassaden werden begrünt und ein Gestaltungshandbuch „Osnabrücker Kanon“ mit Aussagen zu Materialien, Ausstattungselementen und dem hochbaulichen Charakter von Teilquartieren und der Gesamtstadt entwickelt. Stadterneuerung und Stadtgestaltung sind wichtiger als neue Flächenerschließung. Eine stärkere Vernetzung verschiedener Verwaltungsbereiche und Projektorientierung werden dieser Aufgabe gerecht. Auf allen politischen Ebenen gibt es zahlreiche Förderprogramme. Diese müssen wir für Osnabrück nutzen und dafür braucht es gute Konzepte und ein leistungsstarkes Förderungsmanagement.

Mit dem Lok-Viertel gibt es die einmalige Chance, ein sehr zentrales Viertel ganz neu als zukunftsfähigen Stadtteil zu entwickeln. Wir werden diesen spannenden Prozess aufmerksam, konstruktiv und kritisch begleiten. Die Erfahrungen aus diesem Prozess werden wichtige Impulse für die Sanierung und Modernisierung anderer Bereiche der Stadt geben.

Vorhandene Gewerbeflächen intelligent nutzen

Gewerbeflächen im Stadtgebiet sind ein knappes Gut. Ihre Vermarktung ist ein entscheidendes Instrument, um den Standort Osnabrück zukunftsfähig auszurichten. Sie müssen für Unternehmen mit geringem Flächenbedarf, modernen Konzepten und hohen Beschäftigungszahlen zur Verfügung stehen. Mit dem Gewerbegebiet Eselspatt und den Flächen auf der ehemaligen Kaserne am Limberg werden die letzten größeren Gewerbeflächen in Osnabrück neu ausgewiesen. Die weitere Entwicklung muss stärker als bisher von innen heraus kommen. „Stärken zu stärken“ und nachhaltig zukunftssträchtige Wirtschaftszweige anzulocken und zu fördern, sind zukünftige Leitgedanken der städtischen Wirtschaftsförderung. Betriebe werden sich verlagern, ihr Geschäft aufgeben oder anders aufstellen. In den Entwicklungsmöglichkeiten im Bestand liegen die Chancen Osnabrücks, nicht im weiteren Flächenverbrauch. Gewerbeimmobilien müssen auch in die Höhe wachsen. Eingeschossige Hallen und Gewerbeimmobilien, Fach- und Supermärkte ohne Obergeschossnutzung und überdimensionierte Parkplätze sind nicht mehr zeitgemäß. Die Anbindung an den ÖPNV verbessern wir. Nachhaltige Energie- und Mobilitätskonzepte für ganze Gewerbebestände und Schwammstadt-Konzepte erhöhen die Klima- und Ressourcenverträglichkeit. Jede Möglichkeit zur Energieerzeugung auf gewerblich genutzten Gebäuden und Flächen muss genutzt werden. Auch Gewerbegebiete tragen zukünftig

ihren Teil zur Klimaanpassungsstrategie mit Dach- und Fassadenbegrünung, mehr Bäumen und Regenwasserversickerung bei. Über städtebauliche Verträge können Neubau mit nachhaltigem Baustoffmanagement, Holzbau oder höheren Energiestandards abgesichert werden. Für ein strategisches Management von Gewerbeflächen sind ein systematisches Leerstandsmanagement, ein Flächenpool und ein Brachflächenkataster für uns die richtigen Instrumente. Konkurrenz mit den Umlandgemeinden um neue Gewerbeansiedlungen wollen wir durch eine bessere Zusammenarbeit in der Region Osnabrück beenden und stattdessen eine gemeinsame Standortpolitik als Region entwickeln.

6. GRÜNE Wirtschaftspolitik ist nachhaltig gut

Osnabrück ist das vitale Zentrum, das Herz einer starken Region mit rund 780.000 Einwohner*innen – auch wirtschaftlich. Die über 4.600 Betriebe in der Stadt und ihre Beschäftigten tragen in einem gesunden Mix aus Industrie, Handel und Dienstleistung zum Wohlstand der Stadt und ihrer Einwohner*innen bei. Für die ökonomischen Herausforderungen und den zunehmenden Wandel zur Wissensgesellschaft hat Osnabrück mit Universität und Hochschule sowie anwendungsnahen Forschungseinrichtungen gute Voraussetzungen. Die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft muss kommunal unterstützt werden. Hohe Lebensqualität ist eine Voraussetzung, um Fachkräfte und Studierende der Hochschulen an die Region zu binden. Wir wollen, dass sich die Region Osnabrück nachhaltig entwickelt, ihre Stärken ausbaut und sich ihre Weltoffenheit und Vielfalt bewahrt. Dafür werden wir die Zusammenarbeit von Stadt und Umland in der Region verbessern. Die starke wirtschaftliche Vernetzung zeigt sich nicht zuletzt an den über 50.000 Einpendler*innen und den 26.000 Auspendler*innen. Wir unterstützen die IHK-Regionalisierungsstrategie und wollen die Stadt-Umland-Beziehungen insbesondere in nächster Nähe stärken. Auch über politische und organisationale Strukturen für die politische Selbstverwaltung der Region tragen wir zur Entwicklung einer dynamischen und nachhaltig aufgestellten Metropolregion bei.

Aufgabe kommunaler Wirtschaftspolitik ist es, die Lebensqualität vor Ort durch ein attraktives Angebot sicherer Arbeitsplätze und den Erhalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt zu stärken. Für uns gilt dabei der Grundsatz „Wirtschaft dient den Menschen – nicht umgekehrt“. Dazu tragen wir bei, indem wir die kommunale Infrastruktur modernisieren und die Möglichkeiten, Familie, Beruf und Freizeit besser in Einklang zu bringen, erhöhen. Um Osnabrück als attraktiven Standort für Unternehmen dauerhaft zu stärken, bedarf es hochleistungsfähiger Breitbandnetze. Moderne Zugangnetze bilden das notwendige Rückgrat, um innovative Anwendungen überall im Stadtgebiet zu ermöglichen. Den weiteren Ausbau des Glasfasernetzes müssen wir selbst aktiv gestalten und erheblich beschleunigen. Auch das breite Kulturangebot ist ein wichtiger Standortfaktor. Darauf wollen wir aufbauen und die kommunalen Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung bestmöglich nutzen.

Die Stadt ist Standort für Dienstleistung, Handel, Gewerbe, Kreativ- und Kulturwirtschaft und Industrie. Diese Vielfalt wollen wir erhalten. Die gewachsene Handelsstruktur mit ihren Stadt-, Stadtteil- und Ortsteilzentren wollen wir stärken. Der vielfältige und attraktive Einzelhandel der Innenstadt ist eine besondere Stärke Osnabrücks. Diese müssen wir erhalten beziehungsweise nach Bewältigung der Pandemie zurückgewinnen. Damit die Attraktivität unserer Innenstadt

gestärkt wird, wurde auf GRÜNE Initiative die Einrichtung eines Arbeitskreises „Osnabrücks City der Zukunft“ beschlossen.

Wirtschaftsförderung auf der Höhe der Zeit: Nachhaltig und regional

Wir haben uns in den letzten Jahren erfolgreich dafür stark gemacht, dass sich Osnabrück als Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort zunehmend nach den Kriterien einer ökologischen Modernisierung entwickelt. Wichtig für die wirtschaftliche Modernisierung in Osnabrück ist eine strategische Wirtschaftsförderung, die wir insgesamt noch stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten. Konkrete Schritte zur nachhaltigen regionalen Wirtschaftsförderung resultieren aus dem von uns initiierten Projekt „Wirtschaftsförderung 4.0“ des Wuppertal Instituts. Mit der Etablierung dieses Projekts als festen und dauerhaften Bestandteil der Wirtschaftsförderung in Osnabrück haben wir gute Voraussetzungen geschaffen, die wir weiter vorantreiben werden. Dieses Projekt war einer der Bausteine auf dem Weg zum Nachhaltigkeitspreis, mit dem die Stadt im vergangenen Jahr ausgezeichnet wurde. Klimaneutralität und Digitalisierung werden zu Treibern des Umbaus unserer Wirtschaft. Wir wollen Unternehmer*innen unterstützen, diesen Wandel aktiv zu gestalten. Dafür werden wir diesen Bereich der Wirtschaftsförderung weiter stärken und vertiefen.

Die notwendige Beratung von Unternehmen zur Umsetzung zukunftsfähiger Projekte sowie die Vernetzungsarbeit erfordern personelle Ressourcen, für die wir die finanziellen Mittel bereitstellen wollen. Unterstützt werden soll die Wirtschaft insbesondere bei der Umsteuerung hin zu nachhaltigem Wirtschaften durch Corporate Social Responsibility (CSR), Green Economy, zirkuläre Wertschöpfung sowie Energieeinsparungen und -effizienz. Und das gerade dann, wenn im Speditionswesen oder bei mittelständischen Hidden Champions weiträumige Lieferbeziehungen umgebaut werden müssen. So wollen wir zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Wertschöpfung beitragen und neue nachhaltige Wirtschaft in Osnabrück entstehen lassen, um Wohlstand und Arbeitsplätze in der Region zusammen mit Verbesserungen für eine nachhaltige Lebensweise zu sichern und zu mehren. Das macht den Wirtschaftsstandort Osnabrück noch attraktiver und sichert zukünftige Wertschöpfung.

Innovationstreiber für eine nachhaltige Wirtschaft: Klima- Umweltschutz

Das regionale Handwerk profitiert massiv von einer ökologischen Modernisierung. Die energetische Sanierung im Gebäudebestand bedeutet ein großes Auftragsvolumen für die Baubranche und Haustechnikhersteller. Mit verlässlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene werden Gründungen, Investitionen und Unternehmenserweiterungen in diesem Bereich zu Erfolgsprojekten. Wir wollen die Region als Standort für innovative Unternehmen im Bereich Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Solartechnik und E-Mobilität weiter ausbauen. Dazu werden wir uns bei Land und Bund weiter für die Stärkung dieser Branchen einsetzen.

In Osnabrück ist die Wirtschaft bei der Einsparung von CO₂ Vorreiterin, sie übertrifft bislang ihre Ziele. Allerdings werden die nächsten Schritte schwerer und brauchen kluge bundespolitische Rahmenbedingungen, um erfolgreich den klimaneutralen Wohlstand für die Region zu erwirtschaften. Wir unterstützen das intensive Bemühen von Unternehmen und Gewerkschaften

beim klimagerechten Umbau wertschöpfender, industrieller Arbeitsplätze bei VW, Kabelmetall, Schoeller, Kämmerer und vielen mehr.

Die Osnabrücker Hochschulen mit ihren exzellenten Studiengängen haben eine große Bedeutung als Innovationsmotoren. Das InnovationsCentrum Osnabrück (ICO) ist von Beginn an ausgebucht und unterstützt junge Osnabrücker*innen auf kompetente und vielfältige Weise bei der Unternehmensgründung. Im Wissenschaftspark kommen nur innovative, forschungsaffine und hochschulnahe Unternehmen zum Zuge. Mit dem Coppenrath Innovation Centre (CIC) entsteht im ehemaligen Ringlokschuppen der nächste Standort für hochkarätige Forschung, Technologie-Start-ups, Fachkräfteausbildung und Wissenstransfer in die heimische Wirtschaft. Diese positiven Entwicklungen müssen von der Stadt und der Wirtschaftsförderung nach Kräften unterstützt und gestärkt werden. Dazu gehören der Breitbandausbau, kluge Flächenpolitik für die zukunftssträchtigen und wachstumsstarken Branchen, Imagemarketing für Fachkräftezugang, die Unterstützung bei Tagungs- und Kongresstätigkeiten sowie Vernetzungsarbeit.

Osnabrück als Modellregion für Innovation in der Gesundheitsversorgung

Wie wichtig eine leistungsstarke Gesundheitsversorgung ist, hat sich in den letzten beiden Jahren mehr denn je gezeigt. Deshalb setzen wir auch zukünftig auf eine starke Gesundheitswirtschaft in Osnabrück. Zwei dynamische Hochschulen, die einen stetigen Nachwuchs an kreativen Köpfen ausbilden, und eine starke mittelständische Gesundheitswirtschaft bieten dafür sehr gute Voraussetzungen.

Wir unterstützen daher das von der Osnabrücker Wirtschaftsförderung entwickelte Healthhouse-Projekt. In Zusammenarbeit mit den Hochschulen, mit Unterstützung von Kliniken, Vertreter*innen von Krankenkassen und regionalen wie überregionalen Politiker*innen soll hier ein zukunftsfähiger und innovativer Wirtschaftszweig entwickelt werden. Der aktuell gegründete Startup-Accelerator wird die in der Region vorhandenen Kräfte bündeln, unternehmerisch denkende Talente fördern und mit Praktiker*innen aus dem Gesundheitssystem vernetzen.

Gemeinwohlökonomie als Impuls für Gesellschaft und Unternehmen

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Blinder Wachstumsglaube ohne Rücksicht auf menschliche und ökologische Ressourcen führt in die Krise. Verbraucher*innen sollen nicht nur verbrauchen, sondern verstärkt zum Tauschen und Erhalten angeregt werden. Hierzu zählen Projekte wie „Repair-Cafés“, öffentliche Bücherregale oder „Give-Boxen“. Die Stadt soll Initiativen von Bürger*innen und Vereinen bei der Suche nach geeigneten Räumen und Flächen unterstützen. Um Kaufkraft in der Umgebung zu binden und die regionale Wertschöpfung zu stärken, wollen wir die Optionen einer Regionalwährung prüfen. Auch die Direktvermarktung der landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt ist ein wichtiger Beitrag zu einer resilienten Stadtgesellschaft. Wir wollen die Gemeinwohlbilanzierung von Unternehmen fördern. Dabei wird zusätzlich zu den betriebswirtschaftlichen Erfolgsfaktoren gezeigt, wie Unternehmen zum Beispiel auf Gleichberechtigung, Kund*innen, Lohngerechtigkeit, Lieferant*innen und Umwelt einwirken. Städtische Unternehmen sollen hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Stadt als verantwortliches Wirtschaftsunternehmen

Die Stadt selbst ist eine der wichtigen kommunalen Wirtschaftsakteur*innen. Sie ist Arbeitgeberin für zahlreiche Menschen und kauft eine große Menge Produkte und Dienstleistungen ein. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Wirtschaftskraft ökologisch und solidarisch eingesetzt wird – mit Vergabe. So müssen alle öffentlich beschafften Produkte und Dienstleistungen soziale und ökologische Kriterien erfüllen und dem Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit genügen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt Osnabrück hier höchste Maßstäbe setzt, auch bei ihren Tochtergesellschaften. Wir sind stolz auf den Titel „Fairtrade Town“, wollen uns aber nicht darauf ausruhen. Gerade die Stadtverwaltung muss ihre Beschaffungspraxis immer wieder überprüfen.

Wir wollen, dass sich Unternehmungen, die sich im städtischen Besitz oder in städtischer Beteiligung befinden, am Gemeinwohl orientieren. Die Stadt nutzt künftig stärker ihre Steuerungsmöglichkeiten, damit eine nachhaltige Rendite erzielt wird sowie ökologische und soziale Wertschöpfung möglich ist. Den Verkauf von öffentlichem Eigentum lehnen wir ab, wenn dadurch die Grundversorgung der Bevölkerung eingeschränkt wird, kommunale Steuerungsmöglichkeiten verloren gehen oder Gewinne wegfallen.

Mehr als Recycling – für eine echte Kreislaufwirtschaft

Alle Rohstoffe sind endlich, aber Wirtschaftssystem und Konsumverhalten werden dem nicht gerecht. Wir verschwenden zu viele Rohstoffe und nutzen sie oftmals so, dass sie nicht wiederverwertbar sind. Die Liste der negativen Folgen und Umweltverschmutzungen ist lang; sie reicht von ausbeuterischer Kinderarbeit über giftige Chemikalien und Pestizide bis zu unvorstellbaren Mengen von Plastikmüll im Meer. Eine echte Kreislaufwirtschaft ist essentiell für Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutz. Sie bietet dabei ökonomische Potenziale, die für Osnabrück und die Osnabrücker Wirtschaft gehoben werden müssen: Effizientere Nutzung der Rohmaterialien, verbesserte Prozesse, weniger Abfallgebühren durch konsequente Abfallvermeidung und Recycling, neue Produkte, erfolgreiche Unternehmen in der Recycling- und Wertstoffindustrie. Nach wie vor wird ein viel zu großer Teil unseres Abfalls verbrannt. Millionen Werte an nicht genutzten Stoffen gehen damit durch den Schornstein. Unser Ziel ist „Zero Waste“: Kein Müll mehr, dafür mehr grüne Jobs in einer Osnabrücker Reparatur- und Recyclingindustrie. Ohne neue Gesetze und Unterstützung durch EU und Bund wird es nicht gehen, aber wir können auch schon jetzt vor Ort mehr tun.

Abfallvermeidung und Wiederverwendung

Abfall, der nicht entsteht, braucht nicht getrennt, weiterverarbeitet oder recycelt zu werden. Abfallvermeidung ist damit die Spitze der Abfallhierarchie. Durch mehr Beratung – auch mehrsprachig – und gezielte Öffentlichkeitskampagnen werden wir bei Vermeidung und Trennung mehr Erfolge erzielen. Wir verlangen Mehrwegkonzepte überall und Unterstützung für diejenigen, die engagiert und kreativ vorangehen. Vom Kaffee oder Essen „to go“, über Jahrmärkte, Sportfeste und andere Veranstaltungen, bis zu sämtlichen Einweg-Transportverpackungen, wollen wir zusammen mit Pionier*innen der Abfallvermeidung nach guten Lösungen suchen. Es wird Zeit für den Osnabrücker Mehrwegbecher für den Kaffee unterwegs.

Die Stadt Osnabrück unterstützt ehrenamtliche und bürgerschaftliche Initiativen zur Abfallvermeidung, wie in der Vergangenheit die Gruppe „Plastiktütenfreies Osnabrück“. Projekte, die das Teilen und gemeinsames Eigentum fördern, benötigen unsere öffentliche Unterstützung, um zu wachsen und bekannter zu werden. Wo immer möglich und gewünscht, berät und unterstützt die Stadt Ausleihläden, Wiederverwendungszentren oder Reparaturcafés. Oft lohnt es sich, viele kleine Reste von genormten Materialien zu einer brauchbaren Menge zusammenzuführen, anstatt sie einzeln in die Verbrennung zu geben. Wir initiieren ein Pilotprojekt mit einem sozialen Träger, um insbesondere Baustoffe zu sammeln und an Interessierte abzugeben.

Recyceln und upcyclen

Was wirklich nicht vermieden oder wiederverwendet werden kann, muss möglichst sortenrein recycelt werden. Wenn wir Plastik nur zu Parkbänken und Lärmschutzwänden downcyclen, werden wir diese nicht alle brauchen und der Rohstoffverbrauch geht ungebremst weiter. Eine gute Abfalltrennung und Wertstofffassung ist wichtig. Zu viele Wertstoffe landen noch im Restmüll. Wir prüfen Anreize und Verfahren, um im privaten und gewerblichen Bereich die Mülltrennung weiter zu verbessern. Eine echte Wertstofftonne, wie sie als Pilotprojekt erfolgreich erprobt wurde, wäre ein wichtiger Beitrag. Um Abfallgebühren stabil zu halten, muss die Wertstoffverwendung auch in städtischer Hand verbleiben. Die dezentrale Struktur der Grünabfallsammelplätze und Recyclinghöfe hat sich bewährt. Die Öffnungszeiten müssen kundenfreundlich gestaltet sein. Zu prüfen ist, ob weitere Wertstoffsammelangebote auf den bestehenden Plätzen dazukommen können.

Die Sammelquote für Elektroschrott muss verbessert werden. Über die Rücknahmepflichten des Handels werden wir mehr informieren und sie gegebenenfalls überprüfen. Wie bei Altkleidern und Plastikmüll muss die Bundesregierung auch beim Elektroschrott endlich sicherstellen, dass dieser nicht in ferne Länder verschifft wird, um dort ohne jeglichen Schutz und Umweltauflagen Rohstoffe zurückzugewinnen. Bau- und Abbruchabfälle sind mengenmäßig die größten Stoffströme in der Abfallwirtschaft. Wo ein Abbruch unvermeidbar ist, müssen die Stoffe sauber getrennt werden. Nachwachsende und recycelte Baustoffe sind Grundlage einer neuen Kreislaufwirtschaft im Baubereich. Gebäude werden in Zukunft mit gesunden und klimaneutralen Baustoffen errichtet, instand gesetzt und modernisiert. Hier hat die Stadt bei ihren eigenen Bauvorhaben eine Vorbildfunktion.

Osnabrücker Bürger*innen und Unternehmen haben es selbst in der Hand für eine saubere Umwelt zu sorgen. Illegale Müllentsorgung werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Die Aufsichtsstrukturen sind so auszubauen, dass bei Gewerbe- und Industriebetrieben die Überwachung von Gesetzen und Verordnungen auch möglich ist. Altlasten im Boden, vermeidbare Luftverschmutzung und Plastikgranulat im Wasser müssen der Vergangenheit angehören.

Osnabrück hat viel zu bieten: Kultur-, Kreativ- und Tourismuswirtschaft

Der Kreativsektor als Wirtschaftssparte gewinnt in Osnabrück immer mehr an Bedeutung und ist wichtig für die Entwicklung unserer Stadt. Die Pandemie hat diesen beschäftigungsintensiven Wirtschaftsbereich besonders hart getroffen. Wir wollen Architektur, Kunst, Medien, Werbung, Softwareindustrie und andere kreative Zweige dabei unterstützen, sich in Osnabrück auch nach

Corona als Wachstumsbranche zu etablieren. Sie verdienen entsprechende Anerkennung und Unterstützung. Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Aktive, darunter auch viele Absolvent*innen der Osnabrücker Hochschulen, ausbauen. Außerdem soll der intensive Dialog mit Kreativen und Kulturschaffenden verstärkt werden. Das Kreativquartier am Hafen ist ein erster erfolgreicher Schritt, um diese Branchen zu stärken.

Osnabrück kann sich noch besser als Ziel für Kongresse sowie touristische Ausflüge etablieren. Auch Osnabrücks Qualitäten als nachhaltige, innovative und weltoffene Friedensstadt sind Standortfaktoren, die wir besser nutzen wollen. Wir GRÜNE setzen uns für ein umfassendes Tourismuskonzept ein, um insbesondere den Radtourismus in Kooperation mit dem Umland besser zu bewerben. Hierzu passen unsere Anstrengungen zum Ausbau der Radinfrastruktur.

Innovationsmotor, Wirtschaftsfaktor und Fachkräfte: die Osnabrücker Hochschulen

Osnabrück ist eine Hochschulstadt. Universität und Hochschule prägen die positive Entwicklung unserer Stadt maßgeblich mit. Sie sind Magneten für mittlerweile über 28.000 Studierende sowie Arbeitsplatz für mehr als 3.000 Beschäftigte. Sie sind zugleich Quelle für Innovationen, wirtschaftliche Dynamik und Fachkräfte. Nicht zuletzt durch die Hochschulen ist Osnabrück eine junge, dynamische Stadt mit Zukunftsperspektive. Die positive Entwicklung der Hochschulen ist ein entscheidender Faktor für die Zukunft Osnabrücks.

Die Hochschulen unterstützen mit ihrer Ausbildung auch den Wandel in der Region hin zu mehr Digitalisierung, sie sind im Rahmen der Corona-Krise schnell umgeschwenkt auf Onlinelehre und Onlinelernen. Sie fördern wichtige Kompetenzen für die Zukunft, bilden Fachkräfte zu wichtigen Fragen aus, von den Agrarwissenschaften bis zur künstlichen Intelligenz. Mit kooperativen Forschungsprojekten unter Beteiligung von Unternehmen aus der Region fördern die Hochschulen angewandte Forschung für die Region. Der Transfer in die Region kann gestärkt werden durch die Förderung von Kooperationen. Hierbei sollte die Stadt intensiv mit den Hochschulen zusammenarbeiten, auch um mehr Fachkräfte langfristig an die Region zu binden.

7. Digitalisierung für ein smarteres Osnabrück

Die Corona-Pandemie hat es noch einmal besonders deutlich gemacht: Digitalisierung ist auf den verschiedensten Ebenen wichtig für unsere Zukunft und wir werden sie weiter vorantreiben und gestalten. Sie verändert die Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung fundamental. Nur wenn der digitale Wandel und der Übergang zur Nachhaltigkeit konstruktiv miteinander verbunden werden, kann es gelingen, Klima- und Ressourcenschutz als auch menschliche Entwicklung voranzubringen und menschliche Würde erfolgreich zu schützen. Wir stehen für Selbstbestimmung in einer offenen Gesellschaft, digitale Nachhaltigkeitsstrategien und eine inklusive Digitalgesellschaft. Politik hat die Aufgabe, die digitale Zukunft durch wertegeleitete Regulierung, Anreize und gezielte Förderung so zu gestalten, dass sie unseren gesellschaftlichen Werten und Rechten entspricht, auch auf kommunaler Ebene. Wir GRÜNE wollen die Digitalisierung gestalten. Unsere Werte sind dabei unser Kompass: Transparenz, Teilhabe und Barrierefreiheit, Offenheit, soziale, ökologische, ökonomische und umweltbewahrende Nachhaltigkeit, Freiheit und Datenschutz. Das heißt auch, dass die Stadt Open-

Source-Programme und -projekte bei gleicher Eignung bevorzugen sollte und grundsätzlich nach dem Prinzip „Public Money, Public Code“ handeln muss.

Schneller, höher, weiter – IKT-Infrastruktur für Osnabrück

Wir wollen, dass alle Osnabrücker*innen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen können und einen sicheren und schnellen Internetzugang mit mindestens 100 Mbit/s und zu kostenlosem WLAN im öffentlichen Bereich erhalten. Darüber hinaus müssen wir dringend mit Genehmigungs- und Ausbauplänen das Gigabit-Zeitalter einläuten. Nur dadurch bleiben die Wirtschaft und unsere Bildungs- und Forschungsinfrastruktur wettbewerbsfähig. Hier muss die Kommune eine aktivere Rolle einnehmen, alle Förderprogramme ausschöpfen und im Zweifel selbst tätig werden. Wir verstehen den diskriminierungs- und barrierefreien Zugang zur Infrastruktur der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) als Teil der Daseinsvorsorge.

Ein öffentliches und frei zugängliches WLAN mit hohem Datenschutzstandard in der Innenstadt, in Bussen, an Bahnhaltstellen, in der Nähe von öffentlichen Gebäuden und an weiteren wichtigen Orten muss endlich realisiert werden. Dafür muss die Stadt alle Möglichkeiten ausschöpfen, in eigenen Einrichtungen freie Zugänge zu stellen und mit bestehenden Anbieter*innen zusammenzuarbeiten. Wir unterstützen Projekte, die wie „Freifunk“ als Privatinitiativen offene WLAN-Netze bereitstellen. Auch in Bussen sollen mobile Hotspots entstehen, die auch den ÖPNV attraktiver machen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur gehört auch der Ausbau des LoRaWAN-Systems.

B. Osnabrück als moderne und vielfältige Stadtgesellschaft, die Teilhabe für alle ermöglicht

Eine vielfältige Gesellschaft, in der sich jeder einzelne Mensch selbstbestimmt entfalten und teilhaben kann, eine Gesellschaft mit starkem sozialen Zusammenhalt, das ist für uns der Kern einer lebenswerten Stadt.

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und zentral für unsere Demokratie. Wir stehen für eine Stadtgesellschaft, in der weder der finanzielle Status, das Geschlecht, die Herkunft, die Religion oder Weltanschauung noch äußere Merkmale, rassistische Zuschreibungen, das Alter, eine Behinderung oder die sexuelle Identität und Orientierung einen Einfluss darauf haben, wer dazu gehört und wer nicht. Wir treten jeder Form der Diskriminierung entgegen. Eine inklusive Gesellschaft schafft Strukturen, die allen Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt Teilhabe ermöglichen.

Durch die Corona-Pandemie werden bestehende Ungleichheiten und Notlagen verstärkt. Deshalb ist es jetzt noch wichtiger, die kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten für ein gerechtes, solidarisches und lebenswertes Osnabrück zu nutzen und die Stadt durch vorsorgende Sozialpolitik krisenfest zu machen. Die Corona-Pandemie trifft besonders Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, Kinder sowie Frauen, die Mehrfachbelastungen schultern und Sorgearbeit leisten. Darauf werden wir einen starken Fokus legen. Wir haben in den letzten Monaten auch in unserer Stadt erlebt, wie Zusammenhalt und Solidarität unsere Gesellschaft stärken können – das stimmt uns positiv für ein noch lebenswerteres Osnabrück. Gemeinsam mit dem Engagement der Osnabrücker*innen sind dafür die richtigen Rahmenbedingungen entscheidend. Diese wollen wir setzen.

8. Gute Bedingungen schaffen

Die wesentlichen sozialpolitischen Rahmenbedingungen werden auf Bundes- und Landesebene gesetzt. Trotzdem werden wir alle Möglichkeiten kommunaler Politik dafür nutzen, dass finanzielle Ungleichheit in Osnabrück nicht zu sozialer Ausgrenzung führt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle individuellen Lebensentwürfe als gleichwertig akzeptiert werden.

Eine gute Daseinsvorsorge, eine starke soziale Infrastruktur und ein gutes Beratungs- und Unterstützungsnetz sind die Voraussetzung dafür, gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe und Selbstbestimmung für alle zu schaffen. Lebenswerte, durchmischte Quartiere mit bezahlbarem Wohnraum und Nahversorgung in allen Stadtteilen sind dafür entscheidende Instrumente, deshalb stehen sie ganz oben auf unserer Agenda.

Wir wollen, dass die bereits bestehenden Aktivitäten der Stadt Osnabrück, die mit gesellschaftlicher Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen verbunden sind, in einem Büro für gesellschaftliche Teilhabe beziehungsweise Chancengleichheit gebündelt werden. Das neue Referat für Chancengleichheit und die halbe Stelle für Antidiskriminierung sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Hierfür haben wir uns seit langem eingesetzt. Dennoch möchten wir dieses Thema konsequenter behandeln und daher bestehende Strukturen zusammenfassen und personell besser ausstatten.

Wir setzen uns dafür ein, dass allen Osnabrücker*innen ein breites soziales Beratungs- und Unterstützungsnetz zur Verfügung steht, um Vorsorge und Prävention sowie Hilfe in akuten Notlagen sicherzustellen. Dazu sind die kommunalen Einrichtungen als auch die verschiedenen sozialen Träger in der Stadt von großer Bedeutung. Dabei achten wir bei den von der Stadt beauftragten Trägern auch auf Vielfalt, um kultursensible sowie religionsunabhängige Angebote zu gewährleisten.

Wir werden dafür sorgen, dass die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin und Auftraggeberin mit gutem Beispiel vorangeht, wenn es um Standards von Verträgen und um die Ausstattung von Arbeitsplätzen in der Verwaltung oder in kommunalen Betrieben geht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung Inklusion vorlebt. Mit einer engagierten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durch das Osnabrücker Jobcenter werden Osnabrücker*innen in würdige, auskömmliche und stabile Arbeitsverhältnisse vermittelt.

9. Lebendige und lebenswerte Quartiere in der ganzen Stadt

Unser Leitbild sind lebendige, vielfältige, lebenswerte und nachhaltige Quartiere mit kurzen Wegen – für Familien, für alle Generationen und in der ganzen Stadt. Wir setzen auf fußläufige Einkaufsmöglichkeiten, auch durch attraktive Wochenmärkte, ärztliche Grundversorgung, wohnortnahe Grundschulen, Kitas und Sportangebote, ansprechende Grünanlagen und Spielplätze und einen schnellen Zugang in die Natur. Wir brauchen in allen Stadtteilen ausreichend bezahlbaren, flexiblen und barrierefreien Wohnraum. Zu einem lebenswerten Quartier gehören gute und sichere Wege für Fußgänger*innen und zum Radfahren, sowie Orte des Miteinanders im Freien oder in Stadtteilzentren oder anderen Gemeinschaftsräumen. Dort haben Bildungs-, Beratungs- und Präventionsangebote, Repair-Cafés, Kulturveranstaltungen und unterschiedlichste ehrenamtliche Gruppen ihren Platz. Jeder Stadtteil soll sowohl für sich alleine attraktiv als auch sinnvoll über den Umweltverbund an die Innenstadt angebunden sein.

Quartiersentwicklung mit wirksamer Beteiligung der Bürger*innen ist für uns ein zentrales Instrument, um Teilhabe, sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität aller Menschen zu verbessern. Darauf haben wir in der letzten Ratsperiode einen Schwerpunkt gelegt und werden dies auch weiter tun. Wir setzen auf soziales Quartiersmanagement sowie eine ökologische und nachhaltige Quartiersentwicklung.

Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement im Wohnquartier, denn es ist die Basis einer aktiven Stadtgesellschaft. In zahlreichen Quartieren und Stadtteilen gibt es bereits Initiativen zur Stärkung des sozialen Miteinanders in den Nachbarschaften, in einigen noch nicht. Die Stadt kann und muss das vielfältige Engagement durch die Bereitstellung von Räumen, Beratung und Projektförderung bis hin zu Quartiersmanagement noch besser unterstützen. Durch eine stärkere Vernetzung von Vereinen, Kirchengemeinden und anderen Institutionen mit Infrastruktur und Angeboten der Stadt gibt es noch viel mehr Potenzial für ein lebendiges Stadtquartier. Zunehmend wünschen sich die ehrenamtlich Aktiven hauptamtliche Unterstützung. Unser Ziel ist es, weitere Quartiersmanager*innen als kontinuierliche Ansprechpartner*innen und Beförderer von lebendigen Stadtteilen zu etablieren. Ein erster Schritt ist eine Vernetzungsstelle für die Quartiersentwicklung.

Auf unsere Initiative hin gibt es in Osnabrück jetzt einen Quartiers-Fördertopf, mit denen vielfältige kleine Projekte zur Quartiersentwicklung und Nachbarschaftsvernetzung niedrigschwellig unterstützt werden. Darauf wollen wir aufbauen. Unser Ziel ist es, in allen Quartieren lebendige Initiativen zu ermöglichen.

Die Stadt soll auf erfolgreichen Beispielen wie dem Städtebauförderprogramm im Rosenplatzquartier aufbauen und das Quartiersmanagement ausweiten, insbesondere dort, wo ein überdurchschnittlich hoher Anteil von benachteiligten Menschen lebt. Aktuell läuft ein breites, mehrjähriges Projekt im Rahmen der Städtebauförderung „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ im Schinkel. Die Stärkung von Gemeinschaft und Zusammenhalt ist dabei ein ebenso wichtiges Ziel wie der Infrastrukturausbau und die Gebäudesanierung. Das soziale Miteinander darf dabei nicht zu kurz kommen. Dafür ist es wichtig, Barrieren in der Bürgerbeteiligung abzubauen und dadurch auch diejenigen einzubeziehen, die bislang weniger mit diesen Prozessen erreicht werden. Die Verwaltung soll in Zukunft noch stärker vermittelnd und netzwerkend zwischen Vereinen, Initiativen und der kommunalen Politik tätig sein, um Hürden für ehrenamtliches Engagement abzubauen. Ein ausgebautes städtisches Fördermanagement unterstützt bei der Beantragung und Nutzung der zahlreichen Förderprogramme.

10. Bezahlbar und nachhaltig wohnen

Bezahlbarer Wohnraum in einer lebenswerten Umgebung in allen Stadtteilen ist für uns ein Eckpfeiler einer solidarischen und vielfältigen Stadt. In Osnabrück fehlt entsprechender Wohnraum, weil bei immer mehr Wohnungen die Sozialbindung ausläuft und Neubau und Sanierung sich auf Eigentumswohnungen oder hochpreisige Angebote konzentrieren. Besonders Menschen mit wenig Geld, Familien, Menschen, die barrierefreien Wohnraum benötigen und zunehmend auch Menschen mit mittleren Einkommen haben es schwer, eine Wohnung zu finden. Kernaufgabe der städtischen Wohnungspolitik ist es, zunehmendem Wohnraummangel und steigenden Mietpreisen entgegenzuwirken. Der Wohnungsmarkt darf kein Ort für Spekulant*innen sein und Wohnraum nicht auf die Eigenschaft als Kapitalanlage reduziert werden.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Um dies zu verwirklichen, muss die Stadt ihren Einfluss auf dem Wohnungsmarkt weiter ausbauen und dem zunehmenden Druck mit wirksamen Instrumenten begegnen. Schon lange haben wir dafür eine neue kommunale Wohnungsgesellschaft gefordert. Es ist ein Erfolg der Osnabrücker*innen, die mit dem Bürgerentscheid im Mai 2019 dafür gesorgt haben, dass es jetzt die Wohnungsgesellschaft WiO als kommunale Akteurin gibt. Der Verkauf der alten Osnabrücker Wohnungsgesellschaft (OWG) im Jahr 2002 durch CDU und FDP hat dazu geführt, dass die WiO nahezu bei Null anfangen muss. Um Wirkung auf dem Osnabrücker Wohnungsmarkt entfalten zu können, muss die WiO noch besser mit Kapital und Personal ausgestattet werden. Die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften leisten ebenfalls einen Beitrag zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Auf Bundesebene wollen wir mit einem Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ für eine Million zusätzliche, günstige Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen, sicher und auf Dauer.

Wir wollen, dass sowohl in der Innenstadt als auch in allen Stadtteilen Wohnraum in allen Preisklassen zur Verfügung steht. Wir setzen auf durchmischte Wohnquartiere und werden dafür Förder- und Planungsinstrumente wie städtebauliche Verträge, Bebauungspläne und Konzeptvergaben nutzen. Nicht, wer am meisten zahlt, sondern wer das beste Konzept für das Gemeinwohl hat, erhält den Zuschlag. Die Mindestquote von 10 Prozent bezahlbarem Wohnraum in Neubauprojekten erachten wir als zu gering. Die Anrechnung von günstigeren Preisen beim Verkauf von Eigentumswohnungen löst das Problem ebenfalls nicht.

Wir werden dafür sorgen, dass der Wohnbau in Osnabrück der demografischen Entwicklung und dem neuesten Stand in Sachen Natur- und Klimaschutz gerecht wird. Dabei gilt es, die knappen vorhandenen Flächen sinnvoll zu nutzen, indem wir in die Höhe bauen und auch im Innenstadtbereich nachverdichten, anstatt die wertvollen Grünen Finger zu versiegeln. Das integrierte Stadtentwicklungskonzept wird die Potenziale der Wohnraumentwicklung aufzeigen und dabei von der Kraft und den Potenzialen der Grünen Finger her denken, anstatt sie als Bauland für immer zu zerstören.

Im Rahmen eines Konzepts für bezahlbaren Wohnraum müssen neben dem Neubau auch Pläne für die Sicherung und Erneuerung des Wohnraumbestandes umgesetzt werden. Die Förderprogramme des Bundes, insbesondere für die energetische Sanierung, sind noch völlig unzureichend. Es muss außerdem die verschiedenen und sich wandelnden Ansprüche von Familien und Singles, Studierenden und Älteren berücksichtigen und inklusiv ausgerichtet sein.

Wohnbau und Flächennutzung mit Augenmaß und Weitblick

Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zu minimieren, nachhaltig zu bauen sowie vorhandenen Wohnraum optimal zu nutzen, anstatt wertvolle Grün- und Freiflächen zu verbauen.

Für uns haben Innenentwicklung und Nachverdichtung Priorität. Neben dem Wiedernutzen von Flächen und der besseren Ausnutzung vorhandener Wohngebiete durch Bauen in zweiter Reihe, Anbau oder Aufstockung, steckt auch im Wohnungsbestand viel ungenutztes Potenzial. Bundesweit wohnen in 60 Prozent der Eigenheime nur ein oder zwei Personen, meistens, weil die Kinder ausgezogen sind. In den meisten dieser Häuser gibt es ungenutzte Räume oder abtrennbare, aber nicht vermietete Wohnungen. Ein Umzugswunsch kann nicht erfüllt werden, weil passende, barrierefreie und bezahlbare Angebote in der gewohnten Umgebung fehlen. Wir werden die Kontaktstelle Wohnraum der Stadt so ausbauen, dass eine effektive Wohnraum-mobilisierung möglich ist. Ganz unterschiedliche Modelle von „Wohnen für Hilfe“ und gemeinschaftlichem Wohnen, über Wohnungsteilung hin zu „Umzug im Quartier“ bringen mehr längst vorhandenen Wohnraum an den Markt. Auch Tiny House-Konzepte müssen endlich in Osnabrück ihren Platz finden. Nicht als Alternative zu verdichtetem Bauen, aber auf geeigneten Flächen, beispielsweise als Bauen in zweiter Reihe. Das „kleine Haus“ und die damit verbundene Lebensweise sind außerordentlich ressourcenschonend.

Die noch verfügbaren Bauflächen sind kostbar. Ziel ist, keine weiteren städtischen Grundstücke zu privatisieren. Dort, wo neu gebaut wird, soll die Wohnungsgesellschaft WiO das erste Zugriffsrecht an städtische Grundstücke erhalten. Schlägt die WiO das Kaufangebot aus,

werden die Grundstücke in einem konzeptionellen Bieterverfahren zur Erbpacht angeboten. Bei der Vergabe spielen soziale und Klimaschutzkriterien eine maßgebliche Rolle.

Wo neue Baugebiete entwickelt werden, muss im Sinne der nachhaltigen Quartiersentwicklung eine zukunftsfähige Infrastruktur mitgeplant werden.

Mehr Einsatz für mehr bezahlbaren Wohnraum

Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um dem Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt entgegenzutreten und mehr nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der Anteil an Wohnraum mit Sozialbindung muss dringend erhöht werden; die Stadt muss weiter Belegrechte ankaufen. Um den Rückstand aufzuholen, müssen jährlich mehr öffentlich geförderte Wohnungen bereitgestellt werden, als aus der Sozialbindung herausfallen. Auch Wohnraum im günstigen und mittleren Segment fehlt. Damit die WiO bei all diesen Anforderungen erfolgreich wirken kann, braucht sie auch Projekte im gehobenen Segment, um nicht in wirtschaftliche Schieflage zu geraten.

Mittel- und langfristig soll die WiO vermehrt auch vorhandenen Wohnraum ankaufen und sanieren, gegebenenfalls auch mit weiteren Partnern, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Vor allem bei Projekten der Wohnraummobilisierung wie zum Beispiel „Umzug im Quartier“ oder Wohnungsteilung müssen über die WiO Pilotprojekte initiiert werden, die anderen Akteur*innen am Wohnungsmarkt zeigen, wie es funktioniert.

Die Stadt soll alle Möglichkeiten nutzen, Spekulationen mit Grundstücken und Leerständen zu unterbinden, zum Beispiel durch die Ausübung des Vorkaufsrechts und Baugebote. Auch eine wirksame Mietpreisbremse trägt zur Entlastung auf dem Wohnungsmarkt bei. Wir unterstützen genossenschaftliche sowie generationsübergreifende und inklusive Wohnprojekte.

11. Gut leben und arbeiten in Osnabrück

Das Ziel kommunaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik muss sein, dass alle Menschen ihren Lebensunterhalt eigenständig und menschenwürdig sichern können. Wir setzen auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Auch Langzeitarbeitslosen wollen wir die Teilhabe am Erwerbsleben und am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, auch über einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Für viele Geförderte kann dies auch ein (Wieder-)Einstieg in nicht geförderte Erwerbsarbeit bedeuten. In den nächsten Jahren setzen wir insbesondere auf die in Osnabrück erfolgreiche Umsetzung des Teilhabechancengesetzes mit einem Zusammenspiel von geförderter Beschäftigung, einem begleitenden ganzheitlichen Coaching sowie Weiterbildungs- und Praktikumsmöglichkeiten.

Nachdem die Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen sind, zeichnet sich derzeit ein deutlicher Anstieg ab. Es ist abzusehen, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, wie zum Beispiel Firmeninsolvenzen und ein Ende der Kurzarbeit, leider für viele Menschen Arbeitslosigkeit bedeuten werden. Wir werden weiter prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegentreten und darauf achten, dass Osnabrücker*innen durch

das Osnabrücker Jobcenter und eine engagierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in würdige, auskömmliche und stabile Arbeitsverhältnisse vermittelt werden.

Die räumliche Nähe von Wohnen und Arbeiten gewinnt immer mehr an Bedeutung. Wir wollen auch Arbeiten im Quartier unterstützen. Dadurch steigt nicht nur die Lebensqualität der Osnabrücker*innen, sondern auch die Attraktivität des Quartiers. Programme in diese Richtung sind also gut angelegte lokale Wirtschaftsförderung.

Gemeinsam für faire Löhne

Osnabrück ist eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Prekäre Beschäftigung in Form von missbräuchlich eingesetzter Leiharbeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen – ohne tarifliche Bezahlung, ohne sozialen Schutz, mit ungewisser Zukunft und ohne Zugehörigkeit – lehnen wir ab. Leiharbeit ist ein Instrument für mehr Flexibilität bei Auftragsspitzen, jedoch darf sie kein Dauerzustand sein, weshalb wir bei öffentlichen Vergaben die strikte Beachtung des Tariftreuegesetzes fordern.

Vermittlung in gute Arbeit fördern

Die Arbeit des Jobcenters muss durch die Grundsätze von Gleichstellung, Chancengleichheit, Integration und Inklusion geleitet sein. Ein ganzheitlicher Ansatz mit individueller Unterstützung hat gesellschaftliche Teilhabe durch die Vermittlung in existenzsichernde und würdige Arbeit zum Ziel. Wir setzen uns für öffentlich geförderte Arbeitsplätze ein, die durch Erwerbstätigkeit eine Hilfebedürftigkeit nach dem Hartz-IV-System beenden. In enger Abstimmung mit Arbeitsagentur und Jobcenter sollen Beschäftigungsprogramme entwickelt werden, welche für die Arbeitssuchenden passgenau und qualifizierend sind sowie tariflich entlohnt werden. Wir begrüßen die erfolgreiche Umsetzung des Teilhabechancengesetzes in Osnabrück mit seinem ganzheitlichen Förderansatz und individuellem Coaching zur Stärkung von Selbstwertgefühl und Selbstwirksamkeit. Für die Umsetzung dieses Programmes wollen wir auch in der Stadtverwaltung und städtischen Tochtergesellschaften Arbeitsplätze für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

Es sollen zielgruppenspezifische Angebote bereitgestellt werden wie Qualifizierungsangebote für Alleinerziehende, auch in Teilzeit und mit Kinderbetreuungsmöglichkeit. Die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung soll bestmöglich unterstützt werden. Spezielle Programme für die berufliche Integration von Migrant*innen, wie das Osnabrücker Migrationskompetenzzentrum, werden zukünftig weiterentwickelt und ausgebaut. Wir begrüßen ausdrücklich die Entwicklung des Osnabrücker Gewerkepasses durch das Osnabrücker Jobcenter gemeinsam mit der Handwerkskammer und Arbeitgeber*innen. Auch Geflüchtete werden über diesen Weg zum Beispiel zu fachlich versierten Helfer*innen im Straßenbau, Metallbau und in Malereibetrieben qualifiziert.

Neben den Integrations Sprachkursen des BAMF setzen wir uns für die Bereitstellung einer Vielfalt von Sprachlernangeboten durch das Jobcenter ein, die niedrigschwellig und auch für Nicht-Asylberechtigte und EU-Migrant*innen zugänglich sind. Außerdem unterstützen wir besondere Sprachangebote für geflüchtete und zugewanderte Frauen mit Kinderbetreuung.

Von der Qualifizierungsoffensive des Osnabrücker Jobcenters zur Gewinnung von Pflegekräften in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft GewiNet und vielen wichtigen Akteur*innen im Pflegebereich erwarten wir neue Einstellungschancen und nachhaltige Integration in den Pflegebereich.

Auch die Beratungsangebote der Arbeitslosenselbsthilfe (ASH) werden wir weiterhin fördern. Eine Vermittlung in Leiharbeit darf nur in Ausnahmefällen nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalls erfolgen.

Wir unterstützen das Projekt „Europa – Osnabrück – Schinkel“ (EOS) des Jobcenters und der Stadt Osnabrück als eine vorbildliche kommunale Gesamtstrategie, mit der eine nachhaltige Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse der Menschen im Schinkel und von EU-Bürger*innen in der Stadt erreicht werden soll. Hier wird auf integrierte umfassende Beratung, Unterstützung und Betreuung gesetzt. Vorhandene Netzwerkstrukturen der Stadt werden konsequent genutzt: Ein Team des Jobcenters arbeitet mit einem günstigeren Betreuungsschlüssel als üblich und vernetzt außerdem dort die Beratungsstelle für mobile Beschäftigte aus Südeuropa von Arbeit und Leben, Familienberatungsstellen, das städtische Projekt „Familienbegleiterinnen“, Solwodi und weitere Träger. Wir unterstützen den Plan, das zuständige Jobcenter-Team gemeinsam mit den beteiligten Trägern in einer Immobilie im Schinkel anzusiedeln und streben einen weiteren Ausbau des Netzwerkes an.

12. Entschlossen gegen Armut

Jeder Mensch hat das Recht auf materielle Sicherheit, die Sicherung eines würdigen Existenzminimums und gesellschaftliche Teilhabe. Weil die übergreifende Zuständigkeit auf Bundesebene liegt, kann Kommunalpolitik Armut nicht verhindern – aber Kommunalpolitik muss alle Stellschrauben nutzen, um Armut und ihre Folgen zu lindern: Durch stadtentwicklungspolitische Maßnahmen, eine gute Infrastruktur sowie ein breites, wohnortnahes Beratungs- und Unterstützungsnetz. Wir setzen uns dafür ein, dass in unserer Stadt alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Menschen zu helfen, die durch Arbeitslosigkeit oder andere individuellen Schicksale in finanzielle Bedrängnis geraten.

Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Armut

Der Kampf gegen finanzielle Armut und gesellschaftliche Benachteiligung setzt Kenntnis über das Problem voraus. Die Einrichtung einer Stelle zur Sozialplanung haben wir mit auf den Weg gebracht. Wir benötigen eine regelmäßige und gründliche Analyse der sozialen Lage und Entwicklung in Osnabrück. Deshalb wollen wir das Sozialmonitoring zu einem echten Armuts- und Reichtumsbericht ausweiten. Nur so können abgestimmte Handlungsoptionen entwickelt und abgewogen werden. Wir brauchen eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Armut und ihrer Folgen in Osnabrück, die alle Zielgruppen in den Blick nimmt. Diese muss die Stadt fachbereichsübergreifend gemeinsam mit den relevanten Akteur*innen und Trägern umsetzen.

Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Deshalb wollen wir das Angebot des Osnabrück-Passes weiterentwickeln und niedrigschwelliger zugänglich machen und damit den

Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten sowie die kostengünstige Nutzung des Busverkehrs gewährleisten.

Wir wollen in Osnabrück ein umfassendes und leicht zugängliches Netz von Präventionsangeboten sowie akuten Hilfs- und Unterstützungsleistungen vorhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Angebote auch dezentral in den Quartieren zur Verfügung stehen. Die Stadt soll dabei auch weiterhin mit vielfältigen freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden zusammenarbeiten, um bedarfsgerechte Angebote zu machen.

Die Osnabrücker Tafel leistet mit der Weitergabe von überschüssigen Lebensmitteln tagtäglich einen maßgeblichen Beitrag, sowohl als soziale Hilfe als auch im Einsatz gegen Lebensmittelverschwendung. Um der Lebensmittelverschwendung weiter entgegenzuwirken, unterstützen wir außerdem öffentlich zugängliche Kühlschränke im Rahmen des Foodsharings.

Wir wollen Zwangsumzüge wegen weniger Quadratmeter vermeiden – genauso wie Strom- und Gassperren. Die neu eingerichtete Fachstelle Wohnraumsicherung und Prävention begrüßen wir deshalb ausdrücklich. Die Schuldnerberatungsstelle soll verschuldeten Menschen eine Perspektive eröffnen.

Kinderarmut beenden

In Osnabrück hat etwa ein Viertel aller Kinder Anspruch auf Sozialleistungen. Dieses Ausmaß an Kinderarmut nehmen wir nicht hin. Im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Bekämpfung von Armut brauchen wir deshalb eine umfassende Strategie gegen Kinderarmut. Die Stadt muss ihren Beitrag dazu leisten, Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit zu ermöglichen. Um Kinderarmut in unserem reichen Land endlich zu beenden, brauchen wir eine Kindergrund-sicherung auf Bundesebene.

Kinder und Jugendliche müssen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern am sozialen Leben teilhaben können. Auch der Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Betreuung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wer ein geringes Einkommen hat, muss in Osnabrück keine Betreuungsgebühren bezahlen – auch zu einem gesunden Mittagessen hat jedes Kind Zugang. Wir haben dazu beigetragen, dass dies auch während der Corona-Pandemie sichergestellt werden konnte. Angebote im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets müssen einfacher zugänglich sein.

Hilfen für wohnungs- und obdachlose Menschen

Ein Leben auf der Straße bringt die Gefahr körperlicher und seelischer Erkrankungen mit sich. Wir wollen, dass in Osnabrück niemand auf der Straße leben muss und alle ein Dach über dem Kopf haben. Wohnungs- und obdachlosen Menschen wollen wir ein breites, niedrighwelliges Angebot für Hilfen und Unterstützung machen und dafür die gute Arbeit der Träger und sozialen Einrichtungen weiter unterstützen.

Wenn insbesondere in den Wintermonaten die Kapazitäten nicht ausreichen, soll die Stadt weitere Unterbringungsmöglichkeiten wie zum Beispiel in Hotels bereitstellen. Osnabrück soll

den „Housing First“-Ansatz verfolgen und dazu ein Modellprojekt starten. Wohnungslose Menschen sollen unbürokratisch in eine Wohnung einziehen können und so schnell eine dauerhafte Perspektive bekommen. Dafür soll die Stadt beim Land Projektmittel einwerben.

13. Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt

Die Corona-Pandemie trifft uns alle, aber sie trifft uns nicht alle gleich. Kinder und Jugendliche haben im letzten Jahr ganz besonders unter den Folgen gelitten, auch weil ihnen politisch nicht die Priorität eingeräumt worden ist, die sie verdienen. Die Pandemie hat die ohnehin schon bestehenden Ungerechtigkeiten vergrößert. Wir setzen uns auf kommunaler Ebene weiter dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen auf ein glückliches Leben haben. Jedes Kind hat Anspruch auf gute Bildung, Betreuung und auf Freizeit durch vielfältige Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit und -beteiligung.

Osnabrück bietet eine Menge für Kinder und Jugendliche, etwa zahlreiche unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen neugestaltete Großspielplätze, die Skateanlage an der Liebigstraße, die Jugendkulturtage, Grünflächen, den Ferienpass, die „Kinderstadt“ und vieles mehr. In Osnabrück können Kinder und Jugendliche glücklich aufwachsen. Unser Ziel ist es, die Situation und die Chancen von Kindern und Jugendlichen weiter zu verbessern und Osnabrück für alle jungen Menschen als Lebensort noch attraktiver zu machen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, von der Gesellschaft mit gerechten Lebenschancen ausgestattet zu werden. Sie verdienen Akzeptanz und Wertschätzung in allen Lebensbereichen. Wir setzen daher auf Beteiligung, Freiräume und Förderung sowie auf Prävention vor Gewalt und Armut.

Kinder- und Jugendbeteiligung ausbauen

Wir stehen für eine selbstbestimmte Jugendpolitik. Kinder und Jugendliche sollen sich einmischen und ihre Angelegenheiten möglichst umfassend mitbestimmen können. Daher wollen wir nicht nur die Angebote der Stadt stärken, sondern besonders selbstorganisierte Projekte fördern und so die Jugendpolitik stärker in die Hände der Jugendlichen selbst legen.

Die Einrichtung des Jugendparlamentes war ein wichtiger Schritt zur besseren Beteiligung an politischen Entscheidungen. Das Jugendparlament ist inzwischen etabliert und mit einem kleinen Budget für seine Aktivitäten ausgestattet. Mitglieder des Jugendparlamentes haben in wichtigen Ratsausschüssen Antrags- und Rederecht. Gerade durch Mitarbeit im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt besteht damit im Rahmen der aktuellen Rechtslage die Möglichkeit, auf die Stadtentwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft Einfluss zu nehmen.

Diesen Weg werden wir weitergehen und uns auch für eine überregionale Vernetzung des Jugendparlamentes einsetzen. Das Jugendparlament möchten wir um offene und frei zugängliche Beteiligungsformen für Jugendliche ergänzen. Hierfür wollen wir unter anderem themenbezogene Jugendforen einrichten. In der „Kinderstadt“ lernen Kinder von klein auf, wie Demokratie funktioniert und wie eine Stadt auch wirtschaftlich organisiert werden muss. Auch andere Planspiele zum Erlernen von demokratischen Prozessen und Handlungsmöglichkeiten sollten altersgerecht angeboten werden. Das Projekt „Kommunalpolitik in der Schule“ (KidS)

unterstützen wir weiterhin ganz konkret durch die Einbindung der Teilnehmer*innen in die Rats- und Fraktionsarbeit.

Mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen

Kinder und Jugendliche müssen weiterhin die Möglichkeit haben, sich treffen und entfalten zu können. Deshalb brauchen wir neben Spielplätzen und verschiedenen Sportanlagen auch frei zugängliche Flächen. Gerade die pandemiebedingten Einschränkungen haben deutlich gemacht, dass vor allem Jugendliche einen herrschaftsfreien öffentlichen Raum benötigen, um sich selbst unter Abstandswahrung zu treffen und zum Beispiel Sport zu treiben. Wir wollen noch mehr Raum für Jugendliche einrichten, der Schutz vor Witterung bietet, der aber gleichzeitig so ausgestattet ist, dass sich alle dort sicher aufhalten können.

Daneben sind Jugendzentren, auch selbst verantwortete, wichtig. Wir werden sie weiterhin angemessen ausstatten. In Jugendzentren werden Kinder und Jugendliche nach ihren sportlichen, kreativen und kulturellen Interessen auf besondere Weise unabhängig von Elternhaus oder Schulform gefördert. Sie stellen als Orte außerschulischer Bildungsarbeit eine wichtige Ergänzung zur Schule dar. Sie sind Anlaufstelle für Interessen, aber auch Fragen und Sorgen. Auch Jugendverbände und -projekte leisten hier wichtige Arbeit, um Jugendlichen vielfältige Freizeit- und Bildungsangebote zu machen. Angebote für Kinder und Jugendliche müssen weiter wohnortnah sein. Wir wollen die Stadtteilarbeit künftig stärker ausbauen und vernetzen. Gemeinschafts-, Jugend- und Familienzentren sind auch Orte für gesellschaftliches Leben im Stadtteil. Diese Orte machen die Stadt attraktiver für Familien. Sie stehen für Unterstützung und Unterhaltung. Wir wollen, dass sie noch mehr mit anderen Einrichtungen – auch Schulen und Kindertagesstätten – kooperieren und sie konzeptionell zu Stadtteil- oder Quartierszentren weiterentwickeln und so noch stärker für generationsübergreifende Angebote öffnen.

Mobilität von Jugendlichen fördern

Wir setzen uns weiter für sichere (Schul-)Wege ein. Deshalb schaffen wir sichere Radrouten und wir stehen zur kostenlosen Schüler*innenbeförderung. Wir setzen uns auch für ein günstiges Ticket für ältere Schüler*innen ein, solange ein kostenloses Ticket mangels Unterstützung von Bund und/oder Land noch nicht möglich ist.

Kinder stärken und schützen

Kinder haben ein Recht auf Sicherheit und eine gewaltfreie Erziehung. Die erfolgreiche Präventionsarbeit in Osnabrück hat für uns dabei weiter Vorrang. Am besten wirksam ist sie, wenn sie individuell und dezentral beziehungsweise wohnort- und schulortnah umgesetzt werden kann. Wir wollen das Konzept „Kinderschutz durch Prävention“ kontinuierlich weiterentwickeln und umsetzen. Wir benötigen ferner ein Konzept zur Überwindung der Kinder- und Jugendarmut in Osnabrück, das den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Dazu gehört zum Beispiel die gesellschaftliche Integration von Kindern Geflüchteter und unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.

Wir GRÜNE stehen dafür, dass kein Kind vom sozialen und kulturellen Miteinander ausgeschlossen wird. Jedem Kind muss es offenstehen, einen Sportverein, die Musikschule oder das Schwimmbad mit Freund*innen zu besuchen. Neben dem OS-Pass haben wir mit dem Sozialticket und der KUKUK-Karte wichtige Instrumente für gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Alle Kinder sollen einen Zugang zu einem bezahlbaren und gesunden Mittagessen in ihrem sozialen Umfeld bekommen, und zwar auch dann, wenn Kitas und Schulen pandemiebedingt geschlossen sind.

Wir wollen, dass es neben gemeinsamen auch separate Angebote für Mädchen und Jungen gibt, bei denen sie sich frei über geschlechtsspezifische Probleme austauschen können und beraten werden. Gerade Mädchen, die aus Elternhäusern stammen, in denen Gleichberechtigung nicht selbstverständlich gelebt wird, brauchen Angebote und Vorbilder, die ihr Selbstbewusstsein stärken. Diese Angebote benötigen eine besondere Unterstützung. Deshalb wollen wir die speziellen Angebote und Freiräume für Mädchen wie das Mädchenzentrum „Café Dauerwelle“ oder Mädchenfußballprojekte erhalten und fördern.

Eltern und Familien unterstützen

Wir GRÜNE stehen für ein modernes Familienbild. Unsere Familienpolitik unterstützt alle Formen gemeinschaftlicher Lebensweise. Alleinerziehende Eltern oder Regenbogenfamilien dürfen nicht länger benachteiligt werden. Eltern und Familien kommen als dem ersten und umfassenden Lebensort eine besondere Bedeutung und Verantwortung bei der Entwicklung von Kindern zu. Wir wollen, dass die Stadt Eltern zielgenau unterstützt und ihnen bei Bedarf partnerschaftliche Angebote macht.

Kinderbetreuung weiterentwickeln

Wir wollen, dass jedes Kind in Krippen und Kindertagesstätten möglichst früh, optimal und nachhaltig gefördert werden kann. Mit enormer Kraftanstrengung ist es gelungen, Kinderbetreuungsplätze weiter auszubauen, sodass wir auf gutem Weg sind, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch für unter dreijährige Kinder zu erfüllen. Noch immer gibt es allerdings zu wenig Krippen- und Kitaplätze. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft mit Nachdruck für den weiteren Ausbau der Plätze einsetzen. Auch die Betreuung durch Tagesmütter und -väter ist ein wichtiger Beitrag zur Schaffung eines nachfragegerechten Betreuungsangebots.

Unser Ziel ist, durch gute frühkindliche Bildung die Chancengleichheit für Kinder zu erhöhen. Deshalb hat für uns die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung höchste Priorität, denn sie kommt allen Kindern zugute. Wir werden deshalb weiter großen Wert auf die Qualitätsentwicklung und gute personelle Ausstattung von Krippen und Kitas legen, beispielsweise mit einem besseren Betreuungsschlüssel durch die dritte Kraft oder kleineren Gruppen. Langfristig sind kostenfreie Krippen- und Kitaplätze das Ziel. Wir sind der Auffassung, dass aber zunächst Bundes- und Landesmittel vor allem in die Qualität und personelle Ausstattung von Krippen und Kitas fließen sollen, als in die Übernahme der Betreuungskosten, die für Kinder aus einkommensschwachen Familien ohnehin entfallen. Die Stadt Osnabrück kann es sich nicht

leisten, Geldmittel für die Betreuungskostenfreiheit aufzubringen und damit das Land zu entlasten.

Soweit in Osnabrück noch Gebühren für die Kinderbetreuung erhoben werden, sind diese finanziell und sozial angemessen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich Familien auf eine qualifizierte Betreuung ihrer Kinder verlassen können. Hierbei ist uns auch eine möglichst vielfältige Trägerlandschaft wichtig. Eltern sollten wählen können, ob sie ihre Kinder in konfessionsgebundenen oder konfessionsneutralen Einrichtungen anmelden.

Neben der Errichtung von Räumlichkeiten wird es immer schwieriger, geeignete Erzieher*innen zu gewinnen. Daher unterstützen wir Programme zur Nachwuchsgewinnung und fordern eine bessere Bezahlung. Kita-Neubauten müssen wir so gestalten, dass sie zum Beispiel für Wohnen geeignet sind, sollte das aktuell geforderte Angebot später nicht mehr benötigt werden.

Unser Ziel ist es außerdem, Kindern in Tagesstätten und Schulen eine gesunde, abwechslungsreiche Verpflegung mit regionalen Lebensmitteln zu bieten. Überall, wo die Stadt Osnabrück Einfluss nehmen kann, muss sie für eine regionale, möglichst ökologische und faire Beschaffung und ein entsprechendes Angebot sorgen.

Sprachförderung und Ganztagsbetreuung von Anfang an

Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Bereits vor dem ersten Grundschuljahr müssen Sprachdefizite erkannt werden, damit eine gezielte Förderung einsetzen kann. Am besten gelingt dies, wenn Kinder spätestens ein Jahr vor der Einschulung Kindertagesstätten besuchen. Bei den Betreuungsangeboten für Kinder ab der Grundschule sehen wir noch weiteren Verbesserungsbedarf. Inzwischen sind zwar viele Grundschulen Ganztagschulen oder haben sich auf den Weg dahin gemacht; unser Ziel ist es jedoch, dass alle Grundschulen Ganztagschulen werden. Wir werden diese Entwicklung unterstützen und damit auch sicherstellen, dass alle Schüler*innen Zugang zu einer warmen Mittagsmahlzeit haben.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Wir erachten ein gutes Angebot zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtigen Standortfaktor und Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft. Mehr und bessere Betreuungsangebote sind hier nur ein Baustein. Auch wenn Menschen Angehörige pflegen, geraten sie im Berufsleben zusätzlich unter Druck. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Arbeitsplätze familienfreundlicher gestaltet werden, beispielsweise durch angepasste Arbeitszeiten und flexible Anwesenheitsmodelle. Die Stadt als Arbeitgeberin muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Auch bei Unternehmen soll die Stadt weiter für Familienfreundlichkeit werben und sie dabei unterstützen, moderne Arbeitsmodelle umzusetzen.

14. Selbstbestimmtes Leben im Alter

Politik für Ältere ist politische Querschnittsaufgabe, sie ist Zukunftspolitik. Wir setzen uns für Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben ein. Es ist der berechtigte Anspruch vieler Menschen, nach ihrem Berufsleben noch stärker am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die

Gesellschaft braucht sie, denn sie bringen ein hohes Maß an Erfahrung, Potenzialen, Fähigkeiten und Kompetenzen ein. Engagement hilft, die Kreativität und Selbstständigkeit lange zu erhalten, beugt der Gefahr der Vereinsamung vor und wirkt sich positiv auf die Gesundheit aus. Wir werden gezielt Projekte unterstützen, die gemeinsame Lebensbereiche für Jüngere und Ältere schaffen und so den Austausch und das Zusammenleben der Generationen zum Wohle aller fördern.

Ältere Menschen müssen das gesellschaftliche Leben aktiv mitgestalten können. Die Stadt muss die Infrastruktur dafür bereitstellen. Wir unterstützen die gute Arbeit des Seniorenbüros, der Freiwilligen-Agentur sowie die ehrenamtliche Arbeit des Seniorenbeirats als auch des Senioren- und Pflegestützpunktes. Wir sind froh, dass es uns gelungen ist, den Senioren- und Pflegestützpunkt der Stadt zu etablieren und wollen, dass er personell ausgebaut wird.

Wir wollen die digitale Teilhabe ausweiten, denn sie erhöht die Selbstständigkeit, die Kommunikation und die Mobilität. Deshalb werden wir uns weiter für WLAN in Alten- und Pflegeeinrichtungen einsetzen. Außerdem braucht es Unterstützungsangebote in den Quartieren, zum Beispiel durch Lots*innen und Computer-Stammtische.

Selbstbestimmt leben in der eigenen Umgebung

Die meisten Menschen möchten im Alter in ihrer gewohnten Umgebung wohnen bleiben. Deshalb setzen wir uns für ein Konzept für altersgerechte Quartiere und neuen Wohnraum in der Innenstadt ein. Unser Ziel sind lebenswerte Quartiere für alle Generationen, in denen professionelle Pflegeangebote und nachbarschaftliche Initiativen ineinandergreifen. In allen Stadtteilen muss es eine gute Nahversorgung geben. Dazu gehören Geschäfte, Ärzt*innen, Pflegeangebote, Apotheken und Dienstleistungen sowie der Zugang zu einem guten Busnetz. Besonders Senior*innen sind oft darauf angewiesen, diese ohne lange Wege zu erreichen. Außerdem setzen wir auf wohnortnahe und niedrigschwellige Beratungsangebote. Durch Barrierefreiheit und altersgemischte Quartiere wollen wir das Zusammenleben der Generationen fördern. Barrierefreie Stadtteilzentren können Orte des Zusammenlebens der Generationen und ein Anlaufpunkt für kommunale Serviceangebote sein. Wir brauchen auch Orte der Begegnung, an denen man sich ohne Konsumzwang treffen kann. Es gibt bereits viele positive Beispiele für lokale und stadtteilbezogene Projekte und Mehrgenerationenprojekte, die wir auch in Zukunft unterstützen werden.

Unser Einsatz für gute und bedarfsgerechte Pflege

Gute Pflege ist eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte. In Osnabrück werden Pflegeplätze in den nächsten Jahren noch knapper werden. Wir wollen den Pflegebericht regelmäßig fortschreiben und kommunale Möglichkeiten nutzen, um die Situation der Pflegebedürftigen, der Pfleger*innen und der pflegenden Angehörigen zu verbessern. Dabei sind die Planung und der Ausbau von Pflegestrukturen sowie die Bereitstellung von ambulanten wie stationären Pflegeplätzen für uns von besonderer Bedeutung. Dem steht jedoch ein bereits existenter und sich weiter verschärfender Pflegepersonal-mangel gegenüber. Dem muss aktiv entgegengewirkt werden, um auf Dauer eine gute Versorgung sicherzustellen. Qualitativ unzureichende Angebote müssen durch die Heimaufsicht aufgedeckt und öffentlich gemacht

werden. Der Kommune kommt nicht nur als Anbieterin pflegerischer Angebote eine wichtige Rolle zu, sondern auch als Taktgeberin einer positiven Entwicklung.

Wir wollen flexible, quartiersbezogene und wohnortnahe Pflegeangebote entwickeln und fördern. Gerade flexible teilstationäre Tages- und Kurzzeitpflegeangebote sollen dabei helfen, dass die zu Pflegenden möglichst lange in ihrem bekannten, persönlichen Umfeld bleiben können. Wir unterstützen Pflege-WGs, Betreutes Wohnen, Mehrgenerationenhäuser und Projekte wie „Wohnen für Hilfe“ sowie die Zusammenarbeit mit der Freiwilligen-Agentur. Bei der Pflege müssen passgenaue Angebote für Jung und Alt gemacht sowie unterschiedliche Lebensweisen, Bedürfnisse und Kulturen berücksichtigt werden. Hier muss sich die gesamte gesellschaftliche Vielfalt wiederfinden. Wir brauchen kultursensible Pflege für alle und auch konfessionsneutrale Einrichtungen.

Außerdem wollen wir eine substantielle Verbesserung für die Pflegenden erreichen – seien es professionelle Pfleger*innen oder Familienangehörige. Prekäre Arbeit muss verhindert und im familiären Umfeld dafür gesorgt werden, dass Pflegende nicht unzumutbar belastet werden oder sogar in Existenznot geraten.

Die größten Problemfelder, den Fachkräftemangel, die bessere Bezahlung und den fehlenden allgemeinverbindlichen Pflegetarif, können wir nicht allein kommunal lösen, aber die Stadt kann auch hier Unterstützung leisten. Wir brauchen ein regelmäßiges Monitoring, wie viele Pflegekräfte und -plätze vor Ort fehlen. Wir wollen die verschiedenen Akteur*innen wie Pflegedienste und -einrichtungen noch besser vernetzen, auch um eine qualifizierte Pflegebedarfsplanung zu erreichen. Wir unterstützen den gemeinsamen Runden Tisch Pflege von Stadt und Landkreis und regelmäßige gemeinsame Pflegekonferenzen, um den Informationsfluss zu verbessern und Fragen der Versorgungsstruktur zu klären. Dazu soll auch die Vertretung pflegender Angehöriger eingeladen werden. Gleichzeitig müssen auch lokale Kooperationsstrukturen zwischen niedergelassenen Ärzt*innen und Pflegeanbieter*innen initiiert werden, um die Versorgung effizienter zu gestalten. Von einer multi- und interdisziplinären Zusammenarbeit in den ambulanten und stationären Sektoren können alle Berufsgruppen profitieren.

Damit der Gesundheitssektor wieder als ein attraktives Arbeitsfeld wahrgenommen wird, müssen die Arbeitsbedingungen vor Ort deutlich verbessert werden. Arbeitgeber*innen im Gesundheitswesen sollen darin bestärkt werden, Initiativen zu ergreifen, die die Belastungen ihrer Angestellten reduzieren, sowohl in finanzieller als auch physischer und psychischer Hinsicht. Hierbei kann die Kommune die Arbeitgeber*innen unterstützen. Angebote, wie die vergünstigte Nutzung des ÖPNVs, können Anregungen sein, damit die Stadt Osnabrück wieder ein attraktives Arbeitsumfeld für Angehörige der Medizin- und Gesundheitsberufe wird. Außerdem muss die Ausbildung in den Gesundheits- und Pflegeberufen in der Stadt gestärkt werden. Hierfür muss ein Austausch zwischen den Bildungsstätten im Gesundheitswesen veranlasst und gefördert werden. Gemeinsam können Maßnahmen erarbeitet werden, die die Ausbildung vor Ort qualitativ hochwertiger und attraktiver machen können. Die Bildungsstätten müssen bei der Umsetzung dieser Maßnahmen unterstützt werden.

Zusätzlich müssen wir junge Menschen für die Ausbildung im Pflegeberuf begeistern. Dazu müssen diese aktiv angesprochen werden. Berufsberatungsangebote speziell für Gesundheits-

und Pflegeberufe sollten regelmäßig durchgeführt werden. Hierzu gilt es, Beratungsteams mit Angestellten aus dem Gesundheitswesen und der Agentur für Arbeit zusammenzustellen. Weiteren interessierten und geeigneten Personen muss der Zugang zu einer Ausbildung in der Pflege vereinfacht werden. Sie müssen bei der Überwindung möglicher Hürden, die dieser Ausbildung im Wege stehen, wie beispielsweise die Kinderbetreuung, durch die Agentur für Arbeit unterstützt werden.

15. Gesund leben in Osnabrück, Prävention stärken

Die Gesundheitsversorgung ist ein zentraler Pfeiler der Daseinsvorsorge. In der Pandemie ist noch einmal deutlich geworden, dass es öffentliche Aufgabe ist, allen Menschen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung zu garantieren. Dafür muss auch die kommunale Ebene ihren Anteil leisten.

Gesundheit ist zentral für die Lebensqualität in unserer Stadt. Dabei ist Gesundheit nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern umfasst das psychische, soziale und körperliche Wohlbefinden. Gute Gesundheitspolitik setzt schon bei der Vermeidung von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit an und gestaltet gesundheitsfördernde Lebenswelten. Wir wollen, dass alle Menschen in Osnabrück ein gesundes Leben führen können, unabhängig von ihrem Wohnort in der Stadt oder ihrem Einkommen. Gesundheitsförderung und -vorsorge sind eine Querschnittsaufgabe.

Die Planung und Finanzierung des Gesundheitswesens müssen am Bedarf der Patient*innen ausgerichtet werden. Entscheidend ist, was medizinisch und menschlich geboten ist. Insbesondere im Krankenhausbereich soll die Gemeinwohlorientierung gestärkt werden. Dafür muss sich die Stadt Osnabrück zum Wohle der Bürger*innen auf den übergeordneten Ebenen von Bund und Land einsetzen.

Bei allen Entscheidungen muss die Stadt die gesundheitlichen Auswirkungen berücksichtigen, besonders für gefährdete Gruppen wie Kinder und Ältere. Das wachsende, qualitativ hochwertige Angebot von Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Gesundheitsforschung ist ein wichtiger Standortfaktor.

Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand

Gerade in der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass Kliniken der Maximalversorgung in öffentlicher Hand verbleiben. Die Stadt hat mit unserer Unterstützung gemeinsam mit der Belegschaft und unter erheblichem Mitteleinsatz dafür gesorgt, dass das Klinikum Osnabrück in kommunaler Trägerschaft verbleiben kann. Die Einrichtung einer Klinik für Dermatologie und einer Augenklinik haben das Klinikum weiter gestärkt. Als Maximalversorger für die Region muss das Klinikum auch zukünftig eine allumfassende Versorgung zu wirtschaftlich tragfähigen Bedingungen zur Verfügung stellen können. Die Sanierungsbemühungen der letzten Jahre haben erfreulicherweise Erfolge gezeigt, die aber durch die Verwerfungen im Rahmen der Corona-Krise teilweise gefährdet sind und unbedingt weiter verstetigt werden müssen. Trotzdem brauchen wir auf Bundes- und Landesebene einen grundlegend neuen Ansatz bei der Finanzierung von Krankenhäusern und ambulanten

Gesundheitsleistungen. Es kann nicht sein, dass Kliniken 25-50 Prozent der Investitionskosten selber erwirtschaften müssen, obwohl dies in der gesetzlichen Aufteilung zwischen Bund und Land eigentlich gar nicht vorgesehen ist.

Gleichzeitig freuen wir uns, dass das Klinikum nicht nur bei der medizinischen Versorgung auf einem guten Weg ist. Mit der Entwicklung hin zu einem energieautarken und CO₂-neutralen „Greenhospital“ hat das Klinikum sich konkrete Ziele für die nächsten Jahre gesetzt, die wir nachdrücklich unterstützen. Weitere Initiativen zu diesem Thema in den weiteren Kliniken der Stadt wollen wir gerne durch einen aktiven Austausch unterstützen.

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Der öffentliche Gesundheitsdienst spielt in der aktuellen, wie auch in möglichen künftigen Pandemien eine zentrale Rolle, sowohl für den Infektionsschutz als auch für die Kontaktnachverfolgung und für die Eindämmung dieser Pandemie. Wir müssen aus der Corona-Pandemie lernen und die kommunalen Schutzkonzepte und Krisenpläne überarbeiten. Außerdem soll die Stadt sorgfältig die Zusammenarbeit mit dem gemeinsamen Gesundheitsdienst des Landkreises evaluieren und optimieren.

Mit der Abschaffung von Faxgeräten und notdürftigster Digitalisierung ist es aber nicht getan. Ein richtig verstandener öffentlicher Gesundheitsdienst hat zentrale Aufgaben für die Sorge um die Gesundheit aller (Public Health). Bürger*innen müssen nicht nur im Krankheitsfall gut behandelt werden, sie sollen auch präventiv vor Gesundheitsrisiken geschützt werden. Die Corona-Krise zeigt uns, dass unsere Gesundheit nicht nur von uns individuell abhängt, sondern dass auch unsere Lebensbedingungen und unsere Umwelt entscheidend für unsere Gesundheit sind. Sie lehrt uns, dass wir die Sorge um die Gesundheit aller endlich stärker verankern müssen und nicht kaputtsparen dürfen. Wir brauchen eine starke und gut vernetzte Public Health-Institution, die Gesundheitsförderung und Prävention leistet und zur gesundheitlichen Chancengleichheit beiträgt. Public Health-Konzepte können in Kooperation mit Kitas, Schulen oder Sportvereinen entwickelt und umgesetzt werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst der Zukunft muss stärker in die Gesundheitsförderung einbezogen werden und bedarf jetzt und dauerhaft einer verlässlichen Stärkung und Finanzierung durch Bund und Länder. Als Lehre aus der Corona-Pandemie muss er in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung im Bereich der öffentlichen Hygiene für zukünftige regulatorische, organisatorische und koordinierende Aufgaben gut aufgestellt sein.

Gesundheitsfördernde Lebensumwelt schaffen

Städtische Gesundheitsförderung, die nicht lediglich auf das Heilen oder Abmildern von Krankheiten ausgerichtet ist, orientiert sich an den Bedingungen, den Ressourcen und Potenzialen für ein gesundes Aufwachsen und Leben in Osnabrück. Bewegungsbehindernde Stadtgestaltung muss der Vergangenheit angehören. Stadtentwicklung muss stattdessen einen Fokus auf die Gestaltung von Begegnungs- und Aktivitätsräumen legen, aber auch sichere Möglichkeiten des Rückzugs aus einer reizintensiven Umwelt und für Erholung bieten. Die Grünen Finger Osnabrücks bieten einen gut erreichbaren Zugang in die Natur. Neben den positiven Effekten wie Kaltluftentstehung und Kaltluftleitung, Schattenspenden und Luft-

reinigung laden die Grünen Finger und andere Naturräume zu Bewegung ein. Unsere mentale Gesundheit wird im Grünen positiv beeinflusst. Wir entspannen uns und Müdigkeit und Konzentrationsstörungen nehmen ab. Viele Zivilisationskrankheiten wie Bluthochdruck oder Übergewicht, Herz-Kreislaufkrankungen oder Rückenbeschwerden haben eine Ursache in mangelnder Bewegung oder werden dadurch verschärft. Eine Mobilitätswende, die Radfahren und zu Fuß gehen befördert, wirkt neben der Verringerung der Luftverschmutzung auch in diesem Sinne gesundheitsfördernd.

Der Schutz vor gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen gehört zu den Kernaufgaben städtischer Daseinsvorsorge, denn Lärm, Feinstaub, Stickoxide und Bodenbelastungen machen krank. Wir werden den Lärmaktionsplan der Stadt endlich konsequent umsetzen und den Luftreinhalteplan weiterentwickeln. Aktuell werden die Grenzwerte in Osnabrück knapp unterschritten – das reicht für ein gesundes Leben aber nicht aus. Eine Herabsetzung der Luftschadstoffe ist insbesondere für Kinder dringend erforderlich. Die Mobilitätswende wirkt nicht nur in diesem Bereich gesundheitsfördernd.

Verkehr, Industrie, Gewerbe und Emissionen der Haushalte dürfen den Menschen nicht krank machen. Gesundheitsgefährdende Altlasten im Boden müssen konsequent entfernt werden, zur Not auch auf öffentliche Kosten, wenn Verursacher*innen nicht haftbar gemacht werden können.

Selbsthilfe stärken

Selbsthilfegruppen sind durch ihren stützenden und stärkenden Zusammenhalt ein wichtiger Faktor für die Bewältigung von Krankheiten oder schwierigen Lebenssituationen. Wir wollen die Selbsthilfe weiter unterstützen. Mit dem ehemaligen Sparkassen-Gebäude an der Iburger Straße haben die Selbsthilfegruppen neue Räumlichkeiten erhalten. Die Stadt soll in Kooperation mit dem Landkreis über das gemeinsame Selbsthilfebüro zentrale Treffpunkte und Fachwissen für die ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung stellen. Dazu gehört auch eine zentrale Anlaufstelle in der Innenstadt als erste Kontaktstelle für alle Angebote.

Für eine gute Hebammenversorgung

Wir wollen, dass Eltern und Kinder von Anfang an gut betreut sind. Unser Ziel ist, eine gute Versorgung durch Hebammen zu erreichen. Bund und Länder müssen ihre Verantwortung dafür besser wahrnehmen. Auf kommunaler Ebene unterstützen wir das wichtige Angebot der Hebammenzentrale von Stadt und Landkreis und setzen uns für eine weitere Vernetzung ein.

Recht auf körperliche Selbstbestimmung

Wir setzen uns für ein gut erreichbares Angebot zur Schwangerschaftskonfliktberatung und Versorgungssicherheit für Schwangerschaftsabbrüche ein. Auf unsere Initiative hin informiert die Stadt auf ihrer Homepage gebündelt über die Angebote in Osnabrück. Das muss auch weiterhin gewährleistet sein, auch, um der Kriminalisierung entgegenzuwirken.

Sucht- und Drogenhilfe: Prävention in den Vordergrund stellen

Wir setzen auf Prävention, um die Gesundheits- und Suchtrisiken von Alkohol, Rauchen, illegalen Drogen und auch stoffungebundenen Suchtformen wie der Spielsucht zu mindern. In Osnabrück gibt es bereits ein breites, gutes Angebot und Hilfen für suchtgefährdete und drogenabhängige Menschen sowie deren Angehörige durch freie Träger, Selbsthilfe und die Stadt. Dieses wollen wir erhalten und ausbauen. Ein besser ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst wird ebenfalls seinen Beitrag leisten.

Wir GRÜNE fordern einen grundlegenden Wechsel in der Drogenpolitik auf Bundesebene. Statt Kriminalisierung von Abhängigkeitserkrankten und Drogenkonsument*innen geht es um Prävention, Selbstbestimmung, Schadensminimierung, Entkriminalisierung und passgenaue Beratungs- und Hilfsangebote. Um einen wirksamen Jugendschutz zu gewährleisten, setzen wir auf geeignete Präventionsmaßnahmen, Aufklärung und einen faktenbasierten Umgang mit dem Thema. Das Cannabis-Verbot muss aufgehoben werden, stattdessen brauchen wir einen kontrollierten und legalen Verkauf in Fachgeschäften. Der Nichtraucher*innenschutz muss auch in der Stadt Osnabrück konsequent beachtet und, wo immer möglich, gestärkt werden.

HIV-Prävention stärken

Aufklärung und Information zur Verhinderung von Neuinfektionen mit HIV müssen kontinuierlich geleistet werden. Betroffene brauchen fachkompetente Informationen, Beratung und Begleitung. Um Jugendliche und Risikogruppen besser zu erreichen, brauchen wir ständig aktuelle Präventionsangebote und -medien. Aufklärung über Safer Sex und die zunehmende Gefahr von Geschlechtskrankheiten sind wichtige Aspekte städtischer Gesundheitspolitik. Wir unterstützen die kreative Aufklärungsarbeit der Osnabrücker AIDS-Hilfe, mit der sie den Gesundheitsdienst unterstützt, und die Fortführung der Finanzierung durch die Stadt Osnabrück.

16. Zusammenhalt in Vielfalt: Osnabrück als plurale Stadtgesellschaft

Osnabrück ist eine weltoffene und vielfältige Stadt. Dazu leisten eingewanderte Menschen einen wesentlichen Beitrag. In Osnabrück leben, arbeiten, forschen und lernen Menschen aus über 140 Ländern friedlich zusammen. Städte sind schon immer vom Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen finanziellen und sozialen Situationen wie von Einwanderung geprägt: Ohne Migration keine Stadt. Wer in Osnabrück lebt, soll gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können. Die Stärke einer demokratischen Gesellschaft misst sich am Umgang mit ihren Minderheiten. Mittlerweile hat rund ein Drittel der Osnabrücker*innen eigene Migrationserfahrung oder eine familiäre Migrationsgeschichte. Sie tragen wesentlich zum Wohlstand und zur Lebensqualität Osnabrücks bei. Wir brauchen Einwanderung für eine gute Zukunft.

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die individuelle Selbstbestimmung und zentral für unsere Demokratie. Eine inklusive Gesellschaft bietet Strukturen, die allen Menschen Teilhabe und Partizipation ermöglicht.

Politische Partizipation stärken

Demokratie heißt, dass alle mitmachen. Die stärkere Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Kommunalpolitik ist ein wichtiger Schritt für gleichberechtigte Teilhabe. Politische Teilhabe muss auf kommunaler Ebene unabhängig von der Staatsbürgerschaft möglich sein. Wir setzen uns für eine Grundgesetzänderung ein, damit künftig alle Menschen mit dauerhaftem Wohnsitz – egal welcher Staatsangehörigkeit – das kommunale Wahlrecht bekommen.

Der Migrationsbeirat stärkt die Partizipationsmöglichkeiten von Osnabrücker*innen mit Migrationsgeschichte. Mit dem auf Initiative des Migrationsbeirats entwickelten Mentoringprogramm „DEMOKRATIE. MACHT. INTEGRATION“ hat sich der Rat der Stadt bemüht, zur eigenen Vielfältigkeit beizutragen. Hier geht aber noch mehr. Wir werden uns für die Verstetigung des Mentoringprogramms einsetzen und im Austausch mit den lokalen Vereinen und Verbänden Projekte und Maßnahmen entwickeln, damit Kommunalpolitik vielfältiger wird. Wir wollen den Aufbau diversitätsbewusster Strukturen erleichtern und einen Beitrag zum Empowerment leisten.

Wir GRÜNE wollen mit unserem Vielfaltsstatut innerparteiliche Strukturen verändern, Barrieren abbauen und so mehr Menschen politische Teilhabe ermöglichen und vielfältiger werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir dazu Maßnahmen umsetzen.

Gemeinsam gegen Rassismus und Diskriminierung

Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dürfen in Osnabrück keinen Platz haben. Wir stärken den Betroffenen den Rücken und unterstützen Bündnisse vor Ort, zivilgesellschaftliche Programme und demokratische Netzwerke.

In Osnabrück gibt es eine starke Zivilgesellschaft, die aktiv für eine offene und diskriminierungsfreie Gesellschaft eintritt. Wichtig ist uns dabei auch, dass Ehrenamtliche die Kosten, die ihnen durch ihre Unterstützungsarbeit entstehen, erstattet bekommen. Den städtischen Etat hierfür konnten wir in den letzten Haushaltsberatungen substantiell erhöhen. Mit dem von uns initiierten Beitritt zum „Aktionsbündnis gegen Rassismus“ sendet Osnabrück ein deutliches Signal. Wir wollen eine kommunale Anlaufstelle für Betroffene schaffen, die mit weiteren Einrichtungen und Institutionen eng zusammenarbeitet und die die Arbeit der von uns initiierten Antidiskriminierungsstelle der Stadt unterstützt. Außerdem fordern wir eine Meldestelle für rassistische und rechtsextreme sowie weitere gruppenbezogene und menschenfeindliche Aktivitäten und Äußerungen.

Für eine ambitionierte kommunale Integrationspolitik

Die Kommune ist der zentrale Ort für Integration. Mit der Integrationsbeauftragten ist das Thema Integration und gesellschaftliche Teilhabe als zentrale Querschnittsaufgabe in der Verwaltung gut verankert. Wir machen uns dafür stark, den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung dem Bevölkerungsanteil entsprechend zu erhöhen.

Gesellschaftliche und soziale Integration hat grundsätzlich alle Menschen der Stadt als Zielgruppe. Wir verstehen Integration als Teilhabe eingewanderter Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft, also bei Arbeit und Wirtschaft, Erziehung und Bildung, Sozialem und Gesundheit, Recht und Politik. Auch wenn Integration in Osnabrück insgesamt gut gelingt, wollen wir sichtbare und unsichtbare Barrieren weiter abbauen.

Deshalb ist es falsch, dass Bund und Land die Mittel für die Migrationsberatung kürzen, denn Integration ist ein langfristiger Prozess.

Das Jobcenter soll noch intensiver Personengruppen unterstützen, die bei der Jobvermittlung benachteiligt sind. Ziel ist es, unter anderem für EU-Bürger*innen und Geflüchtete Chancengleichheit herzustellen. Dafür braucht es besondere Angebote, bei Bedarf in Teilzeit und mit Kinderbetreuung.

Außerdem soll die Stadt sich für Sprachkurse einsetzen, auch für EU-Bürger*innen, für die keine Kurse durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorgesehen sind.

Teilhabe durch Bildung fördern

In zahlreichen Grundschulklassen liegt der Anteil von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte bei über 50 Prozent. Migration ist in unserer globalisierten Welt der Normalfall. Ein so genannter „Migrationshintergrund“ ist also wenig hilfreich, um Förderbedarfe zu identifizieren. Wir brauchen passgenaue Angebote und Förderungsinstrumente, die individuelle Bedarfe in den Blick nehmen. Doch noch immer beeinflusst die Herkunft die Bildungschancen. Konkret helfen hier gebundene Ganztagschulen, Schulsozialarbeit, Sprachförderung in Kitas und Grundschulen sowie längeres gemeinsames Lernen. Der Fachdienst Bildung muss hier die richtigen Schwerpunkte setzen und Beratungsangebote machen, damit zugewanderte Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene ein ausreichendes Bildungsangebot vorfinden. Die von der Bundesregierung verantworteten „Integrationskurse“ decken den Bedarf bei weitem nicht.

Wir haben Platz: Osnabrück als Sicherer Hafen für Geflüchtete

Seit 2015 sind über 5.500 Menschen nach Osnabrück gekommen, um Zuflucht vor Krieg, Gewalt und Verfolgung zu finden. Die menschenunwürdigen Zustände wie in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien sind nicht hinnehmbar, sondern ein Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Osnabrück hat sich deshalb zum Sicherer Hafen erklärt. Wir haben Platz, zusätzlich Menschen aus den europäischen Lagern aufzunehmen. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung die Aufnahmebereitschaft zahlreicher Kommunen ins Leere laufen lässt und dass die Landesregierung hier nicht mit einem eigenen Aufnahmeprogramm vorangeht. Wir werden weiter Initiative ergreifen für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten und die Aufnahme Schutzsuchender. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Osnabrück dem „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ beitrifft, um so nicht nur die Forderungen des Bündnisses an die Bundesregierung, sondern auch den fachlichen Austausch mit anderen deutschen Städten zu unterstützen. Darüber hinaus sollte Osnabrück dem Beispiel zahlreicher anderer Städte, darunter unserer Partnerstadt Greifswald, folgen und sich an der Patenschaft und finanziellen Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff wie der „Sea-Eye 4“

beteiligen und sich damit öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung positionieren.

Unzählige Osnabrücker*innen engagieren sich ehrenamtlich und hauptamtlich, um Zuflucht suchenden Menschen zu helfen. Sie leisten Herausragendes für die Integration. Insofern bleibt es ein Fehler der Landesregierung, die Sonderförderung für ehrenamtliche Integrationshelfer*innen zu streichen. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, wurde auf GRÜNE Initiative für die Jahre 2021 und 2022 ein Fonds von 30.000 Euro geschaffen, aus dem Aufwendungen für ehrenamtliche Arbeit in Osnabrück finanziert wird.

Das von uns mitinitiierte Konzept zur Wohnraumversorgung und Integration geflüchteter Menschen dient anderen Kommunen als Vorbild. Zusätzlich kann mit dem Konzept der Freiwilligen-Agentur auch das überwältigende ehrenamtliche Engagement zielgerichtet abgestimmt werden. Die Idee des Osnabrücker Konzeptes – Integration, Unterbringung in kleinen Wohneinheiten, Sozialarbeit, Zusammenleben in der Gesellschaft – trägt weiterhin, dient dem Zusammenhalt in der Stadt und hat sich gerade auch in der Corona-Pandemie bewährt. Wir werden diese erfolgreiche Arbeit weiter fördern und Integration verstetigen. Wir stehen zu einer konsequenten Umsetzung des Osnabrücker Konzeptes „Von der Erstaufnahme zur Überleitung in die Regelsysteme – Integration von Geflüchteten in der Stadt Osnabrück“. Dafür setzen wir auch weiterhin auf die Zusammenarbeit zwischen der Koordinierungsstelle Flüchtlingssozialarbeit von Outlaw, der Caritas und des städtischen Fachdienstes Integration.

In Anbetracht der pandemiebedingten Isolation, durch lange Wartezeiten, fehlende Perspektiven und erlebte Traumata auf der Flucht ist es besonders wichtig, ausreichend niedrigschwellige Angebote in psychosozialen Beratungsstellen, Zentren der lokalen Sozialen Dienste und Sanitätsstationen in den Unterkünften, die unabhängig der Bleibeperspektive allen traumatisierten und seelisch erkrankten Geflüchteten offenstehen muss, zu schaffen und bestehende Initiativen weiter zu unterstützen und auszubauen. Ebenfalls notwendig sind in diesem Zusammenhang die Aussetzung von Abschiebungen von traumatisierten Geflüchteten, ein diskriminierungsfreier Zugang zu Therapien und Behandlungsmöglichkeiten und die Sicherstellung der notwendigen Kostenerstattung durch das Land.

Die Standards bei der Unterbringung konnte die Stadt nicht immer halten. Dennoch ist es uns gelungen, Menschen überwiegend dezentral und in kleinen Wohneinheiten unterzubringen, auch indem Gebäude und Wohnungen angemietet beziehungsweise angekauft, saniert und modernisiert wurden. Wir unterstützen weiter alle Initiativen zur Anmietung von Wohnraum für Geflüchtete.

Die Zahl der Menschen, die neu in Osnabrück Zuflucht suchen, ist in den letzten Jahren zwar gesunken, die Flüchtlingssozialarbeit muss dennoch in hohem Umfang fortgesetzt werden. Integration ist ein fortdauernder Prozess und es geht vor allem darum, zusammen mit den Menschen Perspektiven zu entwickeln. Bund und Land dürfen die Mittel dafür nicht weiter kürzen und die Kommunen mit dieser wichtigen Aufgabe nicht allein lassen.

Integration von Anfang an

Unterstützungs- und Integrationsangebote müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus von Anfang an für alle Zufluchtsuchenden zur Verfügung stehen. Damit steigen die Chancen gelingender Integration. Wir werden auch weiter alle kommunalen Spielräume nutzen, um schnelle Angebote zum Spracherwerb und für gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Außerdem setzen wir uns für eine verlässliche Bleibeperspektive ein. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Integrationshemmnis und muss abgeschafft werden. Wir sind froh, dass Osnabrück auch auf unseren Druck hin der Rahmenvereinbarung für eine elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete beigetreten ist. Wir unterstützen Initiativen und Aktionen, die sich um Kontakt und Begegnungen in der Alltagswelt kümmern wie Exil, Freizeit für Flüchtlingskinder, Outlaw, Diakonie und Caritas sowie viele weitere öffentliche und private Träger und Initiativen.

Integration in den Arbeitsmarkt fördern: Abschlüsse anerkennen, Qualifikationen nutzen

Viele Geflüchtete sind motiviert, sich ein neues Leben in Osnabrück aufzubauen. Diese Motivation wollen wir unterstützen und gemeinsam mit allen Akteur*innen Angebote zur Integration in Schule, Hochschule, in den Beruf und in das städtische Leben organisieren. Die Integration in den Arbeitsmarkt werden wir weiter mit passgenauen Maßnahmen, wie zum Beispiel solche zur besseren Vermittlung der deutschen Sprache, Qualifizierungsmaßnahmen und berufspraktische Weiterbildungen unterstützen.

Beratungsangebote für die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen sind notwendig, um bestehende Potenziale zu heben und Menschen zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten einzubringen. Gemeinsam mit Arbeitsagentur, Einzelhandelsverband, Handwerkskammer und IHK wollen wir Schwellen, die Menschen in ihrer Selbstständigkeit behindern, abbauen, indem wir Netzwerke zwischen Unternehmer*innen und Gründungsinteressierten fördern.

17. Barrierefreies und inklusives Osnabrück voranbringen

Inklusion ist ein Menschenrecht und als solche Querschnittsaufgabe. Menschen mit Behinderung haben ein Recht darauf, gleichberechtigt zu wohnen, zu lernen und zu arbeiten. Doch auch in Osnabrück werden Menschen mit Behinderung durch verschiedenartige Barrieren an einer gleichberechtigten Teilhabe und ihrer Selbstbestimmung gehindert. Wir wollen, dass Osnabrück auf dem Weg zur Barrierefreiheit weiter vorankommt.

Inklusionskonzept voranbringen, UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Wir setzen uns weiter für die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ein. Wir begrüßen deshalb das neue Inklusionskonzept der Stadt und die neue Fachstelle Inklusion, für die wir uns in den letzten Jahren intensiv eingesetzt haben. Wir erwarten hierdurch einen kontinuierlichen Ausbau der städtischen Inklusionspolitik, denn es bleibt noch sehr viel zu tun.

Die Stadt muss ihr Inklusionskonzept stetig weiterentwickeln und zusammen mit dem Aktionsplan Inklusion umsetzen, in enger Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen,

wie dem Behindertenforum oder auch der AG Inklusion. Alle Vorhaben und Prozesse in der Stadt müssen in Bezug auf ihre inklusionsfördernden beziehungsweise -hemmenden Wirkungen analysiert werden.

Wir wollen, dass alle öffentlich zugänglichen Gebäude, der ÖPNV, Veranstaltungen und die Kommunikation barrierefrei werden. Auch Dienstleistungen und digitale Angebote müssen barrierefrei möglich sein und es soll Einfache Sprache benutzt werden. Die Fachstelle Inklusion soll auch nicht-städtische Einrichtungen beraten und darauf hinwirken, dass Zugang und Partizipation verbessert werden. Den öffentlichen Raum wollen wir inklusiver gestalten, zum Beispiel durch mehr Sitzgelegenheiten und öffentliche Toiletten wie die „Nette Toilette“.

Außerdem sollen verstärkt auch Sensibilisierung und Wahrnehmung in der Gesellschaft in den Blick genommen werden, auch innerhalb der Verwaltung. Wir setzen uns für die Förderung von Partizipation und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung sowie für die Planung und Entwicklung inklusionsorientierter Unterstützungsdienste ein.

Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderung unterstützen

Wir GRÜNE wollen die Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderung unterstützen. Modelle wie das Persönliche Budget ermöglichen ein freieres Leben in Eigenregie und größtmögliche Teilhabe an der Gesellschaft. Wir wollen durch erweiterte Beratung und Informationsangebote möglichst vielen den Zugang zu diesem Modell eröffnen.

Inklusion in Schule, Ausbildung und Arbeit verbessern

Auf Basis der entsprechenden UN-Konvention muss die inklusive Beschulung von Schüler*innen an allen Schulformen ermöglicht und die inklusiven Schulen zielgenau und angemessen ausgestattet werden. Bei den Planungen wollen wir die AG Inklusion nach wie vor stark einbeziehen. Weitere Ausbildung und Sensibilisierung von Personal – vor allem auch an Schulen, Kindertagesstätten und anderen öffentlichen Einrichtungen – sind ein weiterer Schritt für eine funktionierende Inklusion. Auch hier muss auf die Bedürfnisse einer vielfältigen Gesellschaft Rücksicht genommen werden. Die Verwendung von diversitätssensiblen Arbeitsmaterialien halten wir für dringend erforderlich.

Auch die Teilhabe am Arbeitsleben wollen wir verbessern. Die Stadt soll hier mit gutem Beispiel vorangehen und den Anteil von Menschen mit Behinderung in der Verwaltung erhöhen.

18. Geschlechtergerechtigkeit jetzt!

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können. Wir verstehen Gleichstellungspolitik deshalb als eine Querschnittsaufgabe, deren Aspekte bei allen zukünftigen Vorhaben berücksichtigt werden müssen, beispielsweise auch bei der Stadtplanung und der Mobilität. Wir wollen, dass alle kommunalpolitischen Entscheidungen erst nach einer gleichstellungspolitischen Abwägung getroffen werden. Die Umsetzung und Fortschreibung des Gleichstellungsaktionsplans ist für uns ein besonderes Anliegen, weshalb wir die Frauen- und

Gleichstellungspolitik in den nächsten fünf Jahren fortwährend stärken und vorantreiben wollen. Das Gleichstellungsbüro der Stadt Osnabrück ist für uns dabei unverzichtbar. Wir sind daher froh, dass es uns bei den letzten Haushaltsberatungen gelungen ist, zu einer sachgerechten Ausstattung des Büros zurückzukommen. Es ist gut und sehr wichtig, dass es für Osnabrück jetzt einen ersten Genderdatenreport gibt, denn er zeigt deutlich, wo Verbesserungsbedarfe sind. Wir wollen, dass er regelmäßig fortgeschrieben und auf die städtischen Töchter ausgeweitet wird. Die Stadt soll durchgängig gendergerechte Sprache in allen Veröffentlichungen und Formularen verwenden. Außerdem soll die Stadt sich gemeinsam mit weiteren Akteur*innen mit einer Sensibilisierungskampagne gegen Geschlechterstereotype einsetzen und Genderkompetenz fördern.

Gerechte Teilhabe für alle Geschlechter!

Frauen verdienen in Niedersachsen immer noch 19 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Weiterhin besetzen Frauen bei gleicher Qualifikation weniger Führungspositionen – sowohl in der Wirtschaft als auch in der Verwaltung. Frauen sind häufiger prekär beschäftigt als ihre männlichen Kollegen. Im Bereich „Elternzeit“ oder „Sorgearbeit“ sind sie überdurchschnittlich vertreten. Die Corona-Pandemie hat die ungerechte Mehrfachbelastung von Frauen noch einmal sehr deutlich gemacht und die Probleme verstärkt. Diese ungleichen Verhältnisse haben langfristige Auswirkungen: Wegen schlechterer Bezahlung, prekärer Beschäftigungsverhältnisse oder der Übernahme von Sorgearbeit bekommen Frauen 46 Prozent weniger Rente als Männer. Wir setzen uns vor diesem Hintergrund für eine gerechte Arbeitsmarktpolitik ein, um Einkommensunterschiede und weitere Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu beseitigen.

Frauen steht ein gleichberechtigter Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung zu. Eine geschlechtergerechte Personalentwicklung und eine dahingehende Sensibilisierung sind uns deshalb sehr wichtig. Die Stadt soll flexible Arbeitszeitmodelle und Job-Sharing ausweiten. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für Frauen und Männer – verbessern. In Osnabrück ist in den letzten Jahren bereits viel erreicht worden und trotzdem ist es für berufstätige Frauen oft noch ungleich schwerer, Familie, Beruf und Ehrenamt zu vereinbaren. Die Arbeitsmarktpolitik und die Fort- und Weiterbildungsprogramme müssen weiter ausgebaut werden. Auf die Ressourcen und Qualifikationen von Frauen können und wollen wir nicht verzichten.

Für eine gute Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf

Wir betrachten eine gute Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf als wichtigen Standortfaktor und Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft. Mehr und bessere Betreuungsangebote sind hier nur ein Baustein. Auch wenn Menschen Angehörige pflegen, geraten sie im Berufsleben zusätzlich unter Druck. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Arbeitsplätze familienfreundlicher gestaltet werden, beispielsweise durch angepasste Arbeitszeiten und flexible Anwesenheitsmodelle. Die Stadt als Arbeitgeberin muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Auch bei Unternehmen soll die Stadt weiter für Familienfreundlichkeit werben und sie dabei unterstützen, moderne Arbeitsmodelle umzusetzen.

Frauen aktiv vor Gewalt schützen

Durch die aktive Frauenbewegung seit den 1980er Jahren sind in Osnabrück viele Projekte entstanden, die für den Schutz von Frauen von unschätzbarem Wert sind. Die finanzielle Unterstützung und personelle Ausstattung von Frauenberatungsstelle, Frauennotruf und Frauenhaus muss durch langfristige Verträge gesichert und ausgebaut werden. Die Sicherheit von Frauen muss auch in Zeiten knapper Kassen gewährleistet sein. Wir zeigen Null-Toleranz bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Wir werden Projekte und Programme unterstützen, die bereits in Kitas und Schulen ansetzen. Je früher Prävention einsetzt, umso wirksamer ist sie. Gewaltschutz und Gewaltprävention sind für eine frauenfreundliche, geschlechtergerechte und sichere Stadt wichtig. Auch hier hat die Corona-Pandemie die Situation für Frauen verschlechtert. Auf unsere Initiative hat der Rat einstimmig beschlossen, die Maßnahmen zur Prävention und Intervention zu verbessern, um damit zur Vermeidung von Gewalt gegen Frauen beizutragen.

Das Osnabrücker Frauenhaus muss regelmäßig Frauen abweisen. Gerade für Frauen mit Kindern sind wohnortnahe Frauenhausplätze wichtig, damit die Kinder weiter in die gewohnte Schule oder Kita gehen können, wenn die Situation dies zulässt. Es ist gut, dass im Landkreis ein neues Frauenhaus entsteht und dass die Kooperation mit dem Landkreis funktioniert. Nichtsdestotrotz setzen wir uns dafür ein, dass auch in der Stadt Osnabrück die Kapazitäten ausgebaut werden. Aufgrund der fehlenden Frauenhausplätze und des Bedarfs niedrigschwelliger Soforthilfe sollte zudem geprüft werden, ob auch in Osnabrück ein 24/7 Frauenhaus gegründet werden kann, in dem bedrohte Frauen und Kinder sofort aufgenommen werden und bis zu vier Tage verweilen können bis ein Frauenhausplatz gefunden wurde. In diesem Zusammenhang fordern wir die Landesregierung auf, das niedersächsische Ampelsystem zu modifizieren und auch für die nicht vom Land geförderten Frauenhäuser zu öffnen.

Wir setzen uns für eine*n lokale*n Beauftragte*n für die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Diese Person soll den Ist-Zustand der Unterstützungs-, Beratungs- und Schutzeinrichtungen hinsichtlich aller Formen von Gewalt gegen Frauen erfassen, Bedarfe aufzeigen und Vorbereitungen zu kommunalen flächendeckenden Präventionsmaßnahmen vorschlagen.

19. Queeres Osnabrück

Wir werden uns auch weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass Lesben, Schwule, Transgender, Hetero-, Bi- und Intersexuelle in der Stadt Osnabrück als vollständig gleichwertig akzeptiert werden und sichtbar sind. Dies betrifft die Stadt als Arbeitgeberin, als Dienstleisterin und auch die gesamte Osnabrücker Zivilgesellschaft. In allen Belangen der Stadt – in der Jugendarbeit, in der Schule, in der Kultur, im Gesundheits- und Sozialwesen bis hin zu Bildung und Sport sowie bei der Anerkennung von Asylbewerber*innen und Migrant*innen – sollen queere Lebensweisen Berücksichtigung finden.

Osnabrück darf keine Diskriminierung zulassen

Die von uns initiierte und durchgesetzte Arbeitsgemeinschaft „Lesben- und Schwulenpolitik“ der Stadt Osnabrück (AG LuSchP) hat in zahlreichen Politikfeldern Fortschritte erreicht. Es gilt auch

weiterhin, die Antidiskriminierungsmaßnahmen umzusetzen, welche in der im Jahr 2002 verabschiedeten Dokumentation der AG vorgeschlagen wurden. Wir werden uns dafür starkmachen, dass die Stadt Osnabrück als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion hinsichtlich eines gleichberechtigten und offenen Umgangs mit ihren queeren Mitarbeiter*innen übernimmt.

Diskriminierung von queer lebenden Menschen ist auch mit religiösen Überzeugungen nicht zu rechtfertigen. Wir fordern daher die religiösen Einrichtungen unserer Stadt auf, bestehende diskriminierende Haltungen und Handlungen zu überdenken und diese einzustellen. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie zur strafrechtlichen Verfolgung von Homosexuellen sollen Teil der Osnabrücker Geschichtskultur werden.

Beratungs- und Projektarbeit ausbauen

Bei der Stadt soll künftig eine Ansprechperson für queere Belange zur Verfügung stehen. Außerdem soll das schwul-lesbische Kulturfestival „Gay in May“ weiter gefördert und durch Marketingaktionen der Stadt aktiv beworben werden. Für LGBTIQ*-Projekte, deren Selbsthilfeeinrichtungen und Initiativen wollen wir eine Unterstützung erreichen, die im städtischen Haushalt transparent wird und für freie Träger und Selbsthilfegruppen Planungssicherheit bringt. Anti-Gewalt-Projekte und die Aufklärungsarbeit in Schulen, wie zum Beispiel durch SCHLAU Osnabrück, und Jugendeinrichtungen müssen weiterhin gefördert und langfristig gesichert werden. Bei städtisch bezuschussten Frauenprojekten und allen städtischen sowie städtisch geförderten Beratungsstellen soll die Situation von Lesben mehr Berücksichtigung finden. Besonders junge Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender benötigen angemessene Angebote von Jugend- und Familienberatungsstellen. Da Lesben und Schwule im Alter in Senioren- und Pflegeheimen oft auf Unverständnis oder Ignoranz stoßen, halten wir eine Sensibilisierung des Pflegepersonals durch gezielte Schulungen und eine an Vielfalt orientierte Personalentwicklung für wichtig.

C. Stadt der Lebensqualität: Kultur, Frieden und Sport

Unser Ziel ist ein lebenswertes Osnabrück, das Teilhabe für alle ermöglicht. Dafür schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen, die für uns auch die zentralen Bereiche von Kultur und Sport umfassen. Wir wollen unsere Friedensstadt bewegen und sie zur Kultur- und Sportstadt machen.

20. Kultur schafft Lebensqualität für Osnabrück

Eine lebendige und vielfältige Kulturszene ist ein zentraler Schlüssel für die Lebensqualität und für eine positive Entwicklung unserer Stadt. Freie Kultur und Kunst sind eine Grundlage für Demokratie und friedliches Zusammenleben und prägen den weltoffenen Charakter Osnabrücks. Ihr Beitrag für die Lebensqualität in Osnabrück ist kaum zu überschätzen. Das führt uns die Corona-Krise schmerzhaft vor Augen. Mit Kunst und Kultur ist das Leben schöner. Sie ermöglichen Identifikation mit der Stadt, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind Teil der Daseinsvorsorge. Sie geben Denk- und Debattenanstöße, lassen uns staunen und manchmal zweifeln, sind Ausdruck und Anlass individueller und gesellschaftlicher Überlegungen, persönlichen und kollektiven Erkenntnisgewinns und Entwicklung. Sie helfen dabei, Unternehmen, Fachkräfte und Studierende an unsere Stadt zu binden, fördern die Außenwirkung und den Tourismus. Kunst und Kultur sind außerdem eine ausgesprochen beschäftigungswirksame Branche und die vor Corona boomende Kreativwirtschaft ist ein wachsender ökonomischer Faktor. Es gibt also viele gute Gründe, kommunale Mittel für Kulturförderung auszugeben – nicht zuletzt als wichtiger Faktor für die Attraktivität und Nutzungsmischung unserer Innenstadt, damit Osnabrück auch in zehn Jahren noch eine lebendige und attraktive Stadt ist, in der Kunst und Kultur entstehen.

Seit Mitte März 2020 haben Corona und die Maßnahmen, mit denen die Verbreitung der Pandemie eingedämmt werden sollte, das kulturelle Leben auch in Osnabrück fast zum Erliegen gebracht. Wie wichtig Kunst und Kultur als Erlebnis-, Begegnungs- und Diskussionsraum für unsere Stadt sind, mussten wir schmerzhaft erleben. Die Schwächen des Kulturbetriebs, insbesondere für die Beschäftigten, sind im letzten Jahr deutlich geworden. Wir treten dafür ein, dass das kulturelle Angebot keinen dauerhaften Schaden nimmt, sondern schnellstmöglich und nachhaltig Osnabrück wieder belebt. Der Rat hat auf unsere Initiative die Projektmittel massiv ausgeweitet, um die freie Szene bestmöglich kommunal zu unterstützen. Vermutlich werden viele Kulturträger*innen in den kommenden Monaten noch mit geringeren Besucher*innenzahlen zu kämpfen haben. Dies muss die Stadt bei ihrer Förderpolitik berücksichtigen.

Vielfalt weiter stärken

Die kulturelle Vielfalt mit hoher Qualität ist eine Stärke Osnabrücks. Wir setzen uns deshalb weiter dafür ein, freie Kulturträger*innen in der Krise zu unterstützen und ihren Fortbestand zu sichern. Eine Reduzierung dieser Vielfalt lehnen wir ab. Im Gegenteil: Wir müssen es noch mehr Menschen ermöglichen und sie ermutigen, sich am kulturellen Leben zu beteiligen.

Wir brauchen starke und offene kommunale Kultureinrichtungen: Theater, Musik- und Kunstschule, Stadtbibliothek, die Kunsthalle und Museen. Genauso wichtig sind die zahlreichen freien Kulturträger, die maßgeblich zum herausragenden Kulturangebot unserer Stadt beitragen:

Institutionen wie Lagerhalle und Piesberger Gesellschaftshaus, Festivals wie European Media Art Festival (EMAF), Morgenlandfestival oder Unabhängiges Filmfest, freie Theater, zahllose Projekte, Initiativen und Vereine. Aufgabe der Stadt ist es, ihre finanzielle Grundlage zu sichern und ihnen Planungssicherheit zu geben. Wir sehen die Aufgabe von Politik und Verwaltung darin, Kultur und kulturelle Projekte zu ermöglichen und nicht zu erschweren. Wir stehen dabei für einen partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe. Ein wichtiger Faktor für die Belebung der Innenstadt kann die Neuaufstellung der Stadtbibliothek zu einem sogenannten „Dritten Ort“ sein, wie es Bibliotheken in vielen Städten in Skandinavien und den Niederlanden bereits sind. Solche inklusiven Kultur- und Bildungseinrichtungen sind den Bürger*innen als Open Library immer zugänglich (24/7-Bibliothek); sie sind ein Ort für alle Generationen und Milieus, ermöglichen kulturelle Bildung und Erlebnisse, gewährleisten den freien Zugang zu digitalen Medien, unterstützen das lebenslange selbstorganisierte Lernen und sind Forum für den demokratischen Diskurs der Stadtgesellschaft. Am aktuellen Standort sind die Entwicklungsmöglichkeiten baulich stark begrenzt. Deshalb wollen wir den idealen Ort in der Innenstadt finden, der ein großzügiges Raumprogramm ermöglicht und aus Stadt und Region sehr gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar ist und für die Realisierung Fördermöglichkeiten durch Bundesprogramme prüfen und nutzen.

Für eine mutige Projektförderung und institutionelle Förderung

Institutionelle Förderung ist ein wesentliches Instrument GRÜNER Kulturpolitik. In der aktuellen Ratsperiode konnten wir die Förderung der freien Träger nicht nur erhalten, sondern verbessern. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Es ist uns gelungen, Projektförderungen in institutionelle Förderungen zu verstetigen beziehungsweise umzuwandeln. Weil Kultur auch von Innovation, kurzfristigen Ideen und Aktionen lebt, ist Projektförderung ein wesentliches Standbein der Kulturförderung. Die Mittel für kulturelle Projektförderung haben wir in den letzten Jahren erheblich steigern können. Die im Zuge der Corona-Pandemie erhöhten Projektmittel haben in besonderer Weise gezeigt, welche Kraft und Kreativität die Osnabrücker Kulturszene hat. Die Zusammenarbeit mit Stiftungen begrüßen wir ausdrücklich und setzen uns für eine Verstetigung ein. Projektförderung darf und muss dabei mutig sein. Sie eröffnet Spiel- und Möglichkeitsräume und Projekte müssen auch scheitern dürfen. So bleiben Kultur und Kulturpolitik offen für Veränderungen, neue Akteur*innen und neue Kunstformen. Wir werden die gezielte Förderung regionaler Künstler*innen prüfen, damit sich in Osnabrück eine auch überregional attraktive und innovative Qualitätsszene entwickeln kann. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung soll die Kulturverwaltung mit Projektberatung gerade wenig erfahrenen Antragssteller*innen ermutigend und beratend zur Seite stehen. Wir wollen, dass Osnabrücker*innen Raum und Möglichkeiten haben, selbst Kunst zu schaffen und kreativ zu werden.

Teilhabe, Offenheit und Partizipation verbessern

Städte sind Orte, die schon immer vom Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen finanziellen und sozialen Situationen wie auch von Einwanderung geprägt sind: Ohne Migration keine Stadt. Kultur bringt Menschen zusammen. Dafür ist es notwendig, unterschiedliche Menschen aus verschiedenen Milieus und Generationen, Traditionsoosnabrücker*innen und Zugezogene für kulturelle Angebote zu begeistern. Einen wichtigen Beitrag leisten offene Angebote, wie die Kulturnacht, Straßenkultur oder das Sommerkulturprogramm. Wir

unterstützen die städtischen Kulturinstitutionen auf ihrem Weg der Öffnung für die kulturellen Interessen neuer Generationen, vielfältigen Perspektiven und Kulturen. Alle Osnabrück*innen haben ein Recht darauf, sich sowohl in den kulturellen Angeboten der Stadt als auch in der Kulturförderung wiederzufinden. Wichtig ist es, auch die Repräsentanz im öffentlichen Raum zu erhöhen – etwa bei Straßenbenennungen.

Indem Kunst und Kultur Begegnungen mit Unerwartetem und Unbekanntem schaffen, brechen sie alte Denkmuster auf und fördern die Lust, Neues zu entdecken. Sie tragen dazu bei, Vorurteile abzubauen oder Differenzen auszuhalten und mit ihnen umzugehen. Die Erfahrungen und Perspektiven aller in Osnabrück lebenden Menschen kulturell zu verarbeiten, gehört zu unserem Kulturverständnis: Kultur bedeutet Auseinandersetzung mit der Welt und mit der Lebensrealität. Die Diversität der Stadtgesellschaft ist eine Chance für kulturelle Vielfalt und den Dialog. Wir setzen uns dafür ein, dass Kunst und Kultur für alle zugänglich sind und Denkanstöße und Debatten befördern. Mit dieser Zielrichtung wollen wir die kulturelle Infrastruktur stärken, sie ausbauen und öffnen. Wir haben die Stärkung der Kunsthalle und des Museumsquartiers befördert und die institutionelle Förderung vom Kunstraum hase29 und der skulptur-galerie Osnabrück unterstützt. Die Kunsthalle Osnabrück und die freien Kunstinstitutionen und -initiativen wie auch Aktivitäten von Künstler*innen bauen wir weiter aus.

Kulturelle Teilhabe muss auch für die weniger mobilen Gruppen der Bevölkerung möglich sein. Die in der Corona-Pandemie entwickelten Projekte und die erworbenen digitalen Erfahrungen und Fähigkeiten sind dafür eine gute Basis. Die vorhandenen Ansätze zur Entwicklung digitaler Kulturangebote unterstützen wir.

Kulturelle Teilhabe muss bezahlbar sein. Mit der Einführung der Kunst-und-Kultur-Unterstützungskarte (KUKUK) hat Osnabrück ein erfolgreiches Instrument, das dank großen bürgerschaftlichen Engagements die Teilhabechancen auf Kultur deutlich erhöht. Zahlreiche Kulturveranstaltungen können für 1 Euro besucht werden und die Karte bietet die Möglichkeit zu ermäßigten Gebühren zum Beispiel in Malworkshops, Chören oder Tanzkursen aktiv zu werden. Wir werden die wichtige Arbeit des Vereins „Kultur für Alle Osnabrück“ (KAOS e.V.) durch einen institutionellen Zuschuss absichern. Kultureinrichtungen der Stadt Osnabrück stehen besonders in der Verpflichtung, sozialverträgliche Angebote für die Bürger*innen zu machen. Freier Eintritt in den Museen für Kinder und Jugendliche, das Kultursemesterticket und andere Aktionen werden von uns unterstützt.

Kultur stärkt Kinder und Jugendliche

Kulturelle Bildung leistet einen Beitrag dazu, dass Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürger*innen werden. Daher sichern wir die Zukunft der breit gefächerten Angebote von Musik- und Kunstschule, Stadtbibliothek, Kinder- und Jugendtheater OSKAR, der Theaterpädagogik, Museumspädagogik oder der zahlreichen Angebote in freier Trägerschaft wie den Jugendkulturtagen. Kooperationen von freier Kulturszene, Jugendarbeit, Hochschulen und städtischen Institutionen begrüßen wir ausdrücklich. Kinder- und Jugendtheater ist für uns ein dauerhaft notwendiger Bestandteil des Theaterangebots. Deshalb schaffen wir einen eigenen Projektetat für Kinder- und Jugendkultur. Wir legen Wert auf die Vernetzung von Kultur und Schule, beispielsweise im Ganzttag, im fächerübergreifenden Unterricht, in Projekten des

interkulturellen Lernens und mit Angeboten des Museumsquartiers, des Theaters und der Musikschule. Die Kulturverwaltung muss diese Vernetzungsarbeit unterstützen.

Kunst im öffentlichen Raum fördern

Kunst im öffentlichen Raum bietet Gelegenheiten zu Erlebnissen und Auseinandersetzung mit Kunst ohne Zugangsschwellen, Kunst, die man zum Beispiel bei Spaziergängen im Vorbeigehen erleben kann, die den öffentlichen Raum spannender und interessanter macht. Den Bereich „Kunst im öffentlichen Raum“ werden wir mit mehr Ressourcen ausstatten. „Kunst im öffentlichen Raum“ lebt heute mehr denn je von temporären Projekten und Kunstaktionen, die ein soziales Moment haben, manchmal identitätsstiftend sind und Diskussionen anregen. Diesen Bereich wollen wir stärken und ausbauen. Im Zuge des innerstädtischen Wandels und der Steigerung der Attraktivität von Stadtteilen schafft „Kunst im öffentlichen Raum“ belebende Komponenten, stärkt die Lebensqualität und eine Auseinandersetzung mit dem urbanen Raum.

Kreative Stadtentwicklung – mehr Raum für Kultur

Vor Corona ist der öffentliche Raum mehr und mehr zu einem Ort geworden, an dem Leben und Kultur stattfindet. Uns ist wichtig, dass der Stadtraum allen Menschen zur Verfügung steht – auch ohne an Konsum gebunden zu sein. Bei der künftigen Gestaltung öffentlicher Räume werden wir noch stärker berücksichtigen, wie Potenziale für die kulturelle Nutzung und Aneignung geschaffen werden können. Kunstwerke, historische Gebäude und Orte werden wir digital und analog sichtbar machen.

Wir erhalten oder schaffen Freiräume für kulturelle Aktivitäten, damit Kultur und die Künste ihren entscheidenden Beitrag zu einer hohen Lebensqualität sowie zu Austausch und Zusammenleben in unserer Stadt leisten können. Der hohe kommerzielle Verwertungsdruck auf Flächen und Gebäude in der Stadt konkurriert mit dem Raumanspruch von Künstler*innen und der Notwendigkeit, in urbanen Freiräumen Neues auszuprobieren und kreativ zu sein. Das ist eine wichtige Triebkraft für künstlerische und gesellschaftliche Entwicklung. Das Kreativquartier am Hafen mit Lautem und Leisem Speicher, dem KAFF und weiteren Entwicklungsmöglichkeiten, ist ein wichtiges Standbein für die kreative und künstlerische Szene der Stadt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch im neuen Lok-Viertel und an anderen Stellen in der Stadt solche Freiräume entstehen. Eine „Agentur für kreative Zwischennutzung“ soll zwischen Raum suchenden Kreativen und Künstler*innen und befristet zur Verfügung stehenden Räumen vermitteln. Wir brauchen einen Masterplan Kultur- und Kreativwirtschaft, der die Raumsituation bewertet und konkrete Schritte zur Verbesserung des Raumangebots und der Entfaltungsmöglichkeiten für Kreative und Kulturschaffende aufzeigt.

Leben statt Leerstand: Neue Orte erobern

Schon vor der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass unsere Innenstädte sich wandeln werden und müssen. Die bislang überragende Bedeutung des Handels wird zurückgehen und ein hilfeschender Blick geht in Richtung der Kulturschaffenden und Kreativen. Gesucht wird nach den Potenzialen und Impulsen, das Beste aus der aktuell schwierigen Situation mitzunehmen. Es geht nicht nur um Alternativen, sondern um kreative Innovationen. Es geht nicht um

Unterhaltung beim Shopping-Erlebnis, sondern um die Förderung kreativen Unternehmertums. Bei der Neugestaltung der Osnabrücker City sind Bereitschaft und Mut gefragt, Dinge anders anzugehen und wirklich Neues zuzulassen. Wir fordern die Offenheit, Entwicklungsprozessen einen Raum zu geben, deren Ergebnis nicht kalkulierbar ist. Das gilt für Citymarketing und Stadtverwaltung genauso wie für Immobilieneigentümer*innen. Welche Rahmenbedingungen müssen wir schaffen und finanzieren, damit kreative Innovationen ermöglicht werden? Das auf unsere Initiative beschlossene Programm „Ab in die Mitte – Anreize für eine lebendige Innenstadt“ versetzt uns in die Lage, nach Antworten zu suchen und innovative Förderanträge für Landes- und Bundesprogramme zu erarbeiten. Die Osnabrücker Kultur- und Kreativszene muss hier auf Augenhöhe eingebunden werden. Ein wichtiger Faktor für die Belebung der Innenstadt kann die Weiterentwicklung der Stadtbibliothek zu einem sogenannten „Dritten Ort“ sein. Weil am aktuellen Standort die Entwicklungsmöglichkeiten baulich stark begrenzt sind, wollen wir den idealen Ort in der Innenstadt finden und Fördermöglichkeiten durch Bundesprogramme nutzen.

Kultur gehört nicht nur ins Zentrum, sondern auch in die Stadtteile und Quartiere. Wir stärken deshalb kulturelle Angebote und Initiativen in den Stadtteilen. Dadurch schaffen wir Orte der Begegnung, des gemeinsamen Erlebens und der Diskussion, die „Dritten Orte“. Die vorhandenen – auch räumlichen – Möglichkeiten von Vereinen, Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften sowie städtischen und privaten Einrichtungen können in diesem Sinne zusammengedacht und geöffnet werden.

Osnabrück auf dem Weg zur Musikstadt unterstützen

Osnabrück ist in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu einer Musikstadt geworden. Die Osnabrücker Bluesszene gehört schon seit Jahrzehnten zu den besten der Republik. Nicht zuletzt dank der Hochschulen leben und arbeiten immer mehr junge, hervorragend ausgebildete Musiker*innen und andere Nachwuchskünstler*innen in der Stadt. Das Morgenland Festival ist ein international beachtetes Musikereignis. Beim „Popsalon“ treten immer wieder junge Musiker*innen und Bands auf, die zum großen Karrieresprung ansetzen. Die Osnabrücker Musikszene verdient in der Breite und Spitze Anerkennung und Unterstützung. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Arbeitsmöglichkeiten wie bezahlbare Proberäume und Auftrittsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und dass Vernetzung, beispielsweise durch das Musikbüro Osnabrück, gefördert wird.

Nachts ist Kultur besonders bunt

Seit April 2021 hat Osnabrück als eine von wenigen Städten einen Nachtbürgermeister. Mit dieser Stelle steigen die Möglichkeiten, die Nachtkultur zu stärken und weiterzuentwickeln. Eine lebendige und attraktive Uni-Stadt braucht eine breite Club- und Konzertszene. Stadt und Wirtschaftsförderung müssen Clubbetreiber*innen bei der Standortsuche und -entwicklung helfen. Wo Zwischennutzungen wegfallen, braucht es gemeinsame Anstrengungen, um die attraktiven Clubs an anderer Stelle wieder öffnen zu können. Die private, kommerzielle Kultur- und Veranstaltungsszene bereichert das städtische Leben enorm. Mit ihrem Live-Entertainment-Angebot sorgt sie für Spaß, Unterhaltung und die gemeinsamen Erlebnisse, die wir alle in der Corona-Zeit so schmerzlich vermisst haben. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Open-Air-

Angebote möglich sind. Wir haben dafür gesorgt, dass „Marketing Osnabrück“ als wirkliche Stadtmarketingorganisation in der Lage ist, ein überregionales Kulturmarketing zu machen. Osnabrück hat viel zu bieten. Das sollten wir nicht verheimlichen und vor allem die digitale Kommunikation hierzu deutlich verbessern. Die OsnabrückHalle hat sich nach der Sanierung und vor der coronabedingten Schließung hervorragend entwickelt. Der Betrieb einer solchen Halle bleibt ein Zuschussgeschäft, aber Tagungen, Kongresse, Messen und attraktive Veranstaltungen bringen Umwegrendite und Aufmerksamkeit für den Standort Osnabrück. Die Vernetzung der OsnabrückHalle mit den Hochschulen, Verbänden, Institutionen und der Wirtschaft und entsprechende Serviceangebote für die Organisation von Veranstaltungen unterstützen wir ausdrücklich. Wir fordern alle Osnabrücker Veranstaltungsstätten und Veranstalter*innen auf, eine nachhaltige Veranstaltungswirtschaft konsequent zu verfolgen. Städtische Institutionen müssen dafür Vorbild und Innovationsmotor sein.

Auf der Höhe der Zeit: Die Neugestaltung der Museen vorantreiben

Damit die städtischen Museen zukünftig stärker als dialogischer Ort wahrgenommen werden, müssen sie immer wieder die Debatten und Themen aus der Gesellschaft aufgreifen oder anstoßen. Wir wollen, dass Osnabrücks Geschichte hier aus verschiedenen Perspektiven immer wieder neu erzählt, diskutiert und ausgestellt wird. Außerdem soll die Stadtgeschichte auch im Stadtbild und im Internet stärker präsent sein. Ergänzend zu den virtuellen Angeboten zum Projekt „Stolpersteine“ und Orten des Nationalsozialismus, wollen wir Orte des Westfälischen Friedens digital sichtbar machen. Wir möchten eine sichtbare Verknüpfung zwischen dem Museumsareal, der Kunsthalle und weiteren Kulturorten im Heger-Tor-Viertel im Rahmen der Neupflasterung schaffen. Die Villa Schlikker soll zu einem Lernort zum Nationalsozialismus entwickelt werden, in dem die historische Person Calmeyer thematisiert wird. Die Friedensstadt Osnabrück muss auch ihre eigene Verantwortung und die Schuld der Osnabrücker Bevölkerung an den Verbrechen der NS-Zeit thematisieren. Die Villa Schlikker muss ein Haus werden, in dem Osnabrücker*innen und Gäste etwas über (ihre) Geschichte für heute lernen können und das die Gefühle von Opfern und ihren Angehörigen nicht verletzt. Dabei stehen wir hinter dem wissenschaftlichen Beirat und werden darauf drängen, seine Empfehlungen umzusetzen. Einer Benennung nach Calmeyer stehen wir daher kritisch gegenüber.

Kultur nachhaltig finanzieren

Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen wollen wir eine vielfältige kulturelle Infrastruktur und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Angeboten der institutionalisierten Kulturträger*innen und der freien Szene erhalten. Dafür muss der Anteil des Kulturetats am städtischen Gesamthaushalt mindestens beibehalten werden. Durch eine solide und verlässliche Förderpraxis ist es uns gelungen, die wertvolle Arbeit der Kulturinstitutionen und -initiativen für Osnabrück zu sichern. Wir stehen dafür, dass auch zukünftig mindestens Dreijahresverträge mit den freien Kulturträgern mit automatischer Verlängerung sowie die Anpassung der Zuschüsse an Tarifverträge Standard bleiben.

Wir werden den Investitionsstau bei den Kultureinrichtungen weiter angehen. Die Erneuerungen der Dauerausstellungen am Schölerberg und in der Stadtgeschichte sind wichtige Weichenstellungen. Für die kommende Ratsperiode steht die Sicherung der Finanzierung der

Theatersanierung ganz oben auf der Agenda. Ohne massive Zuschüsse von Bund und Land wird dies kaum gelingen. Doch Investitionen sind auch in andere Kulturinstitutionen der Stadt notwendig – auch unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes.

Wir fordern, dass sich das Land Niedersachsen stärker an der Finanzierung der Städtischen Bühnen und der Osnabrücker Museen beteiligt. Die seit Jahrzehnten bestehende Ungleichbehandlung mit den Staatstheatern und Landesmuseen in Hannover, Oldenburg und Braunschweig muss endlich schrittweise abgemildert werden. Eine Übertragung von Kulturangeboten an die Wirtschaft lehnen wir ab, wenn sie gesellschaftlich relevante oder experimentelle Kulturangebote einschränkt oder diese nicht nachhaltig sichert. Wir sind der Meinung, dass der Landkreis in der Verantwortung steht, sich mehr als bislang an der Finanzierung von Kulturangeboten zu beteiligen – gerade an solchen, die auch zu einem erheblichen Teil von Bewohner*innen des Landkreises genutzt werden.

21. Mehr als eine Marke – „Friedensstadt“ leben

„Friedensstadt“ ist und bleibt das Markenzeichen Osnabrücks. Diese Selbstbezeichnung ist eine Verpflichtung, deren Bedeutung angesichts der weltweiten Konflikte, zunehmender Fluchtbewegungen, Kämpfe um knappe Ressourcen und Hass, Intoleranz und Rassismus im Inneren steigt. Wir treten dafür ein, dass die Folgen von Klima- und Ernährungskrise, Globalisierung und Finanzkrise stärker ins Zentrum der kommunalen friedenspolitischen Debatte gerückt werden. Internationale Gerechtigkeit und Solidarität sind zugleich moralische Verantwortung und in unserem Interesse. Wir wollen, dass Osnabrück sich weiter in konkreten Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit engagiert und bürgerschaftliches Engagement in diesen Bereichen unterstützt. Zudem sollen Foren geschaffen werden, in denen aktuelle Konflikte in der Welt und in unserer Gesellschaft diskutiert werden. Dazu können Kulturinstitutionen und freie Kulturszene einen wesentlichen Beitrag leisten. Die Abschaffung des Afrika-Festivals war ein Fehler. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses erfolgreiche Festival mit dem anderen Blick auf den Nachbarkontinent Europas auf der Höhe der Zeit wieder stattfindet. Für uns ist kulturelle Verständigung ein Schlüssel für den Zusammenhalt in Deutschland und Europa. Die wertvollen Aktivitäten mit Partner- und Freundschaftsstädten, unterstützt durch den bundesweit einmaligen Austausch von Städtebotschafter*innen, haben zu einem Netz von Freundschaften vieler Osnabrücker*innen mit anderen Städten und deren Bürger*innen geführt. Auch weltweit kann Kultur über den Dialog der Kulturen Zugänge und Kontakte eröffnen, um Blicke zu verändern und Konflikte zu überwinden. Das Morgenland-Festival Osnabrück ist dafür ein beispielgebendes Projekt.

Botschaft: Frieden!

Die zentrale Botschaft des Westfälischen Friedens von 1648 lautet: Frieden ist möglich und Verhandlungen immer die bessere Alternative zu Krieg. Diese Botschaft sollte die Osnabrücker Friedenskulturpolitik noch deutlicher vermitteln. Dafür wollen wir die Potenziale der zahlreichen und wichtigen Forschungs- und Kultureinrichtungen und Veranstaltungen verstärkt nutzen. Das Rathaus mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel soll diese Botschaft als öffentlicher und lebendiger Ort des Westfälischen Friedens für junge und weniger junge, für alteingesessene und neue Osnabrücker*innen sowie für Tourist*innen gemeinsam mit den

Museen noch deutlicher vermitteln. 2023 feiern wir zusammen das Jubiläum „375 Jahre Westfälischer Friede“. Dieses darf nicht zum reinen Stadtmarketing-Event werden, sondern muss zur kritischen Auseinandersetzung mit der „Friedensstadt“ anregen. Hier legen wir die Basis für die friedenskulturelle Arbeit der Stadt in den nächsten Jahren. Osnabrücker Künstler*innen, Kulturträger und die herausragenden Festivals wie Morgenland Festival, European Media Art Festival oder Unabhängiges Filmfest werden spannende Zugänge zum Thema finden, wenn wir ihnen ausreichende Ressourcen zur Verfügung stellen.

In Zeiten, in denen rassistische und menschenfeindliche Parolen, Gedanken und Taten bundesweit zunehmen, ist es für die Friedensstadt moralische Verpflichtung, diesen weiterhin energisch entgegenzutreten. Wir sind mehr und wir stehen zusammen für ein weltoffenes, respektvolles und friedliches Osnabrück. Stolpersteine, die Auseinandersetzung mit dem Leben Nussbaums, Remarques oder Calmeyers, die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht oder die Gedenkveranstaltungen zur Reichspogromnacht und zum 27. Januar sowie die Internationalen Wochen gegen Rassismus sind wichtig, um aktuelle und vergangene gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen. Das Büro für Friedenskultur hat eine wichtige Service- und Schnittstellenfunktion zur Koordinierung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Kontext der kommunalen Friedensarbeit. Die Botschaft des Westfälischen Friedens mit seinem europäischen Gedanken ist aktueller denn je. Wir werden ihn in der Stadt erlebbar und lebendig halten.

22. Aktiv und gesund sein: Sport und Bewegung fördern

Sport macht Spaß und ist gesund. Er fördert die sozialen Kontakte, unterstützt die Integration und Inklusion, fördert den Fairnessgedanken, schafft Erfolgserlebnisse und hilft, auch mit Misserfolgen umzugehen. Mit einer gezielten Sportförderung wollen wir deshalb allen Bevölkerungsgruppen ermöglichen, sportlich aktiv zu sein. Egal ob im Verein oder im Freundeskreis, ob auf dem Sportplatz oder im Park, ob etablierte Mannschaftssportart oder aktueller Trendsport. Wir fordern die Erstellung eines aktuellen und flexiblen Sportentwicklungsplans mit Fachleuten aus unterschiedlichen Disziplinen, der all diese Aspekte aufgreift und eine Leitlinie für Investitionen und Maßnahmen bietet. Die städtische Sportförderung muss immer wieder bewertet und an neuen Entwicklungen ausgerichtet werden. Ökologische und soziale Aspekte müssen einfließen.

Sportstätten vor Ort nachhaltig sanieren

Trotz knapper Finanzen ist uns der Erhalt der guten Infrastruktur durch gezielten Aus- und Umbau sowie Sanierung von Sportanlagen wichtig. Eine transparente Prioritätensetzung ist dabei unerlässlich. Die Beachtung von ökologischen und klimaschützenden Aspekten gilt auch für Neubau oder Sanierung von Sportstätten, zum Beispiel Sporthallen im Passivhausbau und Kunstrasen ohne massenhafte Freisetzung von Mikroplastik. Die Sportanlagen gehören in die Stadtteile und Quartiere. Dadurch werden lange Anfahrtswege vermieden und auch Kinder können selbstständig zum Training kommen. Deshalb setzen wir uns beispielsweise für den Erhalt der Sportanlage des TuS Haste am bestehenden Standort ein. Sollte dies nicht gelingen, müssen stadtteilnahe Flächen geprüft werden. Im südlichen Teil der ehemaligen Kaserne am Limberg gibt es ein enormes Potenzial für neue Freizeit- und Sportflächen. Hier wäre ein

geeigneter Standort für ein Trainingszentrum des VfL Osnabrück gewesen. Nach der mehrheitlichen Entscheidung für die wesentlich problematischeren Flächen in der Gartlage, haben wir für die Flächen am Limberg einen eigenen Entwicklungsplan gefordert. Dieser darf sich nicht nur an den Interessen der Vereine orientieren, sondern muss alle Varianten sportlicher Betätigung in den Blick nehmen. Die Sportanlage des VfB Schinkel „Am Zuschlag“ muss in die Planung einbezogen werden. Lösungen für die dringend sanierungsbedürftigen Sportflächen und Funktionsgebäude müssen zeitnah entwickelt und umgesetzt werden.

Grundsätzlich müssen Wege gefunden werden, damit Sportstätten außerhalb des Schulsports, der Trainingszeiten und des Spielbetriebs der Vereine auch für nicht vereinsgebundene Aktivitäten offengehalten werden. Insbesondere Kindern und Jugendlichen muss das Kicken und Spielen auf den mit viel öffentlichem Geld hergestellten Kunstrasenplätzen ermöglicht werden. Gegen Vandalismus und Vermüllung können Konzepte entwickelt werden.

Die Stadt hat mit dem Bäderkonzept vor vielen Jahren eine zukunftsorientierte Neuausrichtung der Osnabrücker Bäder vorgenommen. Moskaubad, Schinkelbad und Nettebad sind mit zweistelligen Millionenbeträgen saniert und modernisiert worden. Nur deshalb kann in Osnabrück eine gute Bäderinfrastruktur mit leistbarer öffentlicher Finanzierung sichergestellt werden. Die Preise zur Nutzung der Bäder müssen auch für Geringverdiener*innen bezahlbar bleiben. Ferienpassangebote oder Rabatte mit dem Osnabrück-Pass tragen dazu bei. In den letzten Jahren sind Angebote zum Schwimmenlernen und dafür geeignete Wasserflächen weggebrochen. Dafür muss Ersatz geschaffen werden. Im Osnabrücker Stadtgebiet gibt es nur wenig Seen und keine naturnahe Bademöglichkeit. Wir werden prüfen, ob vorzugsweise im östlichen Stadtgebiet ein ökologisches Naturfreibad angelegt werden kann. Dieses würde das Angebot der Osnabrücker Bäder sinnvoll ergänzen.

Sport verbindet – Vereine als Basis des Breitensports

Die Osnabrücker Sportvereine leisten eine sehr wichtige soziale und gesellschaftliche Arbeit. Osnabrück verfügt über großartige Vereine mit langer Tradition und überwältigendem ehrenamtlichen Engagement. Die Bedeutung von Vereinen wird angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie der demografischen Entwicklung sowie Integration und Inklusion immer wichtiger. Die Angebote der Sportvereine werden sich weiter verändern: aktuelle Fitnesstrends, neue Popularität von Mannschaftssportarten wie American Football, Rugby oder Lacrosse, Nachfrage nach individuellem und zeitlich ungebundenem Sport, Rehasport in allen Lebenslagen und vieles mehr. Um die sozialintegrative Kraft in den Stadtteilen ausüben zu können, muss die Stadt die Vereine dabei unterstützen, Angebote für alle Altersgruppen und die Breite der Bevölkerung machen zu können. Da der Ausbau der Ganztagschulen die Rahmenbedingungen für Vereinssport bei Kindern und Jugendlichen verändert, wollen wir diesen Prozess aktiv gestalten, indem wir Angebote der Vereine mit dem Ganztagsschulangebot verzahnen. Dabei spielen Kooperationen von Vereinen und Schulen eine wichtige Rolle und beide Seiten können profitieren. Auch die ehrenamtliche Tätigkeit der Sportvereine werden wir weiterhin unterstützen. Der Stadtsportbund leistet hier wichtige Unterstützungs- und Koordinationsarbeit. Wir unterstützen das Vorhaben des Stadtsportbundes, zusammen mit dem Kreissportbund eine gemeinsame Sportregion zu bilden.

Wo das Herz schlägt

Die Stadt und die städtischen Beteiligungen haben vor Jahren mit hohem Aufwand sichergestellt, dass beim VfL Osnabrück weiter Profifußball gespielt wird. Seitdem ist die sportliche und wirtschaftliche Entwicklung positiv und der VfL Osnabrück ein Imagefaktor für Stadt und Region. Der VfL Osnabrück ist allerdings, wie alle anderen Mannschaften im Profifußball, ein Wirtschaftsunternehmen, das sich und seinen Spielbetrieb dauerhaft ohne öffentliche Gelder finanzieren muss. Nachwuchsarbeit auf hohem Niveau nützt den talentierten und ehrgeizigen Fußballern der Region. Das muss auch für Fußballerinnen gelten. Eine Verbesserung der Trainingsbedingungen des Nachwuchsleistungszentrums und der Profimannschaft des VfL ist wichtig. Dafür ergeben sich neue Perspektiven an der Illoshöhe. Der geeignete Standort für ein Trainingszentrum des VfL bleibt der Limberg. Weitere attraktive Angebote hätten darum herum angesiedelt werden können. Das Stadion an der Bremer Brücke ist eines der letzten echten Fußballstadien in Deutschland. Für viele Osnabrücker*innen ist es dort, „Wo das Herz schlägt“, auch wenn sie bei schlechtem Wetter nass werden. Wir wenden uns vehement gegen völlig überzogene Forderungskataloge von DFB und DFL. Kein öffentliches Geld für abgehobene Funktionärsvorstellungen von Fußball. Osnabrück braucht kein Standardstadion auf der grünen Wiese, wir brauchen unsere „Brücke“.

Freien Sport fördern

Auch der vereinsungebundene Sport muss gefördert werden. Die Skateranlage an der Liebigstraße wurde saniert, in Großspielplätze und Quartiersspielplätze sind Bolzplätze und Basketballkörbe integriert, Mehrgenerationenspielplätze wurden angelegt, Bolzplätze saniert und Calisthenics Parks wie am Willy-Brandt-Platz werden hervorragend angenommen. Sportgeräte, Tischtennisplatten oder Boulebahnen steigern die Lebensqualität auch in den Quartieren, deshalb bauen wir sie aus. Häufig fehlt noch begleitende Infrastruktur, wie eine Umkleemöglichkeit, Schließfächer oder öffentliche Toiletten. Auf Schulhöfen oder in Parkanlagen können noch viel mehr Angebote geschaffen werden. Auf eine Mehrfachnutzung, zum Beispiel durch Schulen, Vereine und Hobbygruppen, ist zu achten. Wenn etwa der Bolzplatz am Hoffmeyer-Platz immer voll ist, zeigt das, dass wir mehr Angebote brauchen. Bei der Anlage neuer Plätze und der Sanierung von vorhandenen Flächen muss auf die ganzjährige Nutzung geachtet werden. Schlammige und unbespielbare Plätze nutzen niemandem. Eine Universitäts- und Großstadt wie Osnabrück muss Möglichkeiten für eine Bunte Liga bieten. Wir setzen uns dafür ein, nutzbare Plätze für Freizeit-, Hobby- und Thekenmannschaften zu schaffen.

Ein neuer Blick auf Bewegung in der Stadt

Viele Sport- und Bewegungsaktivitäten werden gar nicht auf Sportplätzen, in Turnhallen oder Fitnesscentern ausgeübt, sondern in der freien Natur oder auf der Straße. Die Förderung von Bewegung und sportlicher Aktivität ist eine Querschnittsaufgabe und stellt insbesondere Anforderungen an eine aktivierende Stadtplanung. Ideen des „Active Design“ müssen in die Planung des öffentlichen Raums integriert werden. Unser Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für tägliche körperliche Aktivitäten zu verbessern und Anreize zu schaffen, sich zu bewegen. Das hält gesund und verringert viele Krankheitsrisiken. Eine große Bedeutung kommt dabei der fußgängerfreundlichen Stadt und einem gut ausgebauten und sicheren Radwegenetz zu. Auch

für Gebäude gilt, Möglichkeiten für körperliche Aktivität zu befördern, indem sie beispielsweise gut an das Fuß- und Radwegenetz angeschlossen sind oder auf die Nutzung der Treppe hingewiesen wird. Die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Stehtischen, Duscmöglichkeiten, Fahrradstellplätzen mit Lademöglichkeiten oder anderen zu Bewegung aktivierenden Einrichtungen ist wichtig. Die Stadt Osnabrück muss hier zu einem Vorbild für andere werden. Betriebliche Mobilitätskonzepte spielen eine große Rolle. Die Stadt muss vorangehen und ein beispielgebendes betriebliches Mobilitätskonzept vorlegen.

D. Osnabrück als Bildungs- und Hochschulstandort

Bildung wie auch Wissenschaft und Forschung sind lebenslange Prozesse. Wir geben Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen jeden Alters Zeit und Raum zur Entfaltung. Denn unser Ziel ist gute Bildung für alle. Dafür machen wir das kommunal Machbare möglich und schaffen gute, verlässliche und zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für unsere Schulen und Hochschulen in der Bildungs- und Wissenschaftsregion Osnabrück.

23. Gute Schulen für gleiche Chancen

Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben mit gesellschaftlicher Teilhabe. Ein gutes Bildungssystem fördert Zukunftskompetenzen auf allen Ebenen: Kooperation, Kommunikation, Kreativität, kritisches Denken. Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen und ihm optimale Bildungsangebote bereitgestellt werden. Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Ländersache, aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten steht die Stadt Osnabrück in der Verantwortung, Chancen und Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Sie muss dieser Verantwortung unter anderem durch ein gutes Kita- und Krippenangebot, strategische Schulentwicklungsplanung, Bildungsberatung und einer angemessenen räumlichen Ausstattung nachkommen. Allein in unsere Schulgebäude in städtischem Besitz wird der städtische Eigenbetrieb Immobilien bis 2025 fast 170 Millionen Euro investieren. Hinzu kommen Zuschüsse für die Schulgebäude und Schulausstattung auch für andere Schulträger in ähnlicher Höhe. Wir sehen auch den Landkreis in der Pflicht, sich durch ein kostendeckendes Gastschulgeld nicht nur an den laufenden Kosten, sondern ebenfalls an den Investitionskosten von Schulen zu beteiligen.

Die Bildungslandschaft in Osnabrück leistet bereits sehr viel – insbesondere dank engagierter Kollegien. Je besser die öffentlichen Bildungsangebote sind, umso besser können Kinder unabhängig vom Elternhaus gefördert werden. In diesem Sinne wollen wir die Vernetzung möglichst aller Bildungsakteur*innen für eine optimale Gestaltung der Bildungslandschaft in Osnabrück stärken. Wir initiieren daher den Aufbau eigener bildungspolitischer Kompetenz in der Verwaltung. Denn Verwalten allein ist hier zu wenig. Durch Konzepte zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, Vernetzung von Kultur und Schule, Bildungsberatung von Eltern und vielem mehr können wir einen Beitrag leisten, damit Kinder, Jugendliche und alle Lernenden befähigt werden, eine selbstbestimmte und nachhaltige Zukunft zu gestalten.

Schule als Ort und Zeit des Lebens

Kinder verbringen viel Lebenszeit in der Schule. Daher muss sie lebenswert gestaltet sein. Wir setzen uns für eine lernfördernde sowie kinder- und jugendgerechte Ausstattung der Räume und Außenanlagen ein. Eine Schule muss ihren Schüler*innen auch das Spielen, Erholen und Sporttreiben im Grünen oder eine Pause mit Freund*innen in der Schulcafeteria ermöglichen. Neugestaltung muss mehr bedeuten als nur neuer Beton. Das Konzept der „Phase Null“ soll auch in Osnabrück Schulbaumaßnahmen effizienter, bedarfsgerechter und zukunftsfähiger machen. Durch die Entwicklung eines tragfähigen inhaltlichen und räumlichen Konzepts durch viele Akteur*innen im Vorfeld der konkreten Planung und als Grundlage von Wettbewerben, werden Anforderungen von Lehrenden und Lernenden berücksichtigt, Wohlbefinden,

Identifikation und Akzeptanz gesteigert und langfristig Kosten gespart. Mit den notwendigen Investitionsbedarfen dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden. In unseren Schulen treffen Kinder und Jugendliche mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen aufeinander. Dies erfordert nicht nur individuelle Lernförderung, sondern stellt auch eine große Herausforderung für das tolerante Zusammenleben aller Beteiligten dar. Wir wollen, dass Lehrer*innen durch hochwertige Weiterbildungsangebote und multiprofessionelle Teams aus Sozialpädagog*innen, Psychologen*innen sowie Schulsozialarbeit unterstützt werden.

Auf Basis der entsprechenden UN-Konvention muss die inklusive Beschulung von Schüler*innen an allen Schulformen ermöglicht werden. Sie haben ein Recht darauf. Die inklusiven Schulen müssen daher zielgenau und angemessen ausgestattet werden. Bei den entsprechenden Planungen wollen wir den Arbeitskreis Inklusion weiterhin stark einbeziehen und auch die Gymnasien unterstützen, Inklusion erfolgreich umzusetzen.

Bildungspolitik und Sozialpolitik gehören zusammen. Bildungsorte müssen dementsprechend eingebettet sein in Netzwerke sozialer Unterstützungsleistungen, die das Leben von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich betrachten, passgenaue Hilfen anbieten und verhindern, dass Einzelne den Anschluss verlieren. Die sozialen Dienste und die Schulen müssen ihre Zusammenarbeit weiter ausbauen, damit mehr Kommunikation zwischen den jeweiligen Ansprechpartner*innen stattfindet. Schulsozialarbeit braucht für nachhaltige Konzepte eine angemessene finanzielle Ausstattung. Insbesondere in Zeiten des Lockdowns hat sich gezeigt, wie wichtig und wertvoll diese Unterstützung in den Schulen ist. Nicht nur vor dem Hintergrund der entstandenen Kollateralschäden der Pandemie, insbesondere auch im Sozialen und bei der psychischen Gesundheit der Jugendlichen, ist die Bedeutung dieses Bereichs wichtiger geworden und muss die Unterstützung ausgebaut werden. Schulsozialarbeit leistet unverzichtbare Präventionsarbeit.

Für eine glückliche Schulzeit ist es auch entscheidend, dass die Schule für alle ein diskriminierungsfreier und sicherer Ort ist. Dafür muss das pädagogische Personal fortgebildet und insbesondere Kinder und Jugendliche mit Diskriminierungserfahrung müssen gestärkt und ermächtigt werden. Die Stadt Osnabrück kann mit einer gestärkten Antidiskriminierungsstelle hier unterstützen. Wichtige Projekte wie das Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt SCHLAU Osnabrück mit Workshops zu geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung sollen allen Schulen angeboten werden können.

Gutes Essen für besseres Lernen auf die Teller

Damit Kinder lernen können, brauchen sie eine gesunde und vollwertige Verpflegung, die aber auch den Geschmackstest von Kindern bestehen muss. Das Ernährungsverhalten wird während der Kindheit und Jugendzeit wesentlich geprägt. Hier werden Geschmacksvorlieben und -abneigungen gebildet und die Weichen für einen gesundheitsbewussten Lebensstil im Erwachsenenalter gestellt. Eine gute, abwechslungsreiche und auf die Bedarfe der Heranwachsenden abgestellte Schulverpflegung ist unverzichtbar. Die Stadt Osnabrück muss überall, wo sie Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten hat, dafür Sorge tragen, dass Klima und Umwelt bei der Lebensmittelherstellung geschont und gesunde Lebensmittel produziert und angeboten werden. Zugleich müssen faire Arbeits- und transparente Produktionsbedingungen in

der Lieferkette herrschen. Diese Aspekte sollen sich als Bestandteile einer Bildung für nachhaltige Entwicklung noch mehr im schulischen Alltagsleben wiederfinden. Wir wollen, dass jede Schule gesunde und ausgewogene Schulmahlzeiten anbietet und setzen dabei auf ökologisch produzierte, fair gehandelte, regionale und saisonale Lebensmittel. In einem ersten Schritt fordern wir einen Anteil von 30 Prozent biologisch erzeugten Lebensmitteln, im Wesentlichen sichergestellt über Grundnahrungsmittel wie Gemüse, Nudeln oder Reis. Bis zum Ende der Legislaturperiode ist der Bio-Anteil auf 50 Prozent zu steigern. Produkte von Produzent*innen aus dem globalen Süden müssen nachweislich aus fairem Handel stammen. Das Fleischangebot wird reduziert und Convenience-Produkte werden zugunsten frischer Zutaten, vorzugsweise aus regionaler Produktion und nach saisonaler Verfügbarkeit, ersetzt. Einwegverpackungen sind konsequent zu vermeiden. In Musterausschreibungen werden diese Leistungen festgeschrieben. Über viele andere Punkte dürfen Schulen und Kitas mitbestimmen. Über die Einhaltung der Leistungsbeschreibungen wacht unter anderem die städtische Ökotrophologin. Wir wollen mit Hilfe der Stadt Osnabrück leistungsfähige Strukturen für eine gesunde und ökologische Gemeinschaftsverpflegung aufbauen. Dazu zählen Möglichkeiten des gemeinsamen Einkaufs größerer Mengen und des Aufbaus guter Küchen, die mit kurzen Wegen hochwertiges Essen für Gemeinschaftsverpflegung in ihrem Umfeld zur Verfügung stellen. Das sichert Effizienz, Qualität und steigert die Optionen der Direktvermarktung von regionalen Erzeuger*innen. Es darf weiterhin kein Kind aus finanziellen Gründen vom Schulessen ausgeschlossen werden. Schulen, die ein Schulfrühstück anbieten, werden wir unterstützen.

Gute Basis für alle: Grundschulen stärken

Für uns gilt im Grundschulbereich das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“. Deshalb stehen für uns Grundschulbezirke nicht zur Debatte. Wir wollen, dass Kinder in ihrem Wohn- und Sozialumfeld gemeinsam mit anderen Kindern aus dem Stadtteil zur Schule gehen. Damit sorgen wir auch für Sicherheit auf dem Schulweg. Gefährdungen durch „Elterntaxis“ müssen endgültig der Vergangenheit angehören. An Grundschulen wird seit Jahrzehnten erfolgreich gemeinsam gelernt. In Grundschulen wird der Grundstein für das Gelingen der Schullaufbahn gelegt. Gerade deshalb brauchen sie multiprofessionelle Teams und entsprechende Ausstattungen, um jedes Kind möglichst optimal zu fördern. Eine engere Zusammenarbeit der Schulen soll Kindern den Übergang zu den weiterführenden Schulen erleichtern und die nahtlose Weiterführung von Unterstützungsleistungen sicherstellen.

Für mehr Ganzttag in Grundschulen

Wir wollen die Umwandlung aller Grundschulen in Ganzttagsschulen erreichen. Das Rahmenkonzept der Stadt bietet hierfür einen guten Ausgangspunkt. Auch weiterführende Schulen sollen zu Ganzttagsschulen ausgebaut werden können. Der Ganzttag an Schulen soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung zwischen Lernen, Erfahren, Erforschen und Erproben gewährleisten. Gebundene Ganzttagsschulen leisten einen Beitrag zur Chancengleichheit und bieten Gelegenheit, das pädagogische Konzept stärker auf die Bedürfnisse der Schüler*innen abzustimmen. Es wird ein beweglicher Tages- und Wochenrhythmus etabliert, der Bewegungsdrang, Konzentrationsfähigkeit, Lernwünsche und Erholungsbedürfnisse berücksichtigt. Der Wechsel von Lern- und Freizeitaktivitäten, von Ruhe und Bewegung, von Anspannung und

Entspannung ermöglicht Schüler*innen nachhaltiges Lernen, das auch Spaß macht. Bei der Planung von Ganztagsangeboten sollen Schulen mit benachbarten Schulen und lokalen Jugendhilfeeinrichtungen sowie nicht-schulischen Bildungsangeboten kooperieren und sich in ihren jeweiligen Kompetenzen stärker wahrnehmen und ergänzen. Die Kooperation mit außerschulischen Angeboten und Bildungseinrichtungen erhöht die Qualität von Schulen. Osnabrück bietet mit der Musik- und Kunstschule, der Theaterpädagogik, dem Lernstandort Nackte Mühle oder dem Museum am Schölerberg, aber auch mit den Angeboten freier Kulturträger oder den Sportvereinen zahlreiche Anknüpfungspunkte. Dadurch können die Schulen zugleich stärker in ihre Stadtteile eingebunden werden.

Längeres gemeinsames Lernen möglich machen

Wir stehen für möglichst langes gemeinsames Lernen, um jedem Kind die Chancen auf alle Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Alle jungen Menschen sollen unabhängig vom Bildungsgrad und Einkommen ihrer Eltern den bestmöglichen Bildungsgrad erwerben können. Dabei muss die individuelle Entwicklung der jungen Menschen im Mittelpunkt stehen. Die Gestaltung des Lernens als Prozess, in dem jedes Kind in eigenem Tempo lernen kann, ermöglicht eine individuelle und faire Beurteilung der erreichten Fortschritte ohne vergleichende und häufig demotivierende Bewertung. Unser Bildungssystem muss insgesamt durchlässiger, gerechter und leistungsfähiger werden. Gerade an Schulen des längeren gemeinsamen Lernens gelingt es vielen Schüler*innen, höhere Abschlüsse zu erreichen, als es ihnen anfangs zugetraut wurde. Die integrierte Gesamtschule ist dafür die beste Schulform. Längeres gemeinsames Lernen muss klares Ziel der Schulentwicklungsplanung sein. Mit der Umwandlung der Haupt- und Realschulen gehen wir einen ersten Schritt zu gemeinsamem Lernen und weg vom gegliederten Schulsystem. Uns ist es gelungen, eine Elternbefragung im Rahmen des Schulkompromisses zu erreichen und damit eine Perspektive für eine weitere integrierte Gesamtschule in Osnabrück zu eröffnen. Wir begrüßen, dass die ab Sommer neu ihre Arbeit aufnehmenden Oberschulen sich verstärkt den Themen Inklusion und Teilhabe, längeres gemeinsames Lernen und Berufsorientierung widmen. Wir möchten, dass sich Schulen an weiteren Standorten unter Beteiligung ihrer Kollegien entwickeln, an denen längeres gemeinsames Lernen möglich ist. Die Umwandlung der Realschulen in Oberschulen geht mit einer verbesserten Ausstattung einher. Der Aufbau mindestens einer weiteren integrierten Gesamtschule bleibt unser klares schulpolitisches Ziel.

Abschulungen und Wiederholungen müssen verhindert werden. Studien zeigen, dass sie in Bezug auf schulische Leistungen unwirksam sind. Außerdem reißen sie Schüler*innen aus ihrer sozialen Umgebung. Um das zu vermeiden, soll es gezielte Unterstützung durch Beratung und Begleitung geben. Dadurch kann im bestehenden gegliederten Schulsystem auch die Durchlässigkeit nach oben erhöht werden. Dafür wollen wir in der Stadtverwaltung die Strukturen verbessern, indem die Bereiche Bildung und Jugendhilfe stärker zusammenarbeiten.

Schulen fit machen für die Digitalisierung

Das Bildungssystem soll zu ganzheitlichem Denken, zu nachhaltigem Handeln, zu gegenseitigem Respekt und zu verantwortungsvollem Entscheiden befähigen und Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen, die zunehmend von einer Kultur der

Digitalität geprägt ist. Sie ist damit die Grundlage für eine freie und demokratische Gesellschaft. Das heißt auch, gesellschaftliche und technologische Entwicklungen kritisch hinterfragen und einordnen zu können, um Fake News oder Verschwörungserzählungen entgegenzutreten. Digitalisierung im Unterricht bedeutet auch, dass Lehrpersonen den Umgang mit neuen Medien kritisch-konstruktiv kommentieren und auf Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren hinweisen. Gute Schule bereitet junge Menschen auf das Leben und Arbeiten in der modernen Welt vor. Das ist zentral für die Zukunft unseres Landes. Osnabrück muss als Schulträger die Schulen bei der Entwicklung von digitalen pädagogischen Konzepten unterstützen und dafür sorgen, dass Fördermittel des DigitalPaktes Schule für eine gute IT-Ausstattung in Osnabrücker Schulen genutzt werden. Jedes Schulkind muss im Rahmen von Lernmittelfreiheit ein Tablet nutzen können. Die technische Ausstattung in der Schule, bei Lehrenden und Lernenden und zu Hause, muss aufeinander abgestimmt sein und störungsfrei funktionieren. Digitalisierung endet nicht mit dem Kauf von digitalen Geräten. Die Technik alleine und für sich genommen wird Lernen nicht revolutionieren. Es kommt darauf an, was Lehrpersonen mit der Technik machen – in welchen Situationen sie diese einschalten, wann sie diese ausschalten und dass sie funktioniert. Es braucht Fachkräfte, die für die Wartung und Pflege der EDV-Ausstattung zuständig sind. Damit dürfen die Kollegien nicht alleine gelassen werden. Jede Schule braucht ihre digitale Fachkraft für die schuleigene Netzwerktechnik, Systemwartung sowie die Verwaltung der schulisch genutzten Endgeräte. Lehrende brauchen Fortbildungsmöglichkeiten und Unterstützung im Einsatz der neuen Technik. Die Corona-Pandemie und das sogenannte Homeschooling haben deutlich gezeigt, wie groß der Nachholbedarf im digitalen Entwicklungsland Deutschland ist. Hier ist das Land Niedersachsen als verantwortliche Ebene für Bildung gefordert. Investitionsmittel sind nur ein erster Schritt, ihre Wirkung verpufft weitgehend, wenn digitale Geräte nicht zielgerichtet für besseren Lernerfolg eingesetzt werden. Die Herausforderung einer Digitalisierung der Schule zeigt sich darin, warum sie wie sinnvoll einzusetzen ist und wie der Umgang menschlich und achtsam aussehen kann. An diesem Such- und Lernprozess müssen sich alle beteiligen.

Berufliche Bildung zukunftsfest machen

Schüler*innen sollen in der Berufsorientierungsphase einen Einblick in die reale Arbeitswelt in einer Vielzahl von Berufen und Unternehmen erhalten. Für die Arbeitgeber*innen ist es eine große Chance, potentielle Auszubildende kennenzulernen und Werbung für sich zu machen. Auszubildende Betriebe können und sollen eine stärkere Rolle als Bildungsakteur*innen wahrnehmen. Ziel ist es, dass möglichst viele Osnabrücker Unternehmen angeregt werden, Partnerschaften mit Schulen zu schließen, denn die betriebliche Berufsausbildung ist ein wichtiges Standbein für die Qualifikation junger Menschen. Die duale Ausbildung in Verbindung mit beruflicher Weiterbildung ist als gleichwertig mit akademischer Ausbildung anzusehen und wirkt dem Fachkräftemangel in der Stadt entgegen. Betriebe müssen auch in schwierigen Zeiten motiviert werden, in qualitativ hochwertige und zukunftssträchtige Ausbildungen zu investieren. Die Stadt Osnabrück und die städtischen Unternehmen sollen weiter mit gutem Beispiel vorangehen und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Digitalisierung verändert die Welt, die Gesellschaft sowie Arbeit und Ausbildung. Nahezu alle Ausbildungsberufe sind direkt und mehr oder minder umfassend von der Digitalisierung betroffen. Ähnlich wie an allgemeinbildenden Schulen muss auch für Berufsschulen geklärt

werden, welche berufsübergreifenden und berufsspezifischen digitalen Kompetenzen Berufsschüler*innen erlernen müssen und welche Bedingungen berufliche Schulen benötigen, um digitale Medien gewinnbringend in ihren Unterricht und Alltag einbinden zu können. Das wird auch Aufgaben für den Schulträger mit sich bringen. Neue Kompetenzanforderungen und hohe Innovationsdynamik machen es nahezu unmöglich, die jeweils neueste Technologie vorzuhalten. Auf der anderen Seite bieten virtuelle Lernlabore und Selbstlernphasen, Video-Lectures und Lernmanagementsysteme zwischen Berufsschule und Betrieb neue Möglichkeiten jenseits des klassischen Unterrichts. Hier müssen in den nächsten Jahren große Herausforderungen gemeistert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Osnabrück ihren Teil dazu beiträgt.

Berufsbildung muss wirklich inklusiv und diskriminierungsfrei sein. Die Verankerung des inklusiven Ansatzes im Berufsbildungsgesetz ist leider noch nicht vollzogen.

Die berufliche Ausbildung war und ist ein zentraler Eckpfeiler unseres Wohlstands. Trotz Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine Berufsausbildung beginnen. Für den Weg in die Klimaneutralität brauchen wir insbesondere im Handwerk für die notwendige energetische Sanierung zukünftig deutlich mehr Fachkräfte. Daher werden wir gemeinsam mit der Handwerkskammer eine Ausbildungsinitiative für diese Berufe starten.

Wenn Jugendlichen die Suche nach einem Ausbildungsplatz schwerfällt, muss die Stadt Angebote zur Unterstützung bereitstellen. Insbesondere die Berufsorientierung und die Vorbereitung auf eine Ausbildung müssen gestärkt sowie der Übergang von der Schule in eine Ausbildung qualifiziert begleitet werden. Für junge Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, könnte ein Jugendjobcenter eingerichtet werden. Die Jugendwerkstatt Dammstraße wollen wir als Einrichtung der Jugendberufshilfe erhalten. Alle Auszubildenden sollen ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Industrie, Handwerk und Berufsschulen müssen dabei an einem Strang ziehen. Der Fachdienst Bildung soll dies aktiv begleiten. Als zweiten Schritt wollen wir im Rahmen der angestrebten Zusammenarbeit mit dem Landkreis Osnabrück einen gemeinsamen Arbeitskreis für Ausbildung initiieren.

Bildungsregion Osnabrück schaffen

Wir wollen ein Bewusstsein für eine Bildungsregion Osnabrück schaffen. Bildung macht nicht an der Stadtgrenze halt. Bei der Schulentwicklungsplanung weiterführender Schulen soll mit unseren Nachbarkommunen das Gespräch gesucht werden. Das Ziel ist eine abgestimmte Bildungslandschaft mit Teilen des Landkreises Osnabrück. Den Anfang wollen wir mit einer besseren Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildenden Schulen machen, da wir hier kurzfristig die Möglichkeit sehen, zu guten Lösungen zu kommen.

Lebenslanges Lernen fördern

Unser Bildungsweg endet nicht mit der Ausbildung oder dem Studium. Auch nach dem Berufsleben behalten Menschen ihr Recht auf Bildung. Bildungsangebote für Menschen, die bereits eine Berufsqualifizierung abgeschlossen haben, sind für die Wissensgesellschaft im Informationszeitalter unverzichtbar. Osnabrück bietet dafür zahlreiche Angebote zur Fort- und Weiterbildung, wie beispielsweise die Osnabrücker Volkshochschule als unverzichtbares

Element der Erwachsenenbildung. Wir wollen diese breit aufgestellte Bildungslandschaft erhalten, ausbauen und außerdem Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliches Engagement fördern.

Für die Osnabrücker Bildungslandschaft kann das Potenzial der Hochschulen noch stärker genutzt werden. Die in den letzten Jahren erfolgte Öffnung der Hochschule für Menschen mit Berufsausbildung und die Entstehung von Teilzeitstudiengängen ist eine Chance, die Weiterbildung und -entwicklung vieler Osnabrücker*innen zu fördern. Jetzt kommt es darauf an, diese Möglichkeiten stärker bekannt zu machen. Hierbei sollte die Stadt behilflich sein.

24. Gut studieren und forschen in Osnabrück

Osnabrück ist eine Hochschulstadt. Universität und Hochschule prägen die positive Entwicklung unserer Stadt maßgeblich mit. Sie sind Magneten für mittlerweile über 28.000 Studierende. Sie sind nicht nur Quelle für technische und soziale Innovationen, sondern auch für gesellschaftlichen Fortschritt. Nicht zuletzt durch die Hochschulen ist Osnabrück eine junge und dynamische Stadt mit Zukunftsperspektive.

Universität und Hochschule sind stark in die Region eingebunden. Mit ihren Studiengängen bieten sie vielfältige Möglichkeiten der Weiterentwicklung. Mit über 60 Prozent an Studierenden ohne akademischen Hintergrund an der Hochschule bietet insbesondere diese die Möglichkeit eines akademischen Bildungsaufstieges. Das hat eine wichtige sozialpolitische Bedeutung und bringt die gesamte Region weiter. Die Stadt sollte daher die Kooperation der Hochschulen mit den Schulen unserer Stadt besser fördern. Wichtig sind hierbei die Vermittlung von Zukunftskompetenzen und auch die stärkere Vermittlung von Frauen in technische Fächer oder von Männern in soziale Fächer oder Lehramtsfächer.

Die Hochschulen unterstützen mit ihrer Ausbildung auch den Wandel in der Region hin zu mehr Digitalisierung; sie sind im Rahmen der Corona-Krise schnell umgeschwenkt auf Online-Lehre und Online-Lernen. Sie fördern wichtige Kompetenzen für die Zukunft, bilden Fachkräfte zu wichtigen Fragen aus, von den Agrarwissenschaften bis zur künstlichen Intelligenz.

Mit kooperativen Forschungsprojekten unter Beteiligung von Unternehmen aus der Region fördern die Hochschulen angewandte Forschung für die Region. Der Transfer in die Region kann gestärkt werden durch die Förderung von Kooperationen. Hierbei sollte die Stadt intensiv mit den Hochschulen zusammenarbeiten. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir die von Seiten der rot-schwarzen Landesregierung geplanten Sparmaßnahmen, die auch den Hochschulstandort Osnabrück treffen und langfristig schwächen würden. Wir brauchen keine weiteren Kürzungen, sondern Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung, denn sie sind unsere Zukunft!

Innovationspotenzial nutzen – Hochschulen nachhaltig stärken

Osnabrück muss weiter als Lebens- und Arbeitsort für Studierende und Akademiker*innen attraktiv sein. Nur so gelingt es uns, möglichst viele der hier hervorragend ausgebildeten Menschen langfristig an unsere Stadt zu binden. Für die demografische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt spielen die Hochschulen daher eine zentrale Rolle. Die aktuellen

Forschungsergebnisse der Hochschulen sollen stärker in die Bewältigung städtischer Herausforderungen wie Inklusion, Integration, Frühförderung und Stadtentwicklung einfließen.

Engagement der Hochschulangehörigen – Gewinn für Osnabrück

Gerade für die Zivilgesellschaft leisten die Angehörigen von Universität und Hochschule einen unverzichtbaren Beitrag, nicht zuletzt in der Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse wie zum Beispiel die Scientists for Future. Zugleich bereichern Studierende das kulturelle Leben der Stadt, indem sie selbst Kunst und Kultur anbieten oder über Aktivitäten ihrer Selbstverwaltung. Um die wichtige Arbeit engagierter Studierender zu unterstützen, haben wir die Fläche zwischen Mensa und EW-Gebäude für das neue Studierendenzentrum zur Verfügung gestellt.

Studierende unterstützen und einbeziehen

Wir stehen dafür, dass die Stadtwerke Osnabrück den Studierenden ein günstiges und attraktives Semesterticket anbieten. Studierende sind eine wichtige Zielgruppe des ÖPNV. Wir setzen uns dafür ein, dass auch weitere städtische Institutionen Studierende im Blick haben. Studierende brauchen bezahlbaren Wohnraum. Die Corona-Pandemie hat den Studierenden viel abverlangt. Studieren im Homeoffice und der Wegfall beziehungsweise die Reduzierung von sozialen Kontakten und Einkommensmöglichkeiten stellen eine große Belastung für die Studierenden dar. Wir fordern die Landesregierung auf, die Studierenden besser zu unterstützen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Osnabrück für Studierende ein attraktiver Studienort ist. Dazu gehören erschwingliches Wohnen, kulturelle und soziale Angebote und die Möglichkeit, als Neuankömmling schnell Menschen kennenzulernen. Osnabrück ist für viele Studierende – auch nach Abschluss ihres Studiums – eine neue Heimat geworden.

E. Osnabrück als Stadt der Bürger*innen

Es sind die Bürger*innen, die Osnabrück zu der Stadt machen, die sie ist. Sie gehört den rund 168.000 Menschen, die hier wohnen und diese müssen die Möglichkeit haben, sich einzubringen und ihre Stadt zu gestalten. Die Osnabrücker Zivilgesellschaft ist stark und lebt Zusammenhalt. Unser Ziel ist, Teilhabe für alle zu ermöglichen. Dafür machen wir uns gemeinsam auf den Weg, Osnabrück zur Bürger*innenstadt zu machen.

25. Bürger*innenstadt Osnabrück – Demokratie vor Ort mitgestalten und stärken

Demokratie lebt vom Mitmachen, von den Ideen und dem Engagement der Bürger*innen vor Ort. Für uns ist eine demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen für die eigenen sowie für die Belange des Gemeinwohls eintreten und an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben können, Grundlage und Richtschnur unserer Politik.

Wir setzen dabei auf Vielfalt und eine starke Zivilgesellschaft. Wir wollen, dass sich alle Osnabrücker*innen an kommunalen Entscheidungen beteiligen können und ihre Belange einbringen. Indem wir Vielfalt als Reichtum begreifen, schützen wir uns gegenseitig vor Hetze, Ausgrenzung, Frauenhass und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus diskriminierenden Worten Taten werden. Unsere Demokratie muss mit einer starken Zivilgesellschaft wehrhaft dagegenhalten.

Bürger*innenbeteiligung tut unserer Stadt gut. Der Bürgerentscheid zur Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft im Mai 2019 war ein großer Erfolg für die Osnabrücker Bürger*innen. Wir haben uns an den Aktionen des Bündnisses für die Wohnungsgesellschaft maßgeblich beteiligt und freuen uns, dass die Gesellschaft im vergangenen Jahr gegründet werden konnte. Das gilt auch für die Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen des Masterplans Innenstadt, der Neugestaltung des Ledenhofs oder des neuen Großspielplatzes im Hasepark. Wir brauchen mehr davon! Wir treten dafür ein, die Teilhabemöglichkeiten der Osnabrücker*innen über Runde Tische, Zukunftswerkstätten oder Bürger*innenbefragungen zu stärken und auszuweiten, denn für uns ist Partizipation mehr als die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen. Gute Erfahrungen haben wir im Rahmen der Entwicklung der strategischen Stadtziele mit der Beteiligung zufällig ausgewählter Bürger*innen gemacht.

Beteiligung von und für die Bürger*innen unserer Stadt fördern

Demokratie beginnt vor Ort, in den Stadtteilen und Quartieren. Wir wollen die bestehenden Initiativen und Projekte im Zuge der Quartiersentwicklung anlass- und bedarfsbezogen fördern und die Entstehung weiterer Vorhaben aus der Bürger*innenschaft heraus unterstützen. So gilt es beispielsweise, das Städtebauprogramm „Sozialer Zusammenhalt Schinkel“ um ein stärker beteiligungsorientiertes Programm für eine lebendige Mitmachkultur in diesem so vielfältigen Stadtteil zu ergänzen. Wir wollen digitale Mitwirkungsmöglichkeiten wie Online-Befragungen fördern. Die Einführung des Livestreamings der Sitzungen des Stadtrates ist ein erster wichtiger Schritt, um besser über kommunalpolitische Entscheidungen zu informieren.

Vereine und Initiativen machen Osnabrück lebendig!

Eine lebendige Stadtgesellschaft lebt vom Engagement ihrer Bürger*innen. Ohne die starke Integrationsleistung von Vereinen, ohne aktive und kreative soziale und kulturelle Projekte wäre Osnabrück leblos. Deswegen unterstützen wir unter anderem das vielfältige Engagement und die Fortentwicklung der Osnabrücker Bürgervereine.

Damit Engagement auch einen Ort hat, sind uns die städtischen Gemeinschaftszentren, das Haus der Jugend und die Lagerhalle ganz besonders wichtig. Hier haben viele Osnabrücker*innen in ihrer Freizeit ein zusätzliches Zuhause, in dem sie mit Gleichgesinnten ihren Interessen nachgehen können.

Mehr als nur Beratung – die Freiwilligen-Agentur stärken

Die Freiwilligen-Agentur leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements in unserer Stadt. Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen haben den Bedarf und das Interesse an einer stärkeren Vernetzung der Freiwilligenarbeit und des Ausbaus von Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements junger wie alter Menschen deutlich gemacht. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Aufgaben der Freiwilligen-Agentur sowie für eine personelle und finanzielle Aufstockung ein.

Eine*n Beauftragte*n für Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement schaffen

Osnabrück soll dem Beispiel vieler deutscher Städte folgen und eine Stelle für eine*n Beauftragte*n für Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement einrichten. So können die Beteiligung der Bürger*innen und die zahlreichen Initiativen und Projekte in unserer Stadt stärker im Alltag von Politik und Verwaltung verankert und zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten entwickelt werden. Zudem soll diese Person die Durchführung von Beteiligungsprojekten unterstützen sowie Schnittstelle für Bürger*innen, Politik und Verwaltung bei Fragen, Anliegen und Konflikten sein. Mittelfristig soll gemeinsam ein ganzheitliches Konzept zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Osnabrück erarbeitet werden.

Gute Information als Grundlage für mehr Beteiligung bereitstellen

Um sich beteiligen zu können, müssen Bürger*innen darüber informiert sein, was in Osnabrück ansteht und geplant wird. Sie müssen im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen Entscheidungen der politischen Gremien sowie Planungen der Verwaltungen einsehen und nachvollziehen können. Dies soll die von uns auf den Weg gebrachte und zwischenzeitlich vom Rat beschlossene Informationsfreiheitssatzung sicherstellen.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen auch in Osnabrück optimal genutzt werden, um Selbstbestimmung in einer offenen Gesellschaft zu verwirklichen. Der diskriminierungs- und barrierefreie Zugang zur digitalen Infrastruktur mit hohen Datenschutzstandards ist Teil der Daseinsvorsorge. Um Information und Teilhabe zu verbessern, muss die Stadt ihre Angebote niedrigschwellig und umfassender ausweiten. Zentrale Informationen müssen mehrsprachig und

in Leichter Sprache vorliegen. Nach dem Grundsatz „öffentliche Daten nützen, private Daten schützen“, wollen wir eine umfassende Open Data-Kultur etablieren.

Datenschutz ist Bürger*innenrecht

Bei allen digitalen Angeboten der Stadt muss ein durchweg hohes Datenschutzniveau herrschen. Die Stadt muss die sensiblen Daten ihrer Bürger*innen schützen. Der Austausch von Unterlagen unter den Behörden muss nach Zustimmung und unter Beachtung des Datenschutzes möglich sein.

Wir wollen, dass die Verwaltung die Bürger*innen offensiver darüber informiert, dass sie der Weitergabe ihrer personenbezogenen Meldedaten widersprechen können. Städtische Rechner müssen mit aktueller und sicherer Software betrieben werden und alle Internet- und Informationsangebote den höchsten Datenschutzstandards entsprechen. Moderne IT-Sicherheit bedeutet, dass die Stadt ihre Technologien und Abläufe regelmäßig an den neuesten Stand anpassen muss.

Sicherheit durch Prävention verbessern

Obwohl wir heute in sehr sicheren Verhältnissen leben, ist und bleibt Kriminalprävention wichtig, um die reale und gefühlte Sicherheit der Bürger*innen zu verbessern. Prävention steht für uns ganz klar vor Überwachung und Repression. Gewalt und Extremismus lehnen wir entschieden ab. Sicherheit muss immer im Dienst der Freiheit stehen, weshalb wir GRÜNE die Präventionsangebote in der Stadt aufrechterhalten und, wo nötig, ausbauen. Ein großflächiger Einsatz der Videoüberwachung von Straßen, Plätzen und ÖPNV zählt nicht dazu – im Gegensatz dazu sind Präventionsprojekte wie schulische Busbegleiter*innen, das VfL-Fanprojekt oder Gewaltprävention an Schulen die geeigneteren Mittel. Die Einsetzung eines Kontaktbeamten der Polizei im Schinkel begrüßen wir ausdrücklich.

Auf unsere Initiative hin wurde vom Rat der Stadt einstimmig beschlossen, weitere Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen zu prüfen. Leider hat Gewalt gegen Frauen während der Corona-Pandemie zugenommen. Die Stadt muss dafür Sorge tragen, dass Frauen Möglichkeiten finden, dieser Gewalt zu entfliehen.

Verbraucher*innen wirksam schützen

Wir setzen uns auf allen Ebenen für wirksamen Verbraucher*innenschutz ein. Dieser betrifft alle Menschen, in fast jedem Lebensbereich, vom täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge, analog und digital. Wir GRÜNE wollen, dass die Verbraucher*innen sich sicher fühlen können in ihrem Alltag. Deshalb wollen wir sie besser vor gefährlichen Produkten, Gift im Essen oder unfairen Geschäftspraktiken schützen. Wirksame Verbraucher*innenrechte müssen auf EU- und Bundesebene Gesetzeskraft erlangen. In Osnabrück setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger*innen transparente Informationen und gute Hilfe zur Durchsetzung ihrer Rechte erhalten. Eine gute Kontrolle von Hygiene und Lebensmittelsicherheit ist aktiver Gesundheitsschutz. Über die Ergebnisse muss transparent informiert werden.

26. Für eine transparente, effiziente und zukunftsfähige Stadtverwaltung

Der Verwaltung kommt für die Entwicklung unserer Stadt eine zentrale Bedeutung zu. Sie ist es, die für die notwendige städtische Infrastruktur sorgt und den Bürger*innen wichtige kommunale Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Unser Einsatz gilt einer transparenten und effizienten als auch vielfältigen und zukunftsfähigen Stadtverwaltung zum Wohle Osnabrücks.

Osnabrück als digitale Kommune

Wir wollen, dass die Verwaltung ihrer Aufgabe als gestaltende Kraft für Osnabrück nachkommen kann. Die Digitalisierung bietet hier Chancen, dies zu ermöglichen. Unzureichende Technik und veraltete und überkommene Abläufe, wie aktuell bei den Gesundheitsämtern, müssen modernisiert werden. Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren und alle Handlungsspielräume nutzen, um unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abzubauen. Wir brauchen eine Modernisierung der Verwaltung, die die Digitalisierung als Instrument begreift, das Prozesse einfacher und schneller machen kann. Verwaltungsverfahren sollen stets digital gedacht und gestaltet werden, vor allem auch in der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Türen unserer Verwaltung auch für den persönlichen Kontakt mit den Bürger*innen geöffnet bleiben und durch mobile Angebote ergänzt werden. Digitale Angebote und Softwareentwicklung in und durch die Verwaltung müssen frühzeitig durch Bürger*innen auf Benutzbarkeit und Verständlichkeit getestet werden. Dadurch lassen sich Probleme frühzeitig erkennen und die Nutzer*innenfreundlichkeit wird erhöht. Das bei örtlichen Expert*innengruppen vorhandene und konzentrierte Know-how soll beispielsweise in Form von Hacker- und Makerspaces einbezogen werden. Unter der Pandemie veränderte, digitalisierte und vereinfachte Prozesse sollen bewertet und beibehalten werden, wo es sinnvoll ist.

Die städtischen Daten und Informationen sollen barrierefrei, in wichtigen Teilen auch mehrsprachig, in offenen Formaten und unter freien Lizenzen bereitgestellt werden. Der Zugang zu öffentlichen Datenbeständen ermöglicht auch die Entwicklung neuer elektronischer Dienstleistungen und demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Open Data sorgt für Transparenz gegenüber den Bürger*innen und aus den Daten können neue Ideen entwickelt werden, die Osnabrück voranbringen. Mit öffentlichen Mitteln erwirtschaftete, nicht personenbeziehbare Daten werden zeitnah, kosten- und lizenzfrei zur Verfügung gestellt. Kommunale Daten, die die Bürger*innen bezahlt haben, sollten diesen auch zur Verfügung stehen. Sie sind vor ausgrenzender Inanspruchnahme zur Profitmaximierung und vor Missbrauch zu schützen. Dafür wollen wir auch die interkommunale Zusammenarbeit stärken, die Möglichkeiten der Nachnutzung im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes ausschöpfen und so von den Erfahrungen anderer Kommunen profitieren. Als Ergänzung zu digitalen Zugängen zur Verwaltung wollen wir die bereits in anderen niedersächsischen Kommunen seit über 10 Jahren erfolgreiche einheitliche Behördenrufnummer 115 in Osnabrück einführen, damit Teilhabe nicht von Gerät oder Vorkenntnissen abhängt.

Digitale Technologien verändern wie wir kommunizieren, gesellschaftliche Debatten wahrnehmen und daran teilhaben können. Die Stadt Osnabrück muss die Möglichkeiten der

demokratischen Meinungsbildung und der frühen und unkomplizierten öffentlichen Beteiligung, beispielsweise in Planungsprozessen, ständig verbessern. Durch eine einfachere Nutzung des Ratsinformationssystems sowie Live-Übertragungen und der Abrufbarkeit aller Rats- und Ausschusssitzungen wird die kommunalpolitische Arbeit transparenter. In das interaktive Meldesystem EMSOS, über das Osnabrücker*innen Anliegen und Missstände melden können, müssen alle städtischen Einrichtungen eingebunden werden.

Digitalisierung braucht auch Gestaltung hinsichtlich der Energie- und Ressourcenverbräuche. Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so anzupassen, dass möglichst ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz kommen. Bei IT-Beschaffungen der Verwaltung müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit, Folgebeschaffung, technische Offenheit, Reparaturfähigkeit und Nachhaltigkeit zwingend in die Bewertungen einfließen und Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte zum Standard werden. Beim Betrieb und der Nutzung von Rechenzentren, Clouds und Internetknoten ist auf nachhaltige Stromerzeugung und Energieeffizienz zu achten.

Stadtverwaltung: agil, modern, zukunftsorientiert

Die Entwicklung Osnabrücks hängt maßgeblich von der Arbeit der Stadtverwaltung ab. Jeden Tag arbeiten dort gut ausgebildete Fachleute, um Osnabrück voranzubringen. Wir schaffen eine zukunfts- und leistungsfähige Kommunalverwaltung, damit Osnabrück mit einer effizienten und zugänglichen Verwaltung in der Lage ist, Krisen zu bewältigen und es Menschen leichter macht, ihren Alltag zu bewältigen. Wir nutzen unsere Handlungsspielräume und die Möglichkeiten der Digitalisierung, um Abläufe zu beschleunigen, unnötige Bürokratie abzubauen und bürgernah zu entscheiden. Die Verwaltungsabläufe müssen von den Bürger*innen her gedacht werden.

Wir möchten die Transparenz erhöhen, da diese für die öffentliche Kontrolle und die Teilhabe der Bürger*innen von großer Bedeutung ist. Dazu gehören der freie Informationszugang zu geplanten Vorhaben, zu Statistiken oder das Angebot öffentlicher Dienstleistungen. Wichtig sind auch verständliche Erklärungen zu Abläufen und Formularen.

Unsere Verwaltung muss in die Lage versetzt werden, vorausschauend zu handeln und sich zugleich zügig und konsequent an ihre jeweiligen Aufgaben anpassen. Die Corona-Krise hat uns schmerzhaft gezeigt, wie wichtig das ist, und die Bewältigung der Klimakrise verlangt dieses erst recht. Wir müssen das Denken in Verwaltungsbereichen und -sektoren stärker auflösen und eine querschnittsorientierte Herangehensweise ermöglichen. Vernetzung und Zusammenarbeit, Transparenz sowie innovative und flexible Arbeitsstrukturen sollen in Zukunft die Osnabrücker Verwaltung kennzeichnen. Innovationseinheiten, die auch mal quer zur klassischen Aufgabenverteilung liegen können oder außerhalb der Kernverwaltung angesiedelt sind, sollen Projekte voranbringen, Förderprogramme bearbeiten und eng und transparent mit Hochschulen, Wirtschaft und Verbänden zusammenarbeiten. Wir testen neue Ideen und etablieren eine positive Fehlerkultur.

Unsere Verwaltung muss attraktive Arbeitgeberin für qualifizierte Mitarbeiter*innen sein. Die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung werden in ihrer Expertise und Kreativität gefördert und gestärkt. Um in einem unsicheren, sich verändernden und dynamischen Umfeld flexibel,

anpassungsfähig und schnell zu agieren, brauchen wir agile Arbeitsweisen und eine agile Verwaltungskultur. Das klassische hierarchische Denken muss abgelegt werden. Wir brauchen eine flexiblere und projektbezogene Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams. Investitionen in zukunftsorientierte Weiterbildung, unter anderem in digitale Kompetenzen sowie in moderne Arbeitsmittel und technische Ausstattung sind gut angelegt.

Die Erwartungen im Hinblick auf Beteiligung, Autonomie und Sinnstiftung durch die Arbeit steigen. Vereinbarkeit von Familien, Beruf und Freizeit wird vielen Mitarbeiter*innen wichtiger. New Work und Homeoffice haben sich im Zuge der Pandemie deutlich stärker etabliert. Wir brauchen noch flexiblere Arbeitszeitmodelle und mehr Ermöglichung von Homeoffice. Die Stadt kann als moderne Arbeitgeberin hier Vorreiterin sein. Die Veränderung von Arbeitsweisen, -prozessen und -modellen wird auch die zukünftige Gestaltung von Verwaltungsgebäuden beeinflussen und muss schon heute mitgedacht werden.

Für eine zukunftsorientierte Osnabrücker Verwaltung brauchen wir eine ständige Organisationsentwicklung und moderne Personalführung. Aufgaben und Prozesse müssen hinterfragt und Veränderungen zur effizienteren und zielgerichteten Verwaltungstätigkeit ermöglicht werden.

Die Verwaltung soll auf Diversity setzen: Sie nimmt die Bedürfnisse von Menschen verschiedener Altersgruppen, unterschiedlichen Geschlechts, unterschiedlicher sexueller Orientierung sowie sozialer, religiöser und kultureller Herkunft mit verschiedenen Fähigkeiten, Erfahrungen und Hintergründen wahr und hebt die Potenziale, die mit dieser Vielfalt verbunden sind. Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung müssen weiter ausgebaut werden. Der Anteil von Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund ist immer noch zu gering. Wir fordern eine Frauenquote von 50 Prozent in Führungspositionen in der Verwaltung und städtischen Einrichtungen. Der Aufstieg muss auch aus Teilzeitstellen möglich sein. Die fachlichen und persönlichen Kompetenzen von Frauen müssen wir umfassender nutzen und ihre Entwicklungschancen verbessern. In den kommenden Jahren werden viele erfahrene Führungskräfte der Verwaltung in den Ruhestand eintreten. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen darf nicht verloren gehen. Wir brauchen noch bessere Strukturen, die den Wissenstransfer sicherstellen.

Europa und Kommune gemeinsam denken

Osnabrück wird auch von Entscheidungen auf europäischer Ebene geprägt. Diese liefern viele gute Impulse, etwa für mehr Lärmschutz und Luftreinhaltung. Europa bietet zum Beispiel durch die Nutzung europäischer Förderprogramme für Osnabrück oder den systematischen Wissensaustausch mit anderen europäischen Städten viel Potenzial für die positive Entwicklung unserer Stadt. Wir wollen die Städtepartnerschaften vertiefen und die Kooperation im Rahmen der EUREGIO auch mit unseren niederländischen Nachbar*innen ausbauen.

F. Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Engagierte und zukunftsfähige Gestaltungsvorhaben können wir nur mit dem notwendigen finanziellen Spielraum verwirklichen. Doch die Finanzlage der Städte ist insbesondere durch die Corona-Krise wieder erheblich schwieriger geworden. Das gilt auch für Osnabrück. Zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben in der Bildung, beim Klimaschutz oder zur Förderung einer umweltgerechten Mobilität muss die Finanzausstattung der Kommunen verbessert werden. Vor Ort muss die Transformation zur zukunftsfähigen Stadt gelingen. Bund und Land müssen die finanzielle Situation der Kommunen deutlich verbessern, um so die kommunale Selbstverwaltung und Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Wir lehnen Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung zugunsten von Wirtschafts- und Einzelinteressen entschieden ab und wollen die öffentliche Daseinsvorsorge vor erzwungener Privatisierung schützen und demokratische, ökologische und soziale Standards wahren.

Für eine verantwortliche und nachhaltige Haushaltspolitik zum Wohle unserer Stadt

Die Forderungen in Richtung Bund und Land entlassen die Kommunalpolitik jedoch nicht aus der Verantwortung, alles für einen nachhaltigen Finanzhaushalt zu tun, der sich der Verantwortung für die kommenden Generationen bewusst ist. Aus diesem Grund haben wir durch eine engagierte Finanzpolitik maßgeblich dazu beigetragen, dass in den letzten 10 Jahren durch Konsolidierungserfolge circa 55 Millionen Euro eingespart werden konnten. Dank dieser zum Teil schmerzhaften Konsolidierungsbemühungen hatte Osnabrück sich – im Gegensatz zu anderen Städten – vor der Pandemie nicht überschuldet und war daher wieder zunehmend handlungsfähig. Im Jahr 2019 erbrachte der Ergebnishaushalt dementsprechend einen um rund 8 Millionen Euro höheren Jahresüberschuss als geplant, circa 18 Millionen statt 10 Millionen Euro. 2020 konnte dank verschiedener Kompensationsmaßnahmen für Ausfälle durch die Pandemie noch ein Defizit im Ergebnishaushalt vermieden werden. Durch Corona wird das Defizit hier laut mittelfristiger Finanzplanung bis 2025 insgesamt um bis zu 75 Millionen Euro steigen. Wir erwarten von Bund und Land, dass sie uns in diesem und in den nächsten Jahren nicht mit den Einnahmeausfällen und Mehraufwendungen im Regen stehen lassen. Es wird unsere Aufgabe sein, einerseits finanzielle Solidität im Auge zu behalten, andererseits aber auch dafür zu sorgen, dass unsere kulturelle und soziale Infrastruktur erhalten bleibt und die notwendigen Investitionen in ein zukunftsfähiges Osnabrück möglich sind. Um noch stärker die Förderprogramme von EU, Bund und Land für die Osnabrücker Stadtentwicklung nutzen zu können, muss das Fördermanagement in der Verwaltung gestärkt werden. Kleine, spezialisierte und agile Teams sorgen in Zusammenarbeit mit der Fachkompetenz der Kernverwaltung für eine effiziente und erfolgreiche Abwicklung.

Die Ausgaben für die interne Verwaltung sind in den letzten acht Jahren überproportional gestiegen. Eine gute Verwaltung braucht gutes Personal und gute Strukturen. Zur weiteren Konsolidierung müssen die Abläufe regelmäßig auf mögliche Effizienzsteigerungen untersucht werden. Eine ebenso straffe wie bürgerfreundliche Ablauforganisation soll Doppelstrukturen vermeiden und den Anstieg der Personal- und Sachausgaben beschränken.

Investitionen sind gerade in Zeiten der Niedrigzinsphase wichtig. So haben wir ein Schulsanierungsprogramm zur Verbesserung der Raumsituation und zur Energieeinsparung in Höhe von 80 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Dieses wollen wir verstärken und beschleunigen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss die Stadt in der Lage sein, als Impuls- und Auftraggeberin ihren Teil zur Stabilisierung beizutragen.

Dabei müssen wir allerdings Prioritäten setzen. Wir stehen dazu, dass keine horrenden Summen in finanzpolitisch und ökologisch fragwürdige Vorhaben investiert und Investitionsentscheidungen der Vergangenheit kritisch überprüft werden. So begrüßenswert es ist, dass der FMO sich im Jahr 2017 von der sowohl klimapolitisch, insbesondere aber auch ökonomisch wahnwitzigen Idee einer Start- und Landebahnverlängerung verabschiedet hat, so bedauerlich ist es, dass CDU und SPD hier gegen die Stimmen der GRÜNEN in früheren Jahren mehr als 20 Millionen Euro sinnlos investiert haben. Schon vor der Corona-Pandemie waren die Fluggastzahlen am FMO drastisch rückläufig. Es darf nicht sein, dass es hier eine endlose weitere Finanzierung von Defiziten in zweistelliger Millionenhöhe durch die Kommunen gibt, ohne dass gültige Geschäftsmodell zu hinterfragen. Abgesehen davon wird die Mobilitätswende auf Dauer bei Straßenbau und -unterhaltung erhebliche finanzielle Mittel einsparen.

Das Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet Deutschland in Artikel 2c) zur Gestaltung von Finanzströmen, die mit klimaresilienter Entwicklung und einem Pfad zu niedrigen Emissionen konsistent sind. Diese Verantwortung wollen wir umsetzen.

Für stabile Einnahmen und eine konsequente Ausgabensteuerung

Durch die Abwälzung sozialer Lasten auf die Städte und die steuerlichen Entlastungen auf Kosten der Kommunen in früheren Jahren hat der Bund die Krise der Kommunalfinanzen mitverursacht. Die Steigerung der Übernahme der Kosten für Hilfeempfänger*innen nach dem SGB II von 50 Prozent auf 75 Prozent durch den Bund ist ein Anfang, dem aber weitere Entlastungen folgen müssen. Darüber hinaus fordern wir die Weiterentwicklung der für Kommunen unverzichtbaren Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer, in die auch Freiberufler*innen einbezogen werden. Ein Freibetrag soll vor allem kleine und mittlere Unternehmen entlasten. Das vermeidet wirtschaftlich oft nicht nachvollziehbare Abgrenzungsprobleme und schafft faire Wettbewerbsbedingungen. Durch diese Elemente wird das Aufkommen auch weniger konjunkturanfällig. Auch die Erhebung angemessener Parkgebühren ist nicht nur ein gerechter Ausgleich für die Inanspruchnahme öffentlichen Raumes, sie ist und bleibt auch eine wichtige Einnahmequelle.

Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass zur Sicherung unserer Handlungsfähigkeit Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden und die städtischen Gesellschaften ihren Anteil an einer Verbesserung der Finanzsituation übernehmen. Bei den Ausgaben bleiben eine konsequente Konsolidierungspolitik und verantwortungsbewusste Investitionen mit Priorität auf die klimaneutrale und sozial gerechte Stadtentwicklung unser Ziel.

Für einen fairen Finanzausgleich zwischen Stadt und Umland

Darüber hinaus brauchen wir Reformen im finanziellen Verhältnis zwischen Stadt und Umland. Zahlreiche Einrichtungen in Osnabrück – von der sozialen Infrastruktur bis hin zu Kulturinstitutionen wie Theater und Zoo – werden zum erheblichen Teil von den Bürger*innen der Umlandgemeinden genutzt. Die Beteiligung des Landkreises hat sich bei verschiedenen kleineren Projekten verbessert. Wir finden es aber nach wie vor ungerecht, dass sich der Landkreis mit gerade einmal 7,5 Prozent an der Finanzierung des Theaters beteiligt, obwohl etwa die Hälfte der Besucher*innen aus dem Landkreis kommt. Daher fordern wir einen fairen Finanzausgleich zwischen Osnabrück und den Umlandgemeinden.

Für GRÜNE Politik und klare Mehrheiten sorgen

Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, die Verantwortung gegenüber der Lebensqualität der Osnabrücker*innen, dem Schutz der Umwelt und des Klimas und gegenüber kommenden Generationen übernimmt. Wir werden in der neuen Ratsperiode klare finanzpolitische Schwerpunkte für ein „Osnabrück für morgen“ setzen.

Dazu brauchen wir im Rat eine klare Mehrheit.

Deshalb: Am 12. September GRÜN wählen!

12. September

Alle Stimmen GRÜN

Kontakt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverband Osnabrück
Große Straße 55
49074 Osnabrück

☎ 0541 24550

✉ partei@gruene-os.de

🌐 www.gruene-os.de

📘 facebook.com/GrueneOS

📷 instagram.com/gruene_os

🐦 twitter.com/GrueneOS

Spenden für GRÜN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Volksbank Osnabrück
IBAN: DE64 2659 0025 0310 6209 00
BIC: GENODEF10SV

